Warum Erdogan Türken in Deutschland umgarnt S.6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 47 – 24. November 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Union will grüner werden: In der CDU glaubt man, dass die Grünen die gesellschaftliche Mehrheit repräsentieren Bild: M. Rietschel/dapd

Massive Wahrnehmungsstörung

Union rennt vermeintlich »modernen« Wählern hinterher und kupfert Grüne ab

In Zeiten, in denen Themen wie Wirtschaft, Bildung und Familie wichtiger werden, entdeckt die CDU „Ökologie, Emanzipation und Gleichberechtigung". Dies hat nicht nur für die Partei fatale Folgen.

Ungeachtet schwerer Wahlniederlagen beharren die Vordenker der CDU darauf, dass ihre Partei nur eine Zukunft habe, wenn sie sich „neuen Wählerschichten öffnet". Gemeint ist das sogenannte „moderne Großstadtmilieu", das vor allem von den Grünen angesprochen werde.

So fordert Baden-Württembergs CDU-Chef Thomas Strobl, die Union müsse sich verstärkt Themen wie „Ökologie, Emanzipation und Gleichberechtigung" zuwenden. Gewiss alles wichtig. In einer Weltwirtschaft am Rande des Einbruchs könnte es jedoch Dinge geben, die besonders der bürgerlichen Mittelschicht alsbald dringlicher erscheinen könnten.

Dass die Grünen, mit denen viele Unionler gern ab 2013 auf Bundesebene koalieren würden, sich gerade deutlich nach links gewendet haben, scheint man bei der CDU gar nicht zu registrieren. Stattdessen wird die Wahl einer hohen Kirchenfunktionärin zur Spitzenkandidatin als Beleg dafür genommen, dass die Partei „bürgerlicher" geworden sei. Ein Blick in die evangelischen Gotteshäuser zeigt indes nur, dass die Grünen es zwar verstanden haben, die EKD zu übernehmen. Die Folge ist jedoch vor allem, dass sich die Gotteshäuser geleert haben.

Eine Pastorin macht noch keine »bürgerliche« Partei

Der Glaube, dass die Grünen eine neue gesellschaftliche Mehrheit repräsentieren, ist Frucht einer Wahrnehmungsstörung. Moderne Großstadtmilieus bilden die Mehrheit des Volkes? Nur jeder sechste Deutsche wohnt überhaupt in einer Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern, und auch dort zählt nur eine Minderheit zu jenem von den Grünen präferierten „modernen" Milieu.

In diesen Zonen lebt indes auch ein Großteil der Hauptstrom-Journalisten, der „Trendforscher" und Gesellschaftswissenschaftler. Das mag ein Grund dafür sein, dass man unter den Tonangebern im Land jene Gegenden, in denen alternative Beziehungen statt klassischer Familien die neue Norm sind und ein grünes „Lebensgefühl" dominiert, für die Wirklichkeit einer neuen Mehrheit hält.

Aber das ist ein Irrtum. 90 Prozent der Paare in Deutschland sind regulär verheiratet, wiederum 90 Prozent davon haben Kinder. Die Masse dieser Menschen dürfte sich weniger um „Gendergerechtigkeit" sorgen als um ihr materielles Überleben, um Sicherheit vor Kriminalität oder eine solide Bildung für ihre Kinder. Doch jene tatsächliche Mehrheit hat die CDU aus dem Blick verloren.

Ergebnis: Die Wahllokale leeren sich ebenso wie dereinst die Kirchen. Die Ex-CDU-Wähler sind nicht zu den Grünen gegangen, sie bleiben, scheinbar von allen Parteien verlassen, einfach zu Hause, wie die sinkenden Wahlbeteiligungen zeigen. Und die heutigen Grünen-Anhänger werden auch dann nicht CDU wählen, wenn diese das Programm und das „Lebensgefühl" der Ökopartei vollständig abgekupfert hat. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Zeitungstod

Wenn ein Konkurrent vom Markt verschwindet, ist das selten ein Grund zur Trauer. Anders ist es dagegen beim Sterben auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Mit jedem Blatt, das sein Erscheinen einstellt, nimmt die Vielfalt an Informationen und Meinungen weiter ab. Das ist schlecht für unsere Demokratie, selbst wenn man beklagen muss, dass die meisten Medien in Deutschland nur noch mehr oder minder journalistische Einheitsware bieten. Ihr Bildungsauftrag, ihr Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung sowie ihre Kontrollfunktion machen Zeitungen auch im Zeitalter neuer Medien dennoch unverzichtbar.

Zeitungen sind das älteste Massenmedium. Lange hatten sie das Monopol für Informationen und Aktualität. Sie vermittelten in kürzester regelmäßiger Folge einer breitesten Öffentlichkeit das Gegenwartgeschehen. Schon längst haben sie ihre Aktualitätskompetenz an die elektronischen Medien abgeben müssen. Diesen Kompetenzverlust können Zeitungen nur ausgleichen, wenn sie sich durch Erklärung, Erläuterung und Vertiefung dieses Geschehens profilieren. In unserer vernetzten und zunehmend unüberschaubar werdenden Gesellschaft mit ihrer Vervielfachung an Informationen, die innerhalb kürzester Zeit auf uns eindringen, müssen Zeitungen das Orientierungswissen ihrer Leser fördern. Das Wichtige vom Belanglosen unterscheiden, Verlässlichkeit und Präzision bieten, wahrheitsgemäß berichten, unabhängig und glaubwürdig bleiben – das sind die Kriterien, die eine Zeitung erfüllen muss, um ihre Leser zu halten. „Frankfurter Rundschau" und „Financial Times Deutschland" mögen diesem Ideal nicht immer entsprochen haben. Zu betrauern wäre ihr Zeitungstod dennoch.

Ungefährliches Signal

Entsendung deutscher »Patriots« lässt sich nur politisch begründen

Ein Einsatz der Bundeswehr in der Türkei wird immer wahrscheinlicher. Am Dienstag einigte sich die Regierung in Ankara mit den Nato-Partnern auf die Bereitstellung von „Patriot"-Abwehrraketen an der Grenze zu Syrien. Zwar sind die Entsendestaaten noch nicht benannt, es spricht aber alles dafür, dass es die Bundeswehr treffen wird. Im Bündnis verfügen nur drei Nationen über „Patriot"-Staffeln, die auf neuestem Stand sind. Neben Deutschland sind dies die USA und die Niederlande, allerdings leistet Deutschland mit der Bereitstellung einer Flugabwehrraketengruppe bereits einen Beitrag zu den Nato-Eingreifkräften. Der Einsatz würde im Rahmen des integrierten Luftverteidigungssystems der Nato auf dem Territorium eines Nato-Mitgliedslandes erfolgen und wäre daher nicht mit den anderen Auslandsmissionen der Bundeswehr vergleichbar. Dies gilt allerdings nur, solange die Staffeln den Schutz des türkischen Territoriums als Auftrag hätten und nicht etwa die Durchsetzung einer Flugverbotszone über Syrien.

Luftangriffe aus Syrien nicht zu erwarten

„Patriot" ist ein defensives Flugabwehrraketen-System zur Abwehr von Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Mittelstreckenraketen. Zur Bekämpfung von Erdzielen ist es ungeeignet, so dass Befürchtungen, die Bundeswehr könnte in Kampfhandlungen am Boden hineingezogen werden, unbegründet sind. Militärisch lässt sich die Entsendung deutscher Luftabwehrraketen kaum begründen, denn bislang wurde die Türkei von Syrien aus lediglich mit Mörsern beschossen. Und die Gefahr von Luftangriffen mit Flugzeugen und Raketen ist äußerst gering. Vielmehr wäre die Verlegung von „Patriots" ein politisches Signal, dass das Beistandsversprechen des Nato-Vertrages nicht nur eine leere Floskel ist. Deutschland könnte sich damit auf ungefährliche Weise als verlässlicher Bündnispartner erweisen. *J.H.*

Erosion schreitet voran

Offizielle Bonitätsverschlechterung von Frankreich gibt Richtung vor

Auch wenn die Ratingagenturen mit ihrer Herabstufung Frankreichs nur etwas offiziell machten, was sowieso jeder wusste, so darf man ihr Urteil nicht einfach ignorieren. Es ist ein weiterer Beleg für die Erosion der Euro-Zone und sollte vor allem in Berlin die Alarmglocken schrillen lassen, denn der starke Partner an der Seite Deutschlands ist nicht nur seit dem Wechsel im Präsidentenamt bockiger, sondern auch noch schwächer geworden.

Wenn das renommierte britische Magazin „The Economist" Frankreich als Zeitbombe im Herzen Europas bezeichnet, kann man das nicht mit englischen Animositäten gegenüber dem einstigen Lieblingsfeind vom europäischen Festland abtun. Doch vermutlich wird die deutsche Regierung keinerlei Schlüsse aus derartigen Urteilen über Frankreichs Wirtschaftskraft ziehen. Dies liegt nicht daran, dass man in Berlin den Abgesang auf Paris nicht teilt, sondern weil man dort keine Idee hat, was man sonst machen soll.

Auch in Spanien wird es spannend

Interessanterweise reagierten aber auch die Börsen nicht verschreckt auf die Herabstufung Frankreichs. Zwar hatten Anleger die Bonitätsverschlechterung schon vorweggenommen, doch das allein erklärt nicht, warum der Euro stabil blieb und der Deutsche Aktienindex sogar über 7000 Punkte sprang.

Es mag wohl auch am Mangel an Alternativen liegen, denn weder die USA noch China und Japan erfreuen derzeit. Und die Entwicklungen in Südamerika und Afrika sind noch ungewisser als jene in der Euro-Zone. Dort geht die Griechenland-Rettung ihren altbekannten Gang und dort spitzt sich die Lage in Spanien zu. Der 25. November dürfte für Madrid zum Schicksalstag werden, denn an diesem Sonntag wird in Katalonien gewählt (siehe Seite 7). *Bel*

Zwischenruf

Vor der eigenen Tür kehren

Im Jahr 2001 haben Deutschland und Russland den Petersburger Dialog begründet. Dieser Dialog ist ein Diskussionsforum, das wechselseitig in den beiden Ländern stattfindet. Sinn und Zweck des Forums ist es, dem deutsch-russischen Verhältnis zu einem stabilen Fundament im Sinne einer strategischen und europäischen Partnerschaft zu verhelfen. In der vorigen Woche ging der diesjährige Petersburger Dialog in Moskau im Alexandersaal über die Bühne.

Auf dem Podium Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin. Im Plenum gut 200 Russen und Deutsche aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kunst. Die Kanzlerin gab sich angriffslustig. Die deutsche Politik sei irritiert, in der letzten Zeit seien einige Gesetze in Russland verabschiedet worden, die nicht geeignet wären, die freiheitliche Organisierung von Gruppen zu befördern. Merkel nannte einige Details angeblicher oder tatsächlicher Menschenrechtsverletzungen beim Nachbarn. Auch die Band Pussy Riot. Im Grunde war dieses Gespräch von Seiten der Deutschen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands. Putin blieb keine Antwort schuldig. Gleichwohl nannte er die Regierungspolitik der Kanzlerin vorbildlich.



Ein Dialog hat zum Ziel, Gemeinsamkeiten zu finden. Sorgen, Befürchtungen, Kritik müssen von beiden Seiten geäußert werden können, aber nicht auf dem offenen Markt, wie das im Alexandersaal geschah. Die Bundesregierung hat hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit allen Grund, vor der eigenen Haustür zu kehren. Wortbruch, Vertragsbruch und Täuschungen der Menschen bezüglich der finanziellen Ausblutung Deutschlands kennzeichnen deutsches Regierungshandeln. Diese Politik ist nicht weniger schlimm, wenn man fairerweise hinzufügt, dass die parlamentarische Opposition dies alles mitträgt.

Abschließend sei die Feststellung erlaubt, dass die deutsche Regierungschefin die US-Verbrechen in Guantanamo noch nicht vor der Weltöffentlichkeit angeprangert hat. *Wilhelm v. Gottberg*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Treuspende e. V. und ein Kalender für 2013 bei.

Die Schulden-Uhr:

Griechisches Wachstum

Dass die Griechen ihr Überschuldungsproblem angehen würden, ist nicht zu konstatieren. So sind die Verbindlichkeiten von 168,03 Milliarden Euro 2003 bis auf 355,78 Milliarden Euro 2011 jedes Jahr gewachsen. Dieses Jahr sollen sie zwar laut dem IWF auf 343,81 Milliarden leicht sinken, um dann allerdings 2013 wieder auf 346,25 Milliarden Euro zu steigen. *M.R.*

2.058.491.333.162 €

Vorwoche: 2.057.380.518.860 €
Verschuldung pro Kopf: 25.165 €
Vorwoche: 25.155 €

(Dienstag, 20. November 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kreml-Elite bangt um Ämter

Antikorruptionskampagne bedroht selbst hochrangige Politiker – Kritker sprechen von »Säuberungen«

Nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt hat Wladimir Putin eine Reihe unpopulärer Änderungen durchgesetzt: Verschärfungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts, des Ausländergesetzes und der Überwachung des Internets zählen ebenso dazu wie die Antikorruptionskampagne. Gleichzeitig wurden Gerüchte über eine schwere Erkrankung des Präsidenten publik, die seine Teilnahme an mehreren Treffen verhindert habe. Das gibt Spekulationen Nahrung, ob sich hinter den Kulissen des Kreml ein Machtkampf anbahnt oder ob die Meldung dem politischen Zentrum lediglich als Ablenkungsmanöver dient.

Die Ablösung des bisherigen Verteidigungsministers Anatolij Serdjukow glich einem Paukenschlag. Obwohl der Politiker in Militärkreisen nicht sonderlich beliebt war, hatte mit seiner plötzlichen Absetzung niemand gerechnet. Mit dem Wechsel an der Militärspitze wurde die Antikorruptionskampagne des Präsidenten eingeläutet, im Zuge derer weitere hochrangige Politiker wohl ihre Positionen verlieren werden. Der Geheimdienst FSB durchsucht bereits die Büros einiger Verdächtiger. Am Montag dieser Woche hat Premier Dmitrij Medwedjew den Verkehrsminister Anatolij Tschabunin entlassen. Sein Amt bekleidet jetzt Roman Starowojt, ein St. Petersburger Nachwuchs-Politiker.

Russische Beobachter glauben, dass an Serdjukow ein Exempel statuiert werden sollte, denn es ist unwahrscheinlich, dass die Regierung von Unregelmäßigkeiten beim Militär, insbesondere von den dreisten Diebstählen beim Satellitenprogramm „Glonass“, einem Prestigeprojekt, nichts bemerkt hat. Sergej Iwanow, Chef der Präsidialverwaltung und Putin-Vertrauter, erzählte Journalisten, er habe schon vor zwei Jahren von Materialdiebstählen bei Glonass erfahren. Damals war Putin Regierungschef. Es verwundert, wenn er erst jetzt reagiert.

Dass die Regierung scharf gegen Korruption vorgehen will, ist vor dem Hintergrund, dass ausländische Investoren sie als Haupthinderungsgrund für Investitionen in Russland nennen und seit Jahren ein Rückgang ausländischen Kapitals zu verbuchen ist, verständlich.

Liberale Kritiker sprechen von „Säuberungen“ und werfen Putin vor, die Macht so wie Stalin 1937 auszuüben. Es sei mit einer kompletten Erneuerung der Elite zu rechnen, wobei die entlassenen Beamtenstellen mit jüngeren und vor allem dem Präsidenten treu ergebenen Mitarbeitern besetzt würden.

> »Agitprop« ist als politisches Instrument zurückgekehrt

Gerade, als die Diskussionen um die Verschärfung der Gesetze zum Demonstrationsrecht und der Einstufung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), in denen Organisationen mit Auslandskapital als „ausländische Agenten“ eingestuft werden, in der Öffentlichkeit ihren Höhepunkt erreichten, wurden Gerüchte über eine ernsthafte Erkrankung Putins laut. Über die Nachrichtenagentur Reuters, die sich auf eine zuverlässige Quelle im Kreml berief, ging die Meldung um die Welt. Ein Dementi von Putins Pressesekretär erfolgte umgehend. Er sah sich dennoch bemüßigt hinzuzufügen, der Präsident sei kerngesund. Er habe sich lediglich bei seinem täglichen Training eine Muskelzerrung zugezogen. Es ist nicht auszuschließen, dass das Gerücht gezielt aus der Umgebung des Präsidenten gestreut wurde. Assoziationen an Desinformationskampagnen gegen Ende der Sowjetunion oder der Jelzin-Ära kommen dem Betrachter unwillkürlich in den Sinn. Einige Beobachter glauben, das Gerücht sei möglicherweise vom Präsidenten selbst als Ablenkungsmanöver in die Welt gesetzt worden, um so die politischen Diskussionen zu verringern. Vielleicht war es aber auch ein Versuch von Putin-Gegnern, den Präsidenten zu demoralisieren.

Putin ist sehr um sein Image bemüht. Er war nie ein schwacher Präsident. Dass er auch in seiner dritten Amtsperiode Stärke signalisieren will, steht außer Zweifel. Die Regierung ist für ihn ein Instrument, dessen man sich bei Bedarf bedient. Stärke demonstrierte Putin einmal mehr beim Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Moskau. Ihre Verbalattacken parierte er mit der gewohnten Schärfe und List. Obwohl Putins Image Schaden genommen hat, weil ein Großteil der Bürger und das Ausland ihm die unfaire Wahl, die ihn zurück an die Macht gebracht hat, übelnehmen, genießt er nach wie vor eine breite Unterstützung der Bevölkerung. Seine Beliebtheit. aber auch die fast aller Politiker, sinkt hingegen stetig. In der Bevölkerung macht sich Politikmüdigkeit breit. Die Rückkehr der Agitationspropaganda (Agitprop) in der politischen Kultur dürfte diese Tendenz noch verschärfen.

Die Kreml-Elite wird sich für oder gegen Putin entscheiden müssen. Vorerst wird kein Weg an ihm vorbeiführen. Dass Putin verstärkt auf die Loyalität seiner Umgebung setzt, zeigt die Tatsache, dass er im Dezember zum Dank ein Treffen mit den Personen, die ihn im Wahlkampf unterstützt haben, organisieren will.

Manuela Rosenthal-Kappi



Setzt auf Loyalität: Wladimir Putin (r.) übertrug Sergej Schojgu (l.) das Amt des Verteidigungsministers Bild: pa

In der Hand der Einwanderer

Russische Dokumentation zeigt tristes Bild von Frankreich

La Zone“ werden fünf Arrondissements im südfranzösischen Marseille genannt. Krankenwagen und Feuerwehr wagen sich nur mit Begleitschutz in diese mehrheitlich in muslimischer Hand befindlichen Viertel. Die Polizei zeigt sich machtlos. 9000 bewaffnete Raubüberfälle 2011 sind das Resultat einer relativ hohen Jugendarbeitslosenquote. Die russische Dokumentation „Aliens 2“ postuliert, dass auch große Teile von Paris und anderen Städten Frankreichs von kriminellen, meist islamischen Jugendgangs, Drogenhändlern sowie religiösen Fanatikern beherrscht würden, das Land sich praktisch mehr und mehr in muslimischer Hand befinde. Ähnliches gelte in vielen anderen Großstädten Europas.

Die russischen Filmemacher wurden bei ihren Dreharbeiten in Paris massiv behindert, geschlagen und die französische Polizei machte ihnen ebenfalls Schwierigkeiten, schützte die Aggressoren. „Ist das noch Europa“, fragt sich Regisseur Alexander Rogatkin. Er will mit seinem Film am Beispiel Frankreich zeigen, welche Folgen eine stärkere Islamisierung auch für Russland haben kann.

Inzwischen leben rund sechs Millionen Einwanderer in Frankreich. Da ihre Geburtenrate höher als die der einheimischen Bevölkerung ist, wird ihre Zahl auch bei einer allfälligen Begrenzung der Einwanderung rasch weiter steigen. Kritiker sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland sehen die Schuld an dieser bedenklichen Entwicklung bei den politischen Eliten, die das Tor der säkularen Gesellschaften für das Eindringen stark religiös bestimmter ausländischer Parallelgesellschaften geöffnet haben und die Folgen ignorieren, ja sogar in falsch verstandener Toleranz verstärken. Als Beispiel führen sie an, dass in vielen Schulkantinen Schweinefleisch vom Speiseplan verschwindet, Schwimmbäder zeitweise nur noch Frauen offenstehen. Auch der enthusiastisch bejubelte „Arabische Frühling“ sei in seinen Folgen komplett falsch eingeschätzt worden. Die Regierung Hollande sei in dieser Frage hoffnungslos ohnmächtig, da sie einen Teil ihres Erfolgs gerade mit diesen Außenseitergruppen erzielt habe.

> Polizei will ihre Machtlosigkeit nicht gefilmt sehen

Unter solchen Vorzeichen sieht etwa der Bundestagsabgeordnete Peter Tauber (CDU) Frankreich in den nächsten zwei Jahrzehnten zu einem islamischen Land werden – Christenverfolgung inklusive. Hier könne nur die bewusste Besinnung auf die eigenen religiösen Werte Abhilfe schaffen. Denn beispielsweise leide Deutschland nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum. In Deutschland gerate der christliche Religionsunterricht immer mehr ins Hintertreffen, während der Islamunterricht staatlich eingeführt werde. Christliche Kirchen würden aus Geldmangel verkauft und in Moscheen umgebaut, wie beispielsweise in der französischen Stadt Vierzon. Rote und grüne Politik hofierten die Muslime über Gebühr und würden damit, wie auch in Frankreich, zu Steigbügelhaltern einer gefährlichen Entwicklung.

Joachim Feyerabend

Hausgemachte Krise

Auch Kuwaits Regierung wackelt

Lange blieb das ölreiche Emirat Kuwait von den Unruhen, die andere Teile der arabischen Welt in ihren Grundfesten erschütterten und autoritäre Regierungen stürzten, unberührt. Doch in diesem Jahr brachte der Kampf zwischen dem Parlament und der Herrscherfamilie Al-Sabah auch Kuwait an den Rand der Unregierbarkeit wie das Nachbarland Bahrain. Nach der de facto Auflösung des Parlaments demonstriert die Opposition immer heftiger gegen das neue Wahlgesetz und befürchtet einen Machtverlust bei den nächsten Parlamentswahlen im Dezember. Das im Februar neu gewählte Parlament war aufgelöst worden, nachdem Kuwaits Verfassungsgericht die Parlamentswahlen, bei der vor allem Islamisten als Sieger hervorgegangen waren, für ungültig erklärt. Die Regierung trat zurück.

> Islamisten wollen mehr Einfluss

Um der politischen Zwickmühle zu entkommen und den Demonstranten den Wind aus den Segeln zu nehmen, rief der Emir Neuwahlen für Dezember aus. Am 19. Oktober gab der Herrscher Änderungen des Wahlgesetzes bekannt, die laut Opposition den regierungsnahen Kandidaten Vorteile verschaffen können. Die Wut darüber entlädt sich jetzt in den Massendemonstrationen, das Land erlebt seine schwerste politische Krise seit der Befreiung von der irakischen Besatzung 1991.

Mit den Demonstrationen ist ein neuerlicher Tiefpunkt in Kuwaits Ringen um eine demokratischere Staatsform erreicht. Zwar hat der Kleinstaat als erste Golfmonarchie 1962 eine Verfassung und ein Parlament eingeführt, Emir Scheich Sabah al-Ahmed al-Sabah regiert dennoch absolut. Das Parlament hat kaum Macht. Immerhin kann es Mitglieder der vom Emir eingesetzten Regierung, meist Verwandte des Herrschers, zu Anhörungen vorladen. Dies führte in den vergangenen Monaten immer wieder zu Minister- und Kabinettsrücktritten. Trotz dieser beschränkten Rechte haben politische Kämpfe um Kuwaits Parlament Tradition. Seit 2006 wurden bereits vier Parlamente neu gewählt.

Bodo Bost

Befreit Gaza von der Hamas!

Von Vera Lengsfeld

Das war das Motto einer Demonstration zur Unterstützung Israels, die am Sonntag in Berlin am Joachimsthaler Platz stattfand. Obwohl nur 48 Stunden zwischen dem Aufruf und der Demonstration lagen, hatten sich mehr als 500 Freunde Israels eingefunden. Ein schöner Erfolg, aber angesichts der verzerrten Berichterstattung in den deutschen Medien über den eskalierenden Konflikt viel zu wenig.

Die Redner, wie der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Kramer, mussten daran erinnern, dass nicht Israel der Aggressor ist, sondern die Hamas. Mehr als 8000 Raketen wurden in den vergangenen Jahren aus dem Gazastreifen auf Israel abgeschossen. In den am meisten betroffenen Gebieten leben die Kinder seit Jahren in Bunkern. 30 Sekunden hat jeder Mensch Zeit, sich nach Auslösung des Luftalarms in Sicherheit zu bringen. Inzwischen sind um die eine Millionen Israelis vom Beschuss der Hamas bedroht, denn auch Tel Aviv und Jerusalem wurden angegriffen.

Während den deutschen Medien die ständigen Angriffe auf Israel über Jahre wenig mehr als eine Randnotiz wert waren, überschlagen sie sich nun in der Berichterstattung aus dem Gazastreifen, seit die israelische Armee zurückschlägt. Deutsche Journalisten entblödeten sich nicht, den getöteten Militärchef der Hamas einen „freundlichen Familienvater“ zu nennen, prangerte einer der Redner an. Dieselben Journalisten berichten über tote Zivilisten in Gaza, ohne darauf hinzuweisen, dass Zivilisten als menschliche Schutzschilde von den Hamas-Terroristen missbraucht werden. Sogar Springers „Welt“ bezeichnet die Gewalttäter der Hamas als „Kämpfer“, obwohl die Hamas in ihrer Charta klar und unmissverständlich die Auslöschung Israels propagiert: „Das Jüngste Gericht wird nicht kommen, solange Moslems nicht die Juden bekämpfen und töten.“

Gideon Joffe wies, mit der deutschen und der israelischen Fahne in der Hand, darauf hin, dass beide Länder die gleichen westlichen Werte verteidigen, Freiheit, Emanzipation, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einer offenen Gesellschaft. Für welche Werte die Hamas stehe, offenbare ihr brutaler Umgang mit der Opposition in Gaza.

Während in Charlottenburg die Freunde Israels friedlich demonstrierten, waren in Neukölln die Anhänger der Hamas auf Krawall aus. „Freiheit und Frieden für Gaza“ wurde gefordert, Israel als Terrorist hingestellt. Um zu unterstreichen, wes Geistes Kind man ist, wurden am Ende der Demonstration Polizisten angegriffen und Feuerwerkskörper gezündet.

Abends im ZDF gab es nur Bilder von den Einschlägen in Gaza und den Propaganda-Inszenierungen der Hamas mit getroffenen Zivilisten. Nicht ein Bild von den Toten und Verwundeten in Israel.

Wenn die CDU »modern« sein will

Landesparteitag Brandenburg: Union taumelt zwischen Leere und Selbstaufgabe



Mageres Ergebnis: Von Fraktionschef Dieter Dombrowski (M.) erhält der neue brandenburgische CDU-Vorsitzende Michael Schierack Blumen zu seiner Wahl am 17. November, Schieracks Stellvertreterin Barbara Richstein applaudiert

Bild: K.-D. Gabbert/dapd

Bürgerliche Wähler in Brandenburg sind verwirrt. Sie wissen nicht mehr so recht, was sie von der CDU halten sollen. Wofür steht sie eigentlich? Der Landesparteitag vergangenes Wochenende zeichnete das Bild einer desorientierten Partei.

Auf dem Landesparteitag der Christdemokraten am 17. November in einem Potsdamer Nobelhotel machte eine Vertreterin der Frauenunion (FU) einer interessierten Bürgerin ihre Position zum Betreuungsgeld deutlich: Sie sei gegen diese neue Leistung, Kindergartenplätze hingegen finde sie besser. Die Frage, warum sie dann nicht besser in der SPD aufgehoben sei, konnte die argumentativ überforderte Standbetreiberin nicht beantworten.

In den Tagen vor dem Parteitag hatte der neue Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dieter Dombrowski, für weitere Irritationen gesorgt. Er war durchs Land gereist, hatte Asylantenunterkünfte besucht und deren Zustände kritisiert. „Ich denke, dass wir ein anderes Zuwanderungsrecht brauchen“, redete er einer noch freizügigeren Aufnahme von Asylbewerbern das Wort. „Es sind viele Menschen dabei, die wir gut gebrauchen könnten.“ Auch angesichts hoher Arbeitslosigkeit und ohnehin steigender Sozialkosten finden solche Ideen bei vielen Brandenburgern kaum Verständnis.

Das spiegelt sich auch in der Zurückhaltung verschiedener Landkreise wieder, welche die meist vom Balkan stammenden Neuankömmlinge zu Lasten ihrer Kassen aufnehmen sollen. Dombrowski hat für die Nöte der Kommunen und Kreise wenig Verständnis: „Ich finde es unverantwortlich, wenn Landkreise ... sich der Aufgabe entziehen, Kapazitäten in einer Qualität vorzuhalten, wie man es in einem zivilisierten und wohlhabenden Land wie Brandenburg erwarten kann.“ So ähnlich formuliert es auch die Linkspartei. In der vergangenen Woche beschäftigte sich der Landtag auf Antrag der „Linken“ in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Flüchtlingspolitik weiter verbessern – Flüchtlingen in Brandenburg ein menschenwürdiges Leben ermöglichen!“. Potenzielle Wähler und einfache Mitglieder der CDU könnten sich verwirrt zeigen ob dieser schwarz-dunkelroten Übereinstimmung, zumal von den „Flüchtlingen“ vom Balkan so gut wie keiner als politisch verfolgt anerkannt wird.

> »Jubelperser des Politbüros«, schimpft eine Delegierte

Äußerlich hatte sich die CDU gleich zu Beginn große Mühe gegeben, „christlich-konservativ“ zu erscheinen. Der katholische Seelsorger der Potsdamer St.-Peter-und-Paul-Gemeinde, Probst Klaus-Günter Müller, redete in einem Grußwort den Delegierten ins Gewissen und sprach von Familie, Ehe und christlichen Werten. Im Vorraum des Tagungshotels warb indes die Lesben- und Schwulen-Union gleichzeitig für eine steuerrechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Sie war damit nicht allein. Der Potsdamer JU-Kreischef Tino Müller berichtete gegenüber der *PAZ*, er habe die prominente Brandenburger Unionspolitikerin Katherina Reiche wegen ihrer rückwärtsgewandten und „schwulenkritischen“ Haltung angegriffen: „Das humanistische Weltbild Frau Reiches scheint an ihrem Gartenzaun zu enden.“ Einen Info-Stand der Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU suchte man auf dem Parteitag vergebens.

Dombrowski, der auch CDU-Generalsekretär in Brandenburg ist, attackierte in seinem Bericht den Gegner: Die Glaubwürdigkeit von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) habe durch die geplatzte Eröffnung des Flughafens Berlin-Schönefeld gelitten. Die CDU müsse wieder mitregieren in Brandenburg. Zu seinen ausländerpolitischen Vorstößen schwieg Dombrowski. Die Bundestagsabgeordnete Reiche lobte vor allem Angela Merkel.

Eine Aussprache zu den Berichten gab es nicht. Niemand wollte das Wort nehmen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Björn Lakenmacher, erklärte das magere Diskussionsbedürfnis gegenüber der *PAZ* damit, dass man positiv denken und nach vorne schauen wolle. Einer verärgerten Delegierter war die zur Schau getragene Eintracht indes zu viel: „Jubelperser des Politbüros“, schimpfte sie.

Derweil zeichnet sich ein Wechsel in der Wählergunst ab. Unter der gestürzten Fraktionsvorsitzenden Saskia Ludwig hatte sich die Union laut Umfragen deutlich erholt. Nun liegt sie nur noch einen Prozentpunkt vor dem SPD-Koalitionspartner Linkspartei. Die aufmunternden Worte des Berliner CDU-Chefs Frank Henkel waren da zwar Balsam aufs Gemüt der märkischen Christdemokraten, die schlechten Zahlen aber konnte selbst er nicht vertreiben.

Auch der einzige Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden, Michael Schierack, gab kein sehr überzeugendes Bild ab. In einer von vielen Delegierten als langatmig empfundenen Rede ließ er die Anwesenden an seiner politischen Familiengeschichte teilhaben, die schon in der Weimarer Republik mit einem Kamenzer Stadtverordneten gleichen Namens begonnen habe. Zudem habe er sich zu DDR-Zeiten der Jugendweihe verweigert. Nur 148 von 216 Stimmberechtigten votierten für ihn. Es gab 61 Neinstimmen und sieben Enthaltungen, womit Schierack nur knapp 69 Prozent der Delegierten für sich gewinnen konnte, obwohl niemand gegen ihn angetreten war. Da hatte selbst seine gestürzte und von linken Medien massiv als rechts beschimpfte Vorgängerin Saskia Ludwig besser abgeschnitten. Ludwig hatte eine einseitig linkslastige Berichterstattung in den meisten Medien kritisiert. Auch die übrigen Bewerber um Vorstandsämter erhielten schwache Ergebnisse. *Theo Maass*

Terror als Tradition

»Geburtstagsschläge«: Türkisches Ritual quält deutsche Schüler

„Geburtstagsschläge“ nennt sich ein gewalttätiges Ritual, das mittlerweile an bundesdeutschen Schulen recht verbreitet ist, aber nur selten an die Öffentlichkeit dringt. Doch ein besonders spektakulärer Fall an einer Neuköllner Sekundarschule schlägt nun Wellen. Das Opfer, das Prellungen im Gesicht und an den Armen davontrug, ist einer der wenigen deutschen Schüler an der Schule. Er war an seinem Geburtstag dermaßen verprügelt worden, dass er sich ärztlich behandeln lassen musste und krankgeschrieben wurde.

Bei dem Ritual erhalten männliche Geburtstagskinder von Mitschülern pro Lebensjahr einen Schlag auf Rücken oder Schulter, eine angebliche türkische Schultradition. In der Praxis artet das Ritual jedoch immer öfter in regelrechte Körperverletzungen aus, so dass betroffene Schüler ihre Geburtstage an den Schulen als Leidenstage erleben.

Während Neuköllns Bildungsstadträtin Franziska Giffey (SPD) angesichts des Vorfalls überrascht reagierte, scheint der Berliner Polizei das Phänomen nicht neu zu sein. An verschiedenen Berliner Schulen sind Geburtstagsschläge bekannt. Es gibt „öfter mal eine Anzeige wegen Körperverletzung“, so ein Polizei-Vertreter gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“.

> Vor allem Neid soll das Motiv sein

Die brutale Unsitte, die aus der Türkei stammen soll, aber auch in den Unterschichten der USA und Großbritanniens als „Birthday licks“ bekannt ist, scheint immer öfter Vorwand zum Terrorisieren deutscher Schüler durch ihre türkischen Mitschüler zu werden: Bereits im Jahr 2002 war im niedersächsischen Stadthagen eine Schule in die Schlagzeilen geraten, nachdem dort Prügel zum Geburtstag zum Massenphänomen geworden waren. Systematisch hatten türkische Schüler ihre Mitschüler zum Geburtstag tyrannisiert. Für den Leiter des Kriminologischen Instituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, ist vor allem Neid das Motiv der Täter.

Ähnlich wie vor zehn Jahren bei den Vorgängen in Niedersachsen scheint auch im Berliner Fall der Vorgang für die Täter relativ harmlos auszugehen. Sie müssten an einem „Anti-Gewalttraining“ teilnehmen, andernfalls drohe ihnen der Verweis von der Schule, so die Bildungsstadträtin. Statt der Täter sind es im Normalfall meist die Opfer der Misshandlungen, welche die Schulen wechseln: Für sie oftmals der einzige Ausweg, sich vor weiteren gewalttätigen Anfeindungen zu schützen. *Norman Hanert*

Ungestrafte Rüpel

Diplomaten sind Sorgenkinder im Verkehr

Im Sinne des Wortes „Luft abgelassen“ hat ein 72-jähriger Schwerbehinderter in Berlin. Einem Diplomatenauto, das widerrechtlich auf einem Behindertenplatz stand, ließ er die Luft aus den Reifen. Resultat: Eine Anzeige wegen Sachbeschädigung gegen den Rentner, während der falsch geparkte Diplomatenwagen nicht einmal abgeschleppt werden durfte.

> Immunität schützt sie vor Verfolgung

Die diplomatische Immunität führt dazu, dass in derartigen Fällen lediglich die Ordnungswidrigkeit schriftlich festgehalten und dem Auswärtigen Amt übermittelt wird. Im Normalfall endet der Vorgang damit im Sande. Die Diplomaten können nicht belangt werden, nur in extremen Fällen können Personen vom Auswärtigen Amt zur „unerwünschten Person“ erklärt und damit zum Verlassen des Landes aufgefordert werden.

Das Privileg wird durch einige Angehörige des Diplomatischen Corps inzwischen reichlich überstrapaziert, die Zahl der Verkehrsverstöße aus ihren Reihen steigt immer mehr an: Im Jahr 2009 wurden schon beachtliche 8600 Ordnungswidrigkeiten durch Diplomaten festgestellt. Zwei Jahre später hatte sich die Zahl mehr als verdoppelt – auf 18 886 Verkehrsverstöße 2011. Die häufigsten Sünder sind seit Jahren die Vertreter Saudi-Arabiens, gefolgt von Russen und US-Diplomaten. Während Unfälle mit Diplomaten in der Regel nicht weiter publik werden, sorgte 2011 der Fall eines Südkoreaners für erheblichen Pressewirbel. Stark alkoholisiert hatte der Diplomat mit seinem Auto erst mehrere geparkte Pkw beschädigte und war anschließend in ein Einfamilienhaus gerast. *N.H.*

Posse um Bauantrag

Gescheitert ist der Versuch, den Bauantrag für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche in feierlichem Rahmen einem Vertreter der Stadt zu übergeben. Obwohl bei Projekten von Großinvestoren in Potsdam auch eine andere Vorgehensweise bekannt ist, beharrte die Stadt im Fall der Garnisonkirche auf einer „normalen Prozedur“. Folge: Eine für den 12. November geplante feierliche Übergabe des Bauantrags an den zuständigen Baubeigeordneten Matthias Klipp (Grüne) musste abgesagt werden. Die Unterlagen für das 40-Millionen-Euro-Projekt sind inzwischen von einem Vertreter der Stiftung Garnisonkirche im Bauamt übergeben worden. Ungeklärt ist trotz des Bauantrags noch, wie es beim Wiederaufbau des über 88 Meter hohen Turms weitergehen wird. Die erforderlichen Gelder für die Wiederherstellung eines der bekanntesten Wahrzeichen des historischen Potsdams sind bisher noch nicht zusammengekommen. *N.H.*

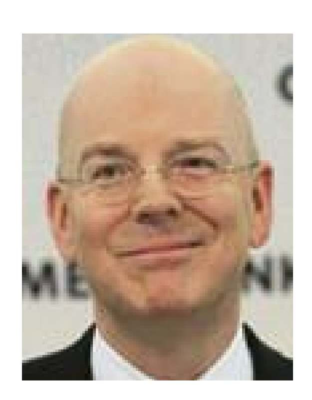
Zeitzeugen



Anshu Jain – Seit Juni ist der 1963 in Indien geborene Co-Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank im Amt, doch schon jetzt ist er ähnlich unbeliebt wie sein Vorgänger Josef Ackermann. Lange galt er als Wunderkind der Deutschen Bank, in deren Investmentbereich er 1995 einstieg. Von London aus ließ er die Gewinne für das deutsche Geldhaus sprudeln und wurde schnell der Leiter der Abteilung, die teilweise bis zu 60 Prozent der Gewinne der weltweit agierenden Deutschen Bank machte. Doch die Höhe der Boni, die Jain unter seinen Investmentbankern verteilte, und zahlreiche Unstimmigkeiten brachten ihm schlechte Presse. Trotzdem wurde er in den Vorstand der Deutschen Bank berufen. Und nun bringt er auch noch seine ehemaligen Kollegen gegen sich auf, denn die Deutsche Bank will 1500 Stellen in diesem Bereich streichen.



Axel Weber – Der Finanzexperte hatte keine Lust mehr, als Bundesbanker die Euro-Krise mit zu tragen, und quittierte daher 2011 überraschend den Dienst, obwohl er bereits für den Posten des Chefs der Europäischen Zentralbank gehandelt wurde. Nun verantwortet Weber in der Funktion des Verwaltungsratspräsidenten der Schweizer Großbank UBS nach Augenzeugenberichten ein „Blutbad“ in der Investmentsparte des Kreditinstitutes mit. Die UBS will bis 2015 über zehntausend Stellen weltweit im Investmentgeschäft streichen und geht dabei nicht gerade zimperlich vor. Zahlreiche Londoner Mitarbeiter beklagen, dass sie erst im Büro über ihre sofortige Entlassung erfuhren. Doch Weber ist überzeugt, dass die goldenen Zeiten des Investmentbereichs auch durch Basel III beendet sind.



Martin Blessing – Der Chef der Commerzbank (seit 2001 im Vorstand, seit 2008 Vorsitzender) ist Enkel des Ex-Bundesbankpräsidentens Karl Blessing und Sohn des Ex-Deutsche-Bank-Vorstandsmitglieds Werner Blessing. Doch offenbar liegt Erfolg im Bankgeschäft nicht in den Genen, denn die Commerzbank ist auch aufgrund zahlreicher Fehlentscheidungen des 1963 Geborenen nur noch ein Schatten ihrer selbst. Einzig entlastend für Blessing ist, dass er nicht allein im Vorstand sitzt und Aufsichtsrat und Aktionäre ihn nie gebremst haben.

Populismus oder hilfreich?

SPD will Banken das Investmentgeschäft untersagen – Sinn erscheint fraglich

Endlich mal einer, der durchgreifen und die Banken an die Kette legen will. Das denken viele über den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, der plant, Kredit- und Einlagengeschäft vom riskanten Investmentgeschäft der Banken zu trennen, um so die Gefahren für Anleger und Steuerzahler zu minimieren. Doch ist diese Zähmung überhaupt notwendig?

Im Grunde klingt der Begriff Investmentbanking schon anrüchig und wenn man hört, wie viele Milliarden Euro die Deutsche Bank in diesem Bereich verdiente, als er von deren heutigem Vorstandsvorsitzenden Anshu Jain geführt wurde, dann kann hier gar nicht alles mit rechten Dingen zugehen. Und die Unsummen, die zumeist zu Lasten der Steuerzahler in den letzten Jahren weltweit in den Investment-Abteilungen verloren wurden, erhöhen das Misstrauen der Durchschnittsbürger gegenüber diesem Bereich. Dabei ist das, was unter Investmentbanking zu verstehen ist, nicht grundsätzlich Teufelszeug. Hier geht es auch um ganz seriöse Investmentfonds, die viele Bürger für ihre Altersvorsorge nutzen, und die Absicherung von Risiken bei Zinsen, Rohstoffen und Währungen, die für mittlere wie große Firmen mehr als sinnvoll ist. Auch geht es um die Organisation von Börsengängen und Kapitalerhöhungen von Aktienunternehmen, die Auflegung und Abwicklung von Anleihen jeglicher Art, damit Firmen und auch Staaten Geld von Anlegern erhalten können. Demnach ist eine grundsätzliche Trennung von Kredit- und Einlagengeschäft vom Investmentgeschäft eigentlich nicht notwendig, denn ein mittelständisches Unternehmen, das einen Kredit für eine Produktionshalle bei einer Bank hat, will vielleicht auch für sein US-Geschäft eine Dollarkurs-Absicherung, um Preise und Gewinn im Handel besser kalkulieren zu können und nicht durch Währungsschwankungen Verluste zu riskieren.

Etwas Gutes wurde missbraucht, weil Kontrolle versagte

Die Frage beim Investmentgeschäft ist nur, in welchem Ausmaß und mit welchem Ziel etwas betrieben wird. Denn Termingeschäfte und Optionen dienen nicht nur der Absicherung, man kann sie auch für Spekulationen nutzen oder Produkte entwickeln, die so verschachtelt sind, dass selbst ihre Schöpfer nicht alle Details durchschauen. Demnach bietet sich also doch eine Trennung des normalen Kredit- und Einlagengeschäftes vom Investmentbanking an?

Bereits ein oberflächlicher Blick auf die deutschen Banken offenbart, dass dort außer bei der Deutschen Bank kaum noch nennenswert die gefährliche Form des Investmentbankings betrieben wird. Die meisten von ihnen, viele von ihnen staatliche Landesbanken, sind mit ihren Versuchen, Investmentbanking im großen Stil zu betreiben, derart auf den Bauch gefallen, dass sie jetzt am Tropf des Steuerzahlers hängen. Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, hier das Investmentgeschäft an sich zu verdammen. Es ist vielmehr so, dass die interne, aber auch die externe Kontrolle versagt hat. Und nicht nur beim Investmentbanking. So fragt man sich, wieso die HSH Nordbank in einem derart überdimensionierten Maß Schiffsfinanzierungen durchführen konnte, obwohl schon seit Langem vor Überkapazitäten und damit verbundenen Pleiten gewarnt wurde. Das gleiche gilt für die Commerzbank und zahlreichen, teuren Fehleinschätzungen bei der Finanzierung von Immobilien und dem Kauf südeuropäischer Staatsanleihen.

Eine Abspaltung des risikoreichen Investmentgeschäfts wäre also nicht notwendig, wenn Bankenaufsicht und Aufsichtsräte, in denen auch Politiker sitzen, mehr Kontrolle ausüben würden. Allerdings nimmt man Kindern auch das Feuerzeug weg, damit sie nicht das Haus abfackeln. Doch ist es um die Finanzelite so schlecht bestellt, dass man sie wie Kinder behandeln muss? *Rebecca Bellano*



Blick auf das Frankfurter Bankenviertel: Geldhäuser sollen künftig weniger Gefahren für den Steuerzahler bergen Bild: M. Vedder/dapd

Was ist Basel III?

Groß war das Entsetzen bei Europas Banken: Die USA werden sich 2013 nicht an Basel III beteiligen. Na und, wird hierauf der Durchschnittsbürger sagen, die USA marschieren grundsätzlich ungern irgendwo mit, es sei denn, sie geben den Ton an. Und das ist bei Basel III nicht der Fall, denn wie der Name schon verrät, sitzen die Vordenker für das Regelwerk in der Schweiz. Zwar waren die USA auch an der Reform der verschärften Eigenkapitalregeln für Banken beteiligt, doch US-Banken bezeichnen diese als „unamerikanisch“.

Aus US-Sicht mag das der Fall sein, denn es geht um Risikobegrenzung und eben Regulierung. So etwas kostet Geld und begrenzt somit den Gewinn und dürfte daher Bank-Aktionäre nicht beglücken. Umso fataler ist es für europäische Banken, die sich an Basel III beteiligen müssen, dass die USA ausscheren, denn so können diese bei weltweiten Finanzgeschäften anders agieren als jene, die sich an Basel III halten müssen.

Risikogeschäft nur gegen Eigenkapital

Doch was ist Basel III eigentlich? Jedes Geldhaus muss Eigenkapital mitbringen, um als Bank Gelder von Kunden annehmen zu können, um diese weiterzuverleihen. Zahlt ein Kreditnehmer das Geld nicht zurück, muss die Bank in der Lage sein, diesen Verlust mit ihrem Eigenkapital, also zumeist dem Geld der Aktionäre, auszugleichen. Der normale Sparer soll sein Geld zurückerhalten. Daher verlangt Basel III wie schon die Vorgänger I und II – nur eben noch schärfer und für kleine Banken bürokratischer –, dass bei größerer Ausfallwahrscheinlichkeit mehr Eigenkapital unterlegt werden muss. Somit beschränkt die Höhe des Eigenkapitals das Geschäftsvolumen und das Risiko. Das Ganze wäre eine gute Idee, wäre da nicht das verlogene Vorhaben, Staatsanleihen weiter mit einem Risikogewicht von Null zu veranschlagen. *Bel*

Der Abstieg einer Großbank

Die Commerzbank ist nur noch ein Schatten ihrer selbst

Es war vor ziemlich genau fünf Jahren. Damals stand die Aktie der Commerzbank bei rund 20 Euro. Zu diesem Zeitpunkt freute sich der Partner der Verfasserin dieser Zeilen über den Wert seiner rund 1000 Bank-Aktien, die er als langjähriger Mitarbeiter der Commerzbank im Laufe der Jahre erworben hatte. Und da die Prognosen für das Kreditinstitut gut waren, kaufte er von seinem Weihnachtsgeld noch einmal nach.

Heute ist die Commerzbank nur noch ein Schatten ihrer selbst. Erst vor Kurzem wurde das deutsche Traditionshaus von Analysten als nicht mehr „systemrelevant“ bezeichnet. Dieses Urteil mag aber angesichts dessen, was die Bank noch in ihren Büchern stehen hat, verwundern. So verwaltet die erst kürzlich gegründete Altlasten-Abteilung Staatsanleihen, Immobilien- und Schiffskredite sowie Wertpapiere, die theoretisch einen Wert von 160 Milliarden Euro haben. Doch allein die südeuropäischen Staatsanleihen im Bestand der Commerzbank sollen vier Milliarden Euro weniger wert sein, als es auf dem Papier steht. Woher die vom deutschen Staat gestützte Bank, die vermutlich nach zahlreichen Jahren mit Verlusten für 2012 nur einen mageren Gewinn vermelden wird, das Geld nehmen will, um die Verluste der Altlasten-Abteilung auszugleichen, ist ungewiss. Und daher redet Commerzbank-Chef Martin Blessing nicht gern über diesen Bereich. Eigentlich hatte er die Commerzbank durch die Fusion mit der Dresdner Bank 2009 zu einem weltweit bedeutenden Kreditinstitut machen wollen, doch flankiert von der weltweiten Bankenkrise und der folgenden Euro-Krise sorgten unternehmerische Fehlentscheidungen dafür, dass die Commerzbank heute in der Bankenwelt als nicht mehr systemrelevant angesehen wird.

Kapitalvernichtung pur: ein Leidensbericht

Im Grunde verwundert es, dass Blessing noch immer Chef der Commerzbank ist und vor der Presse dieser Tage erneut verkünden konnte, dass er die Bank in eine bessere Zukunft führen wolle. So wolle das Unternehmen kundenfreundlicher werden. Man würde nur noch an ausgewählte, vermögende Kunden Beteiligungen verkaufen und auf Kredit-Bearbeitungsgebühren verzichten. Dass dies Versprechen sind, die im Grunde keinen Wert haben, da nach Beteiligungen kaum noch Nachfrage besteht und die Gebühren von Gesetz wegen verboten wurden, wussten Experten. Und so überzeugte die neue Strategie auch die Anleger nicht. Der Aktienkurs sank zeitweise sogar auf 1,30 Euro und wird wohl noch weiter sinken. Zudem wird die Bank Mitarbeiter entlassen müssen, um Kosten zu sparen.

Und dieser Tage wird der Verlobte der Verfasserin dieser Zeilen wohl die Aktien seines ehemaligen Arbeitgebers verkaufen und somit Verluste in fünfstelliger Höhe realisieren müssen. Was von dem Erlös gekauft wird? Es werden die Gebühren bezahlt, die die Commerzbank für das schriftliche Einverständnis verlangt, dass sie vom Grundbuch der alten Eigentumswohnung ins Grundbuch der neuen Doppelhaushälfte wechselt. *Bel*



Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2547**

Zurück zu den roten Wurzeln

Bürgerliche Fassade der Grünen nach Parteitag nicht mehr länger aufrechtzuerhalten

Auf ihrem Parteitag letztes Wochenende entsorgten die Grünen kurzerhand die so lange gehegte Basisdemokratie. Da ihnen mit der Energiewende ihr Hauptthema, die Angst vor der Atomkraft, abhandengekommen war, suchten sie nun nach neuen Zielen, um an die Macht zurückzukehren.

Einen „K.O.-Schlag“ nannte Helmut Markwort im „Focus“ die Klatsche, welche die Parteivorsitzende Claudia Roth bei der Urwahl der Spitzenkandidaten erlitten hatte. Nur 26 Prozent der grünen Parteimitglieder (Wahlbeteiligung 62 Prozent) wollten Roth als Spitzenkandidatin sehen. Doch

Die Ziele liegen eindeutig links von der SPD

dessen ungeachtet wählten die Parteifunktionäre Roth mit 88 Prozent als Parteivorsitzende wieder. Offensichtlich fühlten sich die grünen Parteifunktionäre nicht mehr an die früheren basisdemokratischen Prinzipien gebunden.

Aber nicht nur personell, sondern auch programmatisch standen die Delegierten vor einer schwierigen Entscheidung. Mit der Energiewende, dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie, war ihnen ihr größtes Anti-Thema abhandengekommen. Neue Ziele waren daher gefragt. Als „ökologisch-solidarisch“ oder „bürgerlich“ empfahlen sich einige der Hauptredner den zukünftigen Wählern. Der Parteitag rang beispielsweise darum, ob der Spitzensteuersatz auf 49 oder 53 Prozent heraufgesetzt werden solle. Für bürgerliche Wähler und Leistungsträger eine nicht gerade verlockende Perspektive, in der Spitze (exklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) mehr als die Hälfte des Einkommens direkt bei den Steuerkassen abgeben zu sollen. Zusätzlich soll eine Reichensteuer von 1,5 Prozent und eine erhöhte Erbschaftssteuer mehr als 100 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren einbringen.

Mit Milliardengeschenken wollen sich die Grünen dagegen bei den Ärmeren im Bundestagswahlkampf als „solidarische“ Partei empfehlen. Der Hartz-IV-Satz soll von 374 auf 420 Euro steigen, was 2,5 Milliarden pro Jahr kosten würde. „Es sind zu viele, die ausgegrenzt sind, die sich nicht artikulieren können“, meinte der wiedergewählte Grünen-Chef Cem Özdemir. Auf die einfache und zynische Formel „Umverteilen macht glücklich“ brachte eine grüne Delegierte diese neue Politik, die zwischen Linkspartei und SPD liegt.

Gleichzeitig soll der Wirtschaft – die Kuh, die man eigentlich

Rot-grüne Agenda 2010 soll rückgängig gemacht werden

melken will – das Leben schwerer gemacht werden. Nach grünen Vorstellungen sollen Minijobs und Leiharbeit sowie die Befristung von Arbeitsverträgen eingedämmt oder erschwert, ein Mindestlohn von 8,50 Euro und eine Garantierente eingeführt werden. Geht es nach dem Willen der Grünen, soll vieles von dem, was Deutschlands Wirtschaft in den vergangenen Jahren stabil gemacht hat, auch als Folge der rot-grünen Agenda-2010-Politik anerkannt ist, nun wieder zurückgedreht werden. Steigende Arbeitslosenzahlen dürften programmiert sein, sollten die Grünen an die Macht kommen.

Können wie jüngst in Baden-Württemberg mit „grüner Politik schwarze Wähler“ auch anderswo gewonnen werden? Diese Frage warf Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt auf. „Wo wir sind, da ist die Mitte“, tönte Jürgen Trittin. Wir sind „bürgerlich, aber nicht spießig“, wollte Claudia Roth wissen. Die bürgerliche Mitte sei „modern und emanzipatorisch“, behaupteten andere, die sich mit der Umdefinierung zentraler Begriffe aus der kommunistischen Trickkiste bedienen wollten. „Wir sind wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ wie die Union. Wir sind natürlich links und auch liberal“, so Cem Özdemir.

Interessante Details über die Familie des neuen Spitzenkandidaten Jürgen Trittin veröffentlichte der „Stern“. So soll Trittins Vater, Klaus Trittin, als 17-Jähriger 1941 freiwillig der Waffen-SS und ein Jahr später auch der NSDAP beigetreten sein. Später wurde er Offizier und führte bei Kriegsende eine Kampfgruppe in Ostpreußen. In der fünfjährigen russischen Kriegsgefangenschaft setzte er sich dann allerdings kritisch mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinander. Die Mahnung an seine Söhne, dass sie so etwas wie die NS-Gräuel niemals wieder zu-

Schwarz-Grün nach Beschimpfungen unwahrscheinlicher

lassen dürften, führte bei Jürgen Trittin zu einem geradezu zwanghaften Engagement gegen alles vermeintlich Rechte, das er bis hin zu einem exzessiven Hass auf alles Deutsche steigerte.

Was sind die Koalitionsoptionen nach der nächsten Bundestagswahl für die Grünen? Die beiden Spitzenkandidaten ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die CDU kein Partner für die Grünen sein könne. Katrin Göring-Eckart bezeichnete Familienministerin Kristina Schröder (CDU) als „alte Tante aus vorfeministischer Zeit“ und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warf sie vor, eine EU-weite Frauenquote zu verhindern. Die SPD, als Wunsch-Koalitionspartner der Grünen, dürfte sich schwer tun mit dieser Partei, die noch nicht einmal den SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück zum Parteitag eingeladen hatte.

Hinrich E. Bues



Wieder im Aufwind: Anders als die Parteibasis stimmten die Delegierten für Claudia Roth Bild: N.Treblin/dapd

MELDUNGEN

Massenklage gegen EZB

Berlin – Im Namen von 4800 deutschen Bürgern hat die „Zivile Koalition e.V.“ eine Massenklage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen die Europäische Zentralbank eingereicht. „Die Politik der EZB verstößt gegen ihre eigenen Statuten und hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Geldwertstabilität im Euroraum“, so Beatrix von Storch von der „Zivile Koalition“. Die EZB beeinträchtige damit jeden über Euro verfügenden Bürger, betont sie. Da die deutsche Bundesregierung von ihrem Klagerecht keinen Gebrauch gemacht habe, seien die Bürger zum Schutz ihrer Vermögen nunmehr gezwungen, die Klage selbst anhängig zu machen, so Klägervertreterin von Storch. *Bel*

Inflation der guten Noten

Berlin – Die zunehmende Inflation guter Noten an deutschen Hochschulen veranlasst den Wissenschaftsrat, bundesweit einheitliche Prüfungsstandards zu fordern. Schaue man sich die Abschlussnoten von Studenten an, so falle auf, dass im Jahr 2000 „nur“ 70 Prozent der Absolventen ein „gut“ oder „sehr gut“ erhielten, inzwischen aber 80 Prozent mit diesen Noten ihr Studium beendeten. Wurden vor zwölf Jahren noch vier Prozent der Abschlüsse mit der Note 4 gemacht, sind es jetzt nur noch 1,1 Prozent. Zudem gebe es von Universität zu Universität und von Fachbereich zu Fachbereich äußerst unterschiedliche Bewertungskriterien, was zur Folge habe, dass die Noten kaum noch Aussagekraft besäßen, beklagt der Wissenschaftsrat. So würden 98 Prozent der Biologen mit den Noten 1 oder 2 abschließen, Juristen und Mediziner können sich hingegen nur sehr selten über derart gute Abschlussnoten freuen. *Bel*

Zeichen des Misserfolgs

Exportrekord beim Strom – bezahlt vom deutschen Verbraucher

Deutschlands Netto-Stromexporte haben von Januar bis August einen neuen Rekordwert erreicht: 12,4 Milliarden Kilowattstunden sind nach Angaben des Bundesverbandes der deutschen Energiewirtschaft (BDEW) an ausländische Abnehmer verkauft worden. Der Rekordmenge entsprechend sind die Kommentare in den einschlägigen Medien: „Gut eineinhalb Jahre nach der Abschaltung der älteren Atommeiler haben sich die Befürchtungen also nicht erfüllt, Deutschland müsse in Zukunft Strom importieren“, ist da etwa auf einem Internetportal namens „Klimaretter.info“ zu lesen. Tatsächlich entpuppt sich die vermeintliche Erfolgsmeldung bei näherem Hinsehen als Zeichen des Misserfolgs der bisherigen „Energiewende“, im Hinblick auf die Verbraucher sogar als ausgemachter Skandal.

Zum einen sind die massiven Stromexportüberschüsse ein Beleg dafür, dass Netzausbau, Speichertechnologien und Verbrauchsmanagement der Industrie mit dem immer noch ungezügelten Ausbau der erneuerbaren Energie nicht standgehalten haben. Die Windräder und Solaranlagen produzieren Strom, wenn es die Witterungslage erlaubt, aber nicht, wenn der Strom bei den Verbrauchern in Privathaushalten und Industrie gebraucht wird. Die Folge: Mangels noch immer nicht vorhandener Speicherungsfähigkeit des Öko-Stroms bleibt nur der Export als Ausweg. Dies geschieht immer öfter zu Billigpreisen, die weit unter den angefallenen Kosten liegen. Das „billig“ gilt freilich nur für den Verkaufspreis: Die Stromexporte

In Deutschland fehlen vor allem Stromspeicher

sind – sofern sie aus Windkraftanlagen oder Solarpanelen stammen – über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch die privaten Haushalte zwangsweise über ihre Stromrechnungen subventioniert. Profiteure der billig auf den Markt geworfenen Überproduktion an Strom sind unter anderem die Niederlande, aber auch Betreiber von Pumpspeicherwerken in Österreich, die ihren Strom später teuer an Deutschland verkaufen.

Der Verband der großen Stromabnehmer aus der Industrie sieht noch ein weiteres Problem, das mit dem nicht steuerbaren und schwankenden Überangebot an Öko-Strom entstanden ist. Übers Jahr gerechnet kommen Gaskraftwerke nicht mehr auf die notwendige Zahl von Betriebsstunden, um sich überhaupt noch rentabel betreiben zu lassen. Tatsächlich werden aber gerade die Gaskraftwerke gebraucht, um in wind- oder sonnenarmen Zeiten den dann fehlenden Öko-Strom ersetzen zu können. Als vermeintliche Lösung des Problems ist bereits die nächste Subventionsart auf dem Energiesektor im Gespräch: Prämien für Betreiber von Gaskraftwerken, wenn sie ihre Kraftwerkskapazitäten trotz eigentlich nicht mehr vorhandener Rentabilität weiterhin in Bereitschaft halten.

Wie wenig marktwirtschaftliche Prinzipien im Energiesektor überhaupt noch gelten, wird daran deutlich, dass trotz des Überangebots an Strom das per Export verschleudert werden muss, für die meisten Verbraucher nun erneut die Preise steigen und nicht etwa sinken: Nach Angaben des Internet-Vergleichsportals „Verivox“ haben mehr als 210 Grundversorger an ihre Kunden sogenannte „blaue Briefe“ abgeschickt, in denen zum 1. Januar 2013 weitere Preiserhöhungen angekündigt werden. Im Schnitt werden die neuen Erhöhungen zwölf Prozent betragen, im Einzelfall auch bis zu 19 Prozent.

Norman Hanert

Merkels »Hurrikan«

Stromausfall in München: Eine Folge der Energiewende

Noch waren die Bilder vom Blackout in Manhattan nicht verblasst, da gingen erneut die Lichter aus. Diesmal nicht an der US-Ostküste, sondern in der Isarmetropole. Morgens um sieben war für halb München die Welt nicht mehr in Ordnung. Eine halbe Million Menschen standen plötzlich im Dunkeln, saßen in Aufzügen fest oder in U-Bahnen, die nicht mehr fuhren, warteten vor Ampeln, die weder rot noch grün zeigten.

Der Stromausfall am Donnerstagmorgen letzter Woche dauerte zwar nur eine gute Stunde. Doch das reichte, um das öffentliche Leben mitten im morgendlichen Berufsverkehr weitgehend lahmzulegen. Wenngleich die Schäden sich glücklicherweise in überschaubaren Grenzen hielten. Die Notstromaggregate der Krankenhäuser und anderer öffentlicher Versorgungseinrichtungen funktionierten, und der Straßenverkehr brach schon deshalb nicht völlig zusammen, weil viele Autos in Parkhäusern oder Garagen mit elektrischem Torantrieb gefangen waren.

Kaum war der Strom wieder angeschaltet, da begann die Ursachenforschung. Zunächst einmal schoben Energieanbieter und Netzbetreiber sich gegenseitig die Schuld zu. Schließlich wurden als Übeltäter zwei durchgeknallte Trafos bei den Münchner Stadtwerken ausgemacht. Unter Fachleuten umstritten ist aber immer noch, ob dieser Defekt den Blackout ausgelöst hat oder von diesem ausgelöst wurde.

Immerhin: Im Unterschied zu den Amerikanern bedurfte es keiner Naturkatastrophe, um das

Atomausstieg, Sonne und Wind machen die Netze instabil

Stromnetz zusammenbrechen zu lassen. Unser „Hurrikan“ ist Angela Merkels überhastete Energiewende. Dadurch nämlich sind die ohnehin renovierungsbedürftigen Netze an die Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen. Sie sind so instabil, dass die geringste Unregelmäßigkeit ausreicht, um einen großflächigen Stromausfall auszulösen.

Netzbetreiber Amprion, mit 11000 Kilometer Hochspannungsleitung einer der Branchenriesen, nimmt den Münchner Blackout zum Anlass, eindringlich zu warnen: „Mit der Abschaltung von Kernkraftwerken und der zunehmenden Einspeisung der schwankenden erneuerbaren Energien sind die Netze einer extrem hohen Belastung ausgesetzt. Das deutsche Hochspannungsnetz wird an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit betrieben.“ Damit habe im Falle von Störungen die Wahrscheinlichkeit von großflächigen Stromausfällen zugenommen, erklärte ein Sprecher gegenüber der „Welt“.

Und Albert Claudi, Professor an der Uni Kassel, sekundiert: Die Deutschen müssten sich künftig häufiger auf derartige Stromausfälle einstellen, denn „dass das Netz heute überhaupt so gut funktioniert, gleicht einem Wunder“. Auch Netzbetreiber Tennet, dessen Hochspannungsleitungen von der dänischen Grenze bis zu den Alpen reichen, sieht Deutschland, was die Transportkapazitäten betrifft, „eher schlechter aufgestellt als im letzten Winter“.

Die „Welt“ liefert dazu eindrucksvolle aktuelle Zahlen: Am Montag vergangener Woche wurden mittags bundesweit 6000 Megawatt (MW) Solarstrom eingespeist, ein Fünftel der installierten Leistung. Bis 16 Uhr sank die Einspeisung auf nahezu null, während die Nachfrage auf über 60000 MW anstieg. Windräder trugen wegen Flaute dazu nur 1600 MW bei.

H.-J. Mahlitz

MELDUNGEN

Christen ziehen sich zurück

Kairo – Die an der Erstellung der neuen ägyptischen Verfassung beteiligten 15 Christen haben ihre Mitarbeit in dem 100-köpfigen Gremium aufgekündigt. Der bisherige Entwurf stelle „nicht sicher, dass die Verfassung einen nationalen Konsens findet oder die Identität Ägyptens widerspiegelt“, so die Begründung. Der koptische Bischof Pachomius nannte aber keine Details, wieso die Christen zu diesem Schluss gekommen sind. Auch der Mitgründer der Initiative „Jugendbewegung 6. April“ zieht sich aus dem Gremium zurück. *Bel*

Wieder Glocken im Irak

Bagdad – Gut 1300 Jahre schwiegen sie, die christlichen Glocken in der irakischen Stadt Nadschaf, dem heiligen Ort der schiitischen Mohammedaner. Jetzt, so berichtete groß der saudische Fernsehsender al-Arabiya, läuteten sie wieder. In der nahe Nadschaf entdeckten antiken Stadt Hira zelebrierten Würdenträger des Orients eine Messe, darunter der päpstliche Gesandte Giorgio Lingua und der armenisch-katholische Bischof Emmanuel Dabbaghian. Während in vielen Teilen des Irak noch immer Christen verstärkt seit dem Einfall der Amerikaner und Engländer verfolgt werden, wurde die Delegation sogar von Großayatollah Ali al-Sistani begrüßt, der als weltweit ranghöchster schiitischer Geistlicher gilt. Bei der Begegnung wurde Wert darauf gelegt, dass das Christentum ein integraler und der älteste Bestandteil der irakischen Gesellschaft sei. Immerhin entdeckten Archäologen mehr als 33 Klöster und Kirchen in dieser Gegend. Als die arabisch-islamische Unterwerfung des Gebiets um 700 n. Ch. erfolgte, wurde das Läuten von Glocken verboten. Gleichwohl blieb Hira noch bis ins 11. Jahrhundert Bischofssitz. *J.F.*

Erdogans stille Reserve

Türken drohen zur Minderheit im eigenen Land zu werden – Auslandstürken könnten Lage verbessern

Die vehemente Ablehnung der türkischen Führung gegen jede Form von Assimilierung der Auslandstürken in ihren Gastländern wird meist als Versuch Ankaras gewertet, Einfluss auf die EU zu gewinnen. Die Türken in Europa könnten in der Zukunft allerdings noch eine ganz andere Funktion erfüllen: die einer Bevölkerungsreserve für die Türkei selbst.

„Wir stehen vor einem großen Drama, einer großen Assimilierung.“ Es ist mal wieder schweres Geschütz, das von Bekir Bozdag, Vizepremier und Chef des Amts für Auslandstürken, in der Internetausgabe der „Hurriyet“ aufgefahren wird: 4000 türkische Kinder seien aus muslimischen Familien von Kinder- und Jugendämtern in der EU in christliche Familien gegeben worden, so die Behauptung von Bozdag, der darin eine Form von Zwangschristianisierung und Assimilierungspolitik sieht.

Die Vorwürfe des Vizepremiers kommen bekannt vor. Vor 16 000 türkischen Zuhörern hatte im Jahr 2008 bereits Ministerpräsident Recep Tyyip Erdogan in Köln mit der Behauptung „Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ provoziert. Die vorherrschende Deutung solch markiger Sprüche: Erdogan und seine Partei AKP versuchen, über die im Ausland lebenden Landsleute politischen Einfluss zu nehmen.

Wenig beachtet wird allerdings, dass es aus Sicht Erdogans noch andere Gründe gibt, sich weiterhin stark für die Auslandstürken zu interessieren: die demografische Entwicklung in der Türkei selbst. „Wenn wir den bestehenden Trend fortführen, wird (das Jahr) 2038 eine Katastrophe für uns kennzeichnen“, lautete eine in Deutschland kaum beachtete Warnung Erdogans vom Mai 2010. Was die türkische Führung umtreibt, ist nicht nur, dass die Geburtenrate der Türkei inzwischen unter die sogenannte Reproduktionsquote gefallen ist, die türkische Bevölkerungszahl also langfristig schrumpft. Parallel dazu wird der Anteil der kurdischen Bevölkerung immer größer.

Bereits seit den 1990er Jahren ist die Geburtenrate der Türkei kontinuierlich zurückgegangen, im Durchschnitt ist die Zahl der Kinder, von drei auf zwei gesunken. Hinter dem Durchschnittswert von 2,1 Kindern pro Frau für die gesamte Türkei verbirgt sich allerdings aus Sicht Erdogans politisches Dynamit. Im Westen der Türkei werden pro Frau statistisch nur noch 1,5 Kinder geboren – ein Wert, typisch für die schrumpfenden westeuropäischen Gesellschaften. Im fernen Osten und Südosten der Türkei – den Siedlungsgebieten der Kurden – liegt die Geburtenzahl dagegen bei 3,5 Kindern. Hält diese Entwicklung an, dann wird die Türkei immer kurdischer. 1930 galten lediglich neun Prozent der Bevölkerung als kurdischstämmig. Inzwischen ist der Anteil der Kurden auf über 15 Prozent gestiegen. Hält der Geburtenknick bei der ethnisch türkischen Bevölkerung und die Gebärfreude der kurdischen Frauen an, dann stellen die Kurden innerhalb von zwei weiteren Generationen in der Türkei die Bevölkerungsmehrheit, so die Befürchtung türkischer Nationalisten.

Kurden bekommen viel mehr Kinder

Noch hegt Erdogan die Hoffnung, den Trend etwa mit Hilfe einer großzügigen Familienpolitik wieder umkehren zu können. Beim Blick ins Ausland wird allerdings klar, dass eine derartige Trendumkehr bisher in keinem Land nachhaltig gelungen ist. Folge dieser Entwicklung könnte es sein, dass eine türkische Führung in den kommenden Jahrzehnten einmal vor einer schwerwiegenden Entscheidung stehen könnte: Eine Abtrennung kurdischer Gebiete, damit in einer verkleinerten Türkei die Türken eine ethnische Mehrheit bilden, oder aber akzeptieren, dass die Türken zu einer Minderheitsbevölkerung in einem mehrheitlich kurdisch geprägten Land werden.

Sollte die Entscheidung für einen Erhalt des Landes in seiner bisherigen Form fallen, könnten die im Ausland lebenden Türken noch einmal zu einer Trumpfkarte werden, um die Bevölkerungsanteile zugunsten der Türken zu stabilisieren. Möglich wäre dann, was heute noch vielen undenkbar erscheint: Ein Programm der türkischen Regierung, das gezielt nach ethnischen Gesichtspunkten Landsleute aus dem Ausland zurückholt, ein Rücksiedlungsprogramm. Assimilierte Auslandstürken, die sich ihrem Heimatland völlig entfremdet haben, wären bei einer solchen Art von Bevölkerungspolitik für Ankara kaum zu gebrauchen.

Wie taktisch die türkische Führung den Begriff „Assimilierung“ verwendet, lässt sich auch im Innern der Türkei beobachten: Während die Assimilierung im Hinblick auf die Auslandstürken als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gebrandmarkt wird, nimmt in der Türkei der Druck auf die rund zehn Millionen Aleviten immer mehr zu, sich der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit anzupassen. Immer offensichtlicher ist das Scheitern solcher Assimilierungsversuche bei den Kurden: Nur wenige Tage nach dem jüngsten Deutschland-Besuch Erdogans haben die Kurden einen entscheidenden Punktsieg davon getragen und den türkischen Regierungschef nebenbei gleich noch blamiert. Noch gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Erdogan behauptet, in türkischen Gefängnissen würde es keinen Hungerstreik kurdischer Häftlinge geben. Nur wenige Tagen später erfolgte dann ein Einlenken der türkischen Regierung: Unter dem Druck von Hungerstreiks in Gefängnissen musste sie einwilligen, dass vor Gerichten künftig die kurdische Sprache zugelassen wird. *Norman Hanert*



Hält Kontakt zu seinen Landsleuten in Deutschland: Werbeplakat für Erdogan-Besuch 2011 Bild: V. Hartmann/dapd

Peking rüstet nach

Chinas Marine versucht US Navy technologisch hinterherzukommen

Der US-Kongress hatte eine Kommission eingesetzt, um die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage Chinas zu analysieren. Der nun vorliegende Report ist eigentlich wenig spektakulär, denn Fachleuten waren die Fortschritte der chinesischen Marine hinlänglich bekannt. Die Presseveröffentlichungen lenkten nun aber das öffentliche Interesse auf die drei Marinefelder, auf denen China nun im Begriff ist, mit den USA gleichzuziehen. Binnen zweier Jahre könnte China seine U-Boote mit nuklearen Raketen ausgestattet haben, heißt es da.

Tatsächlich besitzt China aber schon seit den 60er Jahren derartige Kapazitäten. Seit Mitte der 60er Jahre hat die Marine ein U-Boot der Klasse „200“, das sich bei näherer Betrachtung als Nachbau eines russischen U-Bootes der „Golf“-Klasse entpuppt. Es ist allerdings nur mit einer einzigen Interkontinentalrakete des Typs „Julong 1“ (Reichweite 2130 Seemeilen) bestückt. Die „200“ blieb ein Einzelgänger. Von 1978 bis 1987 entstand auf einer chinesischen Werft dann das U-Boot „406“, auch „Xia“-Klasse genannt. Es ist mit zwölf „Julong 1“-Interkontinentalraketen bestückt. Nach einer offenbar sehr gründlichen Erprobung der „406“ begann die chinesische Marine 1999 mit dem Bau der „Jin“-Klasse. Sie ist mit einer neuen Interkontinentalrakete, der „Julong 2“ (Reichweite 4730 Seemeilen), armiert. Bereits 2008 kam das Typschiff in Fahrt. China hat es bislang verstanden, dieses Bauprogramm weitgehend geheim zu halten. Der US-Geheimdienst vermutet jedoch, dass mittlerweile zwei „Jin“-Boote in Dienst und drei weitere in Bau sind. Mit diesen Booten wäre die chinesische Marine in der Lage, strategischen Bedrohungen der USA direkt zu begegnen.

U-Boote verfügen über Raketen mit hoher Reichweite

Die „Jin“-Boote sind aber nur eines von drei Bereichen der Marinerüstung, auf denen China nun mit den USA gleichzieht. Marschflugkörper waren in den USA und der damaligen Sowjetunion vor langer Zeit als kleinere und preiswerte Ergänzung zu den Interkontinentalraketen eingeführt worden. Sie können sowohl konventionelle als auch nukleare Gefechtsköpfe tragen. Bereits seit 2007 besitzt die chinesische Marine DH-10-Marschflugkörper, die über eine Reichweite von 4000 Kilometer verfügen sollen. Sie werden an Land, auf Überwasserschiffen und U-Booten zum Einsatz kommen. Die Treffergenauigkeit liegt nach Erkenntnissen des US-Geheimdienstes bei zehn Metern.

Während die Flugkörper bereits an Land Aufstellung gefunden haben, steht die Stationierung auf den neuen Zerstörern der „Lujang III“-Klasse (Typ 052D) unmittelbar bevor. Mit einer Aufrüstung der neuen Hochsee-U-Boote mit Marschflugkörpern ist gleichfalls zu rechnen.

Bereits 2011 konnte die chinesische Marine ihren ersten Flugzeugträger in Fahrt bringen. Er wird zurzeit gründlich erprobt und soll später 20 Hochleistungs-Jagdflugzeuge erhalten. Der Bau von Flugzeugträgern war auch Thema auf dem letzten Parteitag der chinesischen Kommunisten. Bis 2020 will die chinesische Marine zwei weitere Flugzeugträger in Dienst stellen.

Neben China bauen auch Indien und Russland ihre Seestreitkräfte aus. Die USA hingegen sind in Folge ihrer Finanzprobleme nicht in der Lange, rüstungspolitisch zu reagieren. Die US-Navy – zurzeit zwar noch ihren Konkurrenten haushoch überlegen – schrumpft. *Theo Maass*

Das Erbe des Bürgerkriegs

Sierra Leone wählt offenbar den Frieden

Ein demokratischer Wahlprozess wäre ein weiterer Meilenstein auf dem Weg Sierra Leones in Richtung Demokratie.“ Das sagte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel bei seinem Besuch in Sierra Leone im August. Vergangenes Wochenende bewies der Staat im Westen Afrikas, dass er für den Frieden bereit ist. Die Wahlen am vergangenen Sonnabend liefen gewaltfrei ab. Zwar öffneten einige Wahllokal mit mehreren Stunden Verspätung, doch laut den EU-Wahlbeobachtern alle Wartenden die Chance gehabt, ihre Stimmen abzugeben. Die Wahlen galten als Indikator. Nicht nur für die weitere Zusicherung von Entwicklungsgeldern, sondern auch, ob das Land endlich Frieden findet oder ob weitere Gewalt jegliche Entwicklung lähmt.

Abgehackte Hände und Waisenkinder in Freetowns Straßen zeugen auch zehn Jahre nach dem Bürgerkrieg von den damaligen Gräueltaten. Beim Bürgerkrieg von 1991 bis 2002 rebellierten die Paramilitärs der Revolutionary United Front (RUF) gegen die Regierung in Freetown. Kinder im Alter von elf Jahren erzogen sie mithilfe von Kokain zu Kämpfern und sie veranstalteten Massenvergewaltigungen im ganzen Land. In abgelegenen Regionen machte die RUF die Bevölkerung zu Arbeitssklaven, die unter unmenschlichen Bedingungen nach Diamanten suchen mussten. Gegenüber der *PAZ* sagt Thomas Cargill, Afrikanologe bei der Organisation Chatham House: „Das Erbe des Krieges ist immer noch erkennbar, überall im Alltag. Von Bau-Ruinen im ganzen Land bis hin zu abgetrennten Gliedmaßen.“ Sareta Ashraph, die als UN-Mitarbeiterin fünf Jahre in Freetown lebte, berichtet: „Der Krieg löste einen Flüchtlingsstrom in die Städte aus. Heute leben die Menschen hier in Slums. Viele von ihnen wohnen in der Nähe ihrer Vergewaltiger oder wissen, wo sich diese befinden.“ Die Geschlechtskrankheiten von vergewaltigten Frauen blieben größtenteils unbehandelt und die Kindersoldaten von damals seien heute erwachsen und ein soziales Problem.

Traumatisierte Ex-Kindersoldaten belasten das Land

2007 hatte der All People's Congress (APC) die Sierra Leone People's Party (SLPP) nach 21 Jahren in der Regierung abgelöst. Präsident Ernest Koroma hat dem Staat seitdem Stabilität gebracht und erzielte in den letzten Jahren einige Erfolge in der Landwirtschaft und der Infrastruktur. In Freetown sollen 2014 die Ketten Hilton und Radisson Hotels eröffnen und der Rohstoffhandel erlebt einen Aufschwung. Die Bevölkerung profitierte bisher jedoch kaum davon. Auf dem Human Development Index der Uno rangiert das Land auf Platz 180 von 187. 60 Prozent leben von unter 1,25 Dollar pro Tag.

Deutschland unterstützt Sierra Leone vor allem in der Privatwirtschaft und im Kampf gegen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit. Bei seinem Besuch sicherte Niebel der Bevölkerung weitere sechs Millionen Euro für Projekte innerhalb der nächsten drei Jahre zu. Die staatliche Wahlkommission will das endgültige Ergebnis nächste Woche bekanntgeben. Internationalen Beobachtern zufolge machte das Land aber einen Schritt in die richtige Richtung: Laut ersten Hochrechnungen führt Präsident Koroma vor seinem Herausforderer Mada Bio. Bio führt seit 2007 die Opposition an und war als Kandidat nicht unumstritten. Angeblich war er am Putsch beteiligt, dem zu Beginn der Bürgerkriegswirren der Präsident zum Opfer fiel. Der nigerianische Botschafter in Freetown warnte vor Kurzem, „jemandem mit einer solchen Vergangenheit sollte man nicht trauen“. *Markus Schönherr*

Kein Licht am Ende des Tunnels

Die finanzielle Lage Spaniens spitzt sich weiter zu – Die Wahl in Katalonien bestimmt Schicksal des Landes

Trotz Lobeshymnen der EU-Kommission kündigt sich in Spanien eine weitere Verschärfung der Krise an. Eine Folge könnte die nächste Eskalationsstufe der Euro-Krise sein: ein massiver Zugriff Spaniens auf den Euro-Rettungsfonds ESM.

Es spricht einiges dafür, dass dieser Monat für Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy (Partido Popular) zu einem Tiefpunkt seiner politischen Karriere wird. Am 9. November sorgte der Selbstmord einer Mutter von drei kleinen Kindern in ganz Spanien für Schlagzeilen. Bevor der Gerichtsvollzieher zur Zwangsräumung ihre Wohnung betrat, stürzte sie sich aus dem vierten Stock des Hauses. Mehrere solcher Selbstmordfälle haben inzwischen dazu geführt, dass zumindest in Härtefällen ein zweijähriges Moratorium bei Zwangsräumungen gilt. Die Monatsmitte brachte für Rajoy den zweiten Generalstreik in seiner noch kurzen Amtszeit. Für 24 Stunden wurden weite Teile des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft Spaniens lahmgelegt. Bürgerkriegsähnliche Zusammenstöße am Rande des Streiks ließen 74 verletzte Menschen zurück. Als endgültigen Tiefpunkt des Monats könnten sich für Rajoy aber die Regionalwahl in Katalonien am 25. November herausstellen. Die Wahlen könnten das letzte Kapitel für den spanischen Staat in seiner bisherigen Form einleiten, falls sich Katalonien als erste Region von Madrid loslöst.



Erfolgreiche Proteste: Für Zwangsräumungen gibt es jetzt eine Härtefallregelung Bild: pa

Zumindest der Generalstreik scheint in Brüssel einen starken Eindruck hinterlassen zu haben. Spanien „hat für die Jahre 2012 und 2013 effektive Maßnahmen ergriffen, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen" so lautet die jüngste Einschätzung von EU-Währungskommissar Olli Rehn. Seine Empfehlung: Momentan sind keine weiteren Sparanstrengungen mehr notwendig. Was von diesem Lob zu halten ist, wird an Zahlen deutlich, die paradoxerweise ebenfalls aus dem Hause der EU-Kommission stammen und fast zeitgleich bekannt geworden sind. Spanien wird bis 2014 keines der zugesagten Defizitziele erreichen. Im laufenden Jahr hätte Spanien seinen Fehlbetrag im Haushalt eigentlich auf 6,3 Prozent begrenzen sollen – Brüssel geht inzwischen von acht Prozent aus. Für 2013 wird eine Lücke von sechs Prozent vorausgesagt – vereinbart waren 4,5 Prozent. Im Jahr 2014 droht sogar, dass Spanien das höchste Haushaltsdefizit aller EU-Mitgliedsstaaten einfährt. Am Ende könnten sich allerdings selbst die Brüssler Prognosen noch als zu optimistisch herausstellen, denn neun der 17 autonomen Regionen Spaniens hängen mittlerweile am finanziellen Tropf des nationalen Rettungsfonds FLA.

Immer größer werden zudem auch die Kosten der weiter steigenden Arbeitslosigkeit. Im Oktober

Haushalte von der Realität abgekoppelt

wurde erstmals die Marke von 25,8 Prozent gemeldet. Noch prekärer sieht es bei der Jugendarbeitslosigkeit aus. Jeder zweite Spanier unter 27 ist offiziell ohne Arbeit. Die Folge: Von Jahresbeginn bis September sind schon über 23 Milliarden Euro an Kosten für Arbeitslosenhilfen angefallen. Während sinkende Ausgaben geplant waren, fallen Milliarden Euro an Zusatzkosten an, die bisher nicht einkalkuliert waren. Die Strategie der spanischen Regierung angesichts der immer mehr um sich greifenden Wirtschaftskrise scheint nur noch im reinen Gewinnen von Zeit zu bestehen.

Die mittlerweile fünf Sparpakete seit dem Amtsantritt Rajoys am 21. Dezember 2011 haben nicht verhindert, dass sich die Haushaltsplanung völlig von der Realität abgekoppelt hat. Weitere Sparmaßnahmen scheinen bei weiten Teilen der Bevölkerung kaum noch durchsetzbar. Zum Protest gehen mittlerweile selbst Polizisten und Militärs auf die Straße, Richter üben inzwischen offene Kritik an der Regierungspolitik. Nachdem sich Madrid 100 Milliarden Euro zur Sanierung des maroden spanischen Bankensektors bei den europäischen Partnern gesichert hat, scheint nun das Ziel zu sein, einen weiteren Hilfsantrag beim Euro-Rettungsfonds ESM – samt der damit verbundenen Reformauflagen – so lange wie möglich herauszuzögern.

Der neueste Winkelzug bei diesem Bemühen: Der Versuch, Berlin gegen Washington auszuspielen. Wie die Zeitung „El Confidencial" berichtet, prüfte die spanische Regierung derzeit, ob man sich vom Internationalen Währungsfonds eine Kreditlinie bereitstellen lässt. In Anspruch genommen werden soll diese, wenn sich Deutschland bei einem Ankaufprogramm für spanische Staatsanleihen durch den ESM oder die EZB querstellen sollte. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass die Finanzierung des spanischen Staates durch ein derartiges Programm bald nötig werden könnte. Zwar gilt der Finanzbedarf bis zum Jahresende als gesichert, schon ab Januar könnte dies allerdings anders aussehen. Im Jahr 2013 müssen insgesamt 207 Milliarden Euro an den Finanzmärkten aufgenommen werden, ob dies noch aus eigener Kraft gelingt, wird immer fraglicher.

Zu einem Brandbeschleuniger in der ohnehin angespannten Lage könnten sich leicht die Wahlen zum katalonischen Regionalparlament an diesem Sonntag entwickeln. Nach der Wahl wird allgemein damit gerechnet, dass die Frage einer Loslösung Kataloniens vom spanischen Gesamtstaat auf der politischen Tagesordnung stehen wird. Die drohende Folge: Zur Wirtschaftskrise könnte auch noch eine politische Krise kommen, bei der die Finanzmärkte das letzte Vertrauen in Spanien verlieren. Spätestens dann dürfte ein Hilferuf Madrids an den Euro-Rettungsfonds ESM kaum noch zu verhindern sein. *Hermann Müller*

KURZ NOTIERT

Umstrittene Rettung von Solar-Firmen: Nur dank Notkrediten und direkter finanzieller Beteiligung in Millionenhöhe ihrer Heimatstädte können die chinesischen Photovoltaikanbieter LDK und Suntech ihre Produktion fortsetzen. Aufgrund von Überproduktion und Preisverfall schreiben beide Unternehmen Verluste und müssten saniert werden. Doch die Produktionsstandorte fürchten massiven Arbeitsplatzabbau und retten stattdessen mit Steuergeld die Solar-Produzenten. In Peking sieht man diese Rettungsmaßnahmen nicht gerne, denn auch dort ist man sich bewusst, dass Strukturanpassungen in der Branche notwendig sind, um die Überproduktion in den Griff zu bekommen. Ineffiziente Anbieter wie LDK und Suntech müssten abgewickelt werden. *Bel*

Angst vor Filetierung von Hochtief: Der spanische Mutterkonzern ACS hat beim deutschen Baukonzern Hochtief die Führungsspitze mit eigenen Leuten besetzt. Nun geht die Sorge um, dass das mit über neun Milliarden Euro verschuldeten Unternehmen ACS, dem 54 Prozent von Hochtief gehören, Teile der überwiegend erfolgreichen deutschen Tochter verkaufen will, um eigene Verluste auszugleichen. ACS machte in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund eine Milliarde Euro Verlust, auch weil es seine Beteiligung am spanischen Energieversorger Iberdrola abschreiben musste. *Bel*

Inflationsangst macht Sparen weniger attraktiv: Laut einer Umfrage von TNS Infratest gaben 48 Prozent der 2000 Befragten an, regelmäßig zu sparen. Das ist ein Prozent weniger als bei einer vergleichbaren Umfrage im Sommer. Auch gaben 62 Prozent der Interviewten an, für den Konsum zu sparen. Zuvor hatte das Thema Altersvorsorge höchste Priorität. Andreas Zehnder, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Bausparkassen, erklärt die steigende Konsumfreude wie folgt: „Befördert wird dies offensichtlich durch eine wachsende Inflationsfurcht und die von der EZB diktierten niedrigen Zinsen, durch die eigene Ersparnisse jetzt und im Alter entwertet würden." *Bel*

Studie mit Hintergedanken

Prognose zu Deutschland 2060 deutet auf die Absichten der OECD

Keine guten Aussichten: Deutschland werde bis 2060 vom fünften auf den zehnten Rang der Weltwirtschaftsmächte abrutschen, prognostiziert die OECD. Derzeit liegen nur die USA, China, Japan und Indien vor Deutschland. In knapp 50 Jahren sollen demnach auch Brasilien, Indonesien, Mexiko, Großbritannien und Russland die Bundesrepublik überholt haben.

Damit wäre Deutschland selbst in Europa nur noch auf Platz drei, wobei Frankreich bis 2060 gegenüber Deutschland stark aufhole, so die OECD, eine Organisation von 34 wirtschaftlich besonders starken Staaten mit Sitz in Paris.

Gleich nach Bekanntgabe der Vorhersage rührten sich indes Zweifel an deren Stichhaltigkeit. Kritiker verwiesen spitz darauf, dass die Konjunkturprognosen der OECD schon für das Folgejahr meist danebengelegen hätten. Eine Vorhersage bis 2060 sei daher kaum mehr als der „Blick in die Glaskugel".

Es stellt sich die Frage nach dem Sinn solcher Prognosen. Es gilt, sich vor Augen zu halten, mit welcher Absicht sie überhaupt angestellt werden. Allein die Neugier auf die Zukunft ist es gewiss nicht, der die Prognostiker antreibt. Sie machen Vorhersagen für die Zukunft, um den Kurs der gegenwärtigen Politik zu beeinflussen. „Klimaprognosen" über rasant steigende Meeresspiegel, immer mehr Unwetter und sich ausbreitende Wüsten sollen die Menschen beispielsweise bereit

Schon oft lagen die Pariser Experten gründlich falsch

machen, mehr Geld für den „Klimaschutz" auszugeben.

Auch die OECD verfolgt Ziele: Sie drängt Deutschland seit Langem, der Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone zuzustimmen, sprich: Schulden anderer mit zu übernehmen. Das Gutachten für 2060 soll die Deutschen nun vielleicht davon überzeugen, dass sie nur im Rahmen des großen Euro-Raums global noch eine Rolle spielen können, um sie zahlungswillig zu stimmen.

Ob es richtig ist, diesem Rat zu folgen, sei dahingestellt. OECD-Empfehlungen der jüngsten Vergangenheit haben sich als grundfalsch herausgestellt. So kritisierte die Organisation bei zahllosen Gelegenheiten das deutsche Ausbildungssystem, weil hierzulande viel zu wenige junge Menschen studierten. Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ließen die OECD-Experten nicht als Alternative zu den Hochschulorientierten Qualifizierungswegen in anderen Ländern gelten.

Heute stehen Millionen von Hochschulabsolventen weltweit auf der Straße, während Deutschland im Oktober 2012 die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der EU verzeichnete. Aus dem Ausland strömen arbeitslose Jungakademiker in die Bundesrepublik, um hier im dualen System von vorn anzufangen.

Auch hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur hat Deutschland gut getan, sich dem Rat der Weisen nicht zu beugen. Sie monierten jahrelang, unser Land sei zu „industrielastig" und daher rückständig. Heute stehen gerade jene vermeintlich fortschrittlichen Länder, die wie Großbritannien oder die USA ihre Industrie zugunsten des Dienstleistungssektors vernachlässigt haben, vor gewaltigen Problemen. *H. Heckel*

Kommunen in Geldnöten

Immer öfter droht die Überschuldung – Folgen auch für Sparkassen

Der Begriff „Rettung" kann sich derzeit über eine erhöhte Verwendung freuen, doch wird er zumeist im Zusammenhang mit dem Euro, Griechenland oder Spanien gebracht. Auf deutscher Ebene wird zwar des Öfteren über die Schuldenstände der Kommunen und Bundesländer berichtet, aber dass es bereits in einigen Bundesländern Rettungsfonds für überschuldete Kommunen gibt, ist weitestgehend unbekannt.

So hat das selbst massiv verschuldete Nordrhein-Westfalen bereits 2010 einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen" ins Leben gerufen. Der 5,85 Milliarden Euro umfassende Rettungsfonds hat das Ziel, überschuldete oder kurz vor der Überschuldung stehende Kommunen bis 2020 zu unterstützen. Die betroffenen 51 Kandidaten erhalten Zuschüsse vom Land, müssen dafür aber auch einen Haushaltssanierungsplan vorlegen und einhalten. Auch in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, dem Saarland und Bayern gibt es derartige Hilfsprogramme, die teilweise so euphemistische Namen wie „Zukunftsvertrag" oder „Stark II" tragen.

Doch all das ist offenbar nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Laut einer Anfang November veröffentlichten Umfrage der Beratungsgesellschaft Ernst & Young geht jede zweite der befragten



Bitterböse Satire: Nordrhein-Westfalens Finanzlage ins Wappen gezeichnet

Kommunen davon aus, in den nächsten Jahren tiefer in die roten Zahlen zu rutschen. „Dass sie überhaupt aus eigener Kraft ihre Schulden jemals werden tilgen könne, erwarten nur noch zwei von drei Kommunen", so die Studienmacher. Selbst höhere Steuern und Gebühren sowie Leistungsreduzierung würde die Lage nicht mehr maßgeblich verbessern können. Hinzu kommt noch der Umstand, dass die meisten Kommunen über Kassenkredite, vergleichbar einem Dispo, verschuldet sind. Steigen irgendwann die Zinsen wieder, würden auch die flexiblen Zinsen der Kassenkredite steigen und die Zinslast der Kommunen erhöhen.

Können die Kommunen irgendwann selbst ihre Zinsen nicht mehr zahlen – von Schuldentilgung kann nur sehr selten die Rede sein –, bekommen auch die Sparkassen als Kommunalfinanzierer Nummer 1 ein Problem. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bekannt auf Anfrage der *PAZ*, um die Schuldenproblematik der Kommunen nicht nur zu wissen, sondern sie auch in der ständigen Untersuchung „Kommunale Verschuldensdiagnose" im Blick zu haben. Während sich andere Banken aus der Kommunalfinanzierung zurückziehen, haben die Sparkassen, deren Träger Landkreise und Städte sind, durchaus ein Problem: Dem Eigner einen Kredit zu verweigern, ist nicht jedermanns Ding. Wichtig sei hier eine enge Zusammenarbeit zwischen Sparkasse und Kommune sowie ein gemeinsames Schuldenmanagement, so der Verband. *Bel*

Schlimm genug

Von Manuel Ruoff

Die Sache scheint System zu haben. Erst wollen uns unsere französischen EU-Partner in das einst zu ihrem Kolonialreich gehörenden Mali locken und nun versuchen uns unsere türkischen Nato-Partner in die Auseinandersetzungen im einst zu ihrem Osmanischen Reich gehörenden Syrien hineinzuziehen. Wollen da zwei ehemalige Großmächte mit unserer Hilfe an ihre imperiale Tradition anknüpfen?

Noch werden wir damit beruhigt, dass die deutschen „Patriots“ samt Bedienung nur der Verteidigung dienen sollen. Doch was passiert, wenn die Türken Syrien angreifen und die Angegriffenen bei einem Gegenangriff auf türkischen Boden stoßen? Und woher wissen wir, dass die deutsche Stellung zu keinem zweiten Sender Gleiwitz wird oder sich der Tonkin-Zwischenfall wiederholt? Da kommen dann irgendwie deutsche Soldaten zu schaden oder es wird zumindest versucht oder scheint auch nur so. Und natürlich ist dann daran das syrische Militär schuld. Und dann hat uns die Türkei dort, wo zumindest sie uns haben will, an ihrer Seite im Kampf gegen Syrien.

Das muss nicht so kommen, kann aber, und das ist schlimm genug.

Feiger Trittin

Von Michael Leh

Der Vater des grünen Spitzenkandidaten Jürgen Trittin war in der Waffen-SS und in der NSDAP. Diese kleine Sensation hat das Magazin „Stern“ jetzt berichtet. Ausgerechnet der „Antifaschist“ Trittin, der früher dem Kommunistischen Bund (KB) angehörte, der gegen Bundeswehrgelöbnisse agitierte, der überall Rassismus und Rechtsextremismus wittert, der sich weigert, auch nur die deutsche Nationalhymne mitzusingen – ausgerechnet er verbarg bis jetzt diesen Teil der Familiengeschichte. Dies ist umso feiger, als ihn niemand berechtigterweise wegen seines Vaters hätte kritisieren können. Niemand kann sich seine Eltern aussuchen. Wer aber stets den ganz großen „Kämpfer gegen Rechts“ und Aufklärer gibt und zugleich die NS-Vergangenheit des eigenen Vaters verschweigt, handelt opportunistisch, unehrlich und verlogen. Trittin erweist sich als weiteres typisches Exemplar jener Linken, die wegen der NS-Vergangenheit der eigenen Väter ein besonders gestörtes und verklemmtes Verhältnis zur deutschen Nation haben. Unfähig zu offener und reifer Aufarbeitung – die sie jedoch stets lautstark von anderen fordern – projizieren sie aggressiv die eigenen Komplexe, Verdrängungen und Schuldgefühle auf andere, ja auf das gesamte deutsche Volk. Dabei hatte der junge Trittin nichts aus der Geschichte gelernt. Im Unterschied zum Vater (Jahrgang 1923) hatte der Filius (Jahrgang 1954) dank freiheitlich-demokratischer Grundordnung jede Möglichkeit, sich umfassend zu informieren. Doch borniert lief er den Kommunisten nach. Verklemmt und anmaßend tritt Trittin auch heute noch oft auf.

Die bittere Zukunft naht

Von Rebecca Bellano

Manchmal wird die Zukunft schneller zur Gegenwart, als es einem lieb sein kann. An dieser Erkenntnis leidet derzeit Finanzminister Wolfgang Schäuble und sieht dabei aus wie eine Katze, die ein verschlucktes Fellknäuel hochwürgt. Aber dies ist nicht nur kein schöner Anblick, sondern ein Zeichen dafür, dass der Zeitpunkt naht, an dem unsere Politiker die Rechnung für ihre Euro-Rettungspolitik präsentiert bekommen könnten. Und natürlich werden sie die Rechnung an die deutschen Steuerzahler weiterreichen.

Dass die Rechnung schon so bald kommt, kurz vor der Bundestagswahl 2013, und nicht erst in der fernen Zukunft scheint die deutsche Regierung und vor allem Schäuble wirklich zu überraschen. Hatten er und die Kanzlerin Angela Merkel doch gehofft, dass man den Zeitpunkt, an dem gezahlt werden muss, ganz weit in die Zukunft verschieben kann. Vielleicht hatten sie sogar gehofft, dass Griechenlands Schuldenprobleme sich irgendwie von alleine lösen, vielleicht durch einen Ölfund an den Küsten des Landes. Zwar werden dort wirklich Ölquellen vermutet, sogar sehr große, aber ihre prognostizierte Ausbeute ist zu klein, um den Schuldenberg abzutragen.

Rufe nach weiterem Schuldenschnitt für Athen werden lauter

Und nun fordert die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, einen weiteren Schuldenschnitt. Im Grunde ist dies eine sinnvolle Forderung, denn es ist einfach nicht realistisch, dass Griechenland jemals von seinen Schulden loskommt. Sie belasten das Land, verhindern jeden Neustart und führen zu Hass in dem Land gegenüber den Gläubigern, für die vor allem Deutschland steht.

Und hier kommt wieder Schäuble ins Spiel, denn inzwischen liegen auch dank seiner und Merkels Euro-Rettungsstrategie 70 Prozent der 345 Milliarden Euro griechischer Schulden in öffentlicher Hand. Die Regierungen der Euro-Zone halten 145 Milliarden, die Europäische Zentralbank 40 Milliarden und über den IWF halten Europas Staaten weitere Milliarden. Kommt es zu dem unausweichlichen Schuldenschnitt, dann muss gezahlt werden. Und das dürfte nur der Anfang sein. Denn während Berlin die Rechnung schon irgendwie schultern wird, ist fraglich, wie Länder wie Italien, Spanien und sogar Frankreich ihren Anteil finanzieren sollen.

Aber all diese Fragen waren schon da, als die Politik den von ihr gewählten Weg der Griechenland-Rettung beschritt. Die Antworten hierauf sind ungewiss. Gewiss ist nur, dass der jetzt beschrittene Weg an kein Ziel führt. Die Griechenland-Rettung wird zur unendlichen Geschichte, bei der man verlorenem Geld immer mehr Geld hinterherwirft. Und je länger man den Zeitpunkt der Rechnungsstellung hinauszögert, desto größer wird die Summe, die am Ende steht.



Anspannung pur: Die Forderungen nach einem erneuten Schuldenschnitt für Griechenland werden immer lauter. Sollte dieser Realität werden, landen die damit verbundenen Rechnungen auf dem Schreibtisch von Finanzminister Wolfgang Schäuble

Bild: action press

Gastbeitrag



Erbitte Ihre nicht aussagefähige Bewerbung ...

Von NORBERT J. BREUER

Stellen Sie sich doch bitte einmal vor, Sie selbst seien Leiter einer Personalabteilung, Personal- oder Managementberater, und suchten für Ihr Unternehmen oder Ihren Mandanten einen neuen Mitarbeiter. Sagen wir einen „Vertriebsleiter Frankreich“. Ein Grundpfeiler des Exportmarketing lautet: „Passe Dich dem Exportmarkt an, da Du nämlich kaum erwarten darfst, dass der Markt sich Dir selber anpasst.“ Sie möchten demgemäß eine möglichst vollständige Adaptation an die im französischen Markt gängigen Usancen und Gepflogenheiten vornehmen. Es ist keine Neuigkeit, dass man vertrieblich in Frankreich allemal mit Franzosen arbeiten sollte, wofür es sachlich die allerbesten Gründe gibt.

Sollten Sie nun arglos der folgerichtigen Idee anheimfallen, in Ihrem Inserat „Sie sind Franzose“ oder „Ihre Muttersprache ist Französisch“ zu postulieren, stehen Sie in unserem Lande bereits voll im Abseits. Und müssen damit rechnen, zur Strafe drei Monatsgehälter eines sich zurückgesetzt wähnenden Bewerbers zahlen zu müssen, weil solcherlei Nationalitätsvorgabe (zwingend) eine Benachteiligung aufgrund ethnischer Herkunft darstellen soll. „Akzentfreies Mongolisch“ dürfen Sie hingegen noch gerne fordern, lieber jedoch nicht mehr „akzentfreies Deutsch“, denn da könnte doch so mancher radebrechende Zugewanderte sauer werden. Also Vorsicht: Bei der Abfassung einer Stellenanzeige werden Ihnen inzwischen vom zunehmend EU-hörigen deutschen Gesetzgeber dermaßen viele Fußfesseln umgelegt, dass Sie sich auf rundum vermintem Terrain befinden. Auch „dynamisch“ sollte man mitnichten mehr von den „Bewerber/-innen“ fordern, da dies – man staunt – auch einer „Altersbegrenzung“ gleichkommen könnte. Die Forderung nach zum Beispiel „zwei bis vier Jahren Berufserfahrung“ ist ebenfalls hochproblematisch, weil ein Bewerber mit fünf Jahren Berufserfahrung damit unter Umständen quasi als zu alt eingestuft werden könnte.

Stellenausschreibungen werden so bald zum grotesken Eiertanz

Es wird nun von Fachleuten der Gleichstellungsmanie sogar allen Ernstes empfohlen, Stellenbezeichnungen nur noch in englischer Sprache anzugeben, weil die Bezeichnung dann per se geschlechtsneutral ausfalle. So als lebten wir jetzt in Texas. Aber Achtung: Der englische Begriff „Young Professional“ sollte ebenfalls vermieden werden, so wie um Himmels willen „Mitarbeit in jüngerem Team“. Weil sonst womöglich karrierewilde Bewohner von Altenheimen rebellieren und sich mit tränenerstickter Stimme die Inserate gegenseitig vorlesen. Selbst ein Lebenslauf sollte bitteschön auch nicht mehr ausdrücklich angefordert werden, da dieser, wie erschröcklich, das Geburtsdatum enthalten könnte; und der Arbeitgeber somit ja das Alter des Bewerbers erführe – was natürlich ganz schlecht wäre, da bekanntermaßen alle Unternehmer dem Jugendwahn verfallen sind und als gestandene internationale Vertriebschefs am liebsten pubertierende, picklige Teenager verpflichten. Auf keinen Fall sollten Sie sportliche Agilität verheißende Begriffe wie „körperlich belastbar“, „mobil“ oder gar „geistig flexibel“ benutzen, da sich ansonsten Behinderte diskriminiert, ja verunglimpft fühlen könnten. Klage folgt womöglich auf dem Fuß.

Auch Absageschreiben sind für Bewerber nunmehr endlich völlig nutzlos, da vom Absagenden hier höchste Meisterschaft verlangt ist, sich nicht im Gestrüpp der Gleichmacher-Vorschriften zu verheddern. In den 70er Jahren schrieb ein offenherziger Chef einmal einem Bewerber, dass er ihn nicht nehmen möchte, da er ihm doch allzu stark nach Parfüm geduftet habe. Dies mag für den Bewerber im Hinblick auf seinen zukünftigen Lebensweg ein durchaus nützlicher Hinweis gewesen sein, der ihm heute nicht mehr geboten werden darf, so dass seine Zukunft duftbedingt verbaut sein könnte.

Zurück zum gesuchten „Franzosen“: Da dieser in der Anzeige als solcher nicht erscheinen darf, werden sich vielleicht 70 andersnationale „Kandidat/-innen“ bewerben – alle umsonst. Die Zeit, Papier, Porti, Kopien und ihre aufkeimenden Hoffnungen hätten sich die Bewerber sparen können. Und der Personalsuchende muss ihnen allen denn auch noch wachsam-gestelzte Absagen schreiben, ein unnötiger Kosten- wie Zeitaufwand. Der schlimmste anzunehmende Unfall wäre demnach, eine Stellenanzeige zu publizieren, die in reinherziger Wahrhaftigkeit fast alle genauen Anforderungen des Personalsuchenden in freundlicher, fairer Offenheit manierlich darlegt. Wahrscheinlich riskierte der Verwegene nicht nur geharnischte Geldstrafen, sondern eine mehrteilige Skandalstory in „Bild“ und würde vor seiner Wohnstatt mit Mahnwachen und Lichterketten behelligt.

Am besten sollten zeitgeistige Stellenanzeigen wohl doch so formuliert sein, dass ein alters-, staaten-, namen-, farb- und sprachloser Mensch undefinierbaren Sexus gesucht werde, der seine bitteschön nicht aussagefähige Bewerbung anonym hereinreichen möge. Denn: der anonyme Lebenslauf ist auch in Deutschland im Anmarsch, ihm fehlen bewusst: Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Familiensituation, Behinderungen, Schwangerschaft, Foto. Klar: Der Arbeitgeber wird so nicht wissen, ob der Bewerber Mohammed oder Blasius heißt. Doch spätestens beim Vorstellungstermin wird er es doch erfahren. Und Mohammed nehmen, wenn er besser zum Stellenprofil passt. Und alles, was er über die beiden noch nicht weiß, und ungewollt noch viel mehr, erfährt er gegebenenfalls anschließend via „Facebook“ und Konsorten, wo die „vermummten“ Bewerber freigebig ihr Innerstes entblößen.

Der Gerechtigkeit für alle kommt man damit nicht einen Schritt näher

Ist solcherlei gesetzgeberische Possenhaftigkeit volkswirtschaftlich gesund? Natürlich nicht. Denn gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Es ist an der Zeit, allen ideologischen Ballast einmal sorgsam einer Überprüfung auf den gesunden Menschenverstand und die unserem Gesetzgeber mehr und mehr abhanden kommende handwerkliche, umsichtige Sorgfalt hin zu unterziehen. Eine Reform wäre dringend vonnöten. Schon im Interesse der Bewerber – ja, der Bewerber! Denn denen dürfte Klartext lieber sein als ungewollte Veräppelung, die weit mehr ihre Zeit verschwendet als ihnen nutzt. Zumal: Ganz am Ende wird der Personalsuchende seinen „Franzosen“ ja doch kriegen. Ebenso wie der türkische Kebab-Fabrikant seinen türkischen Einkaufsleiter. Was also soll der ganze Eiertanz? Die Gemüter ideologisch verblendeter „Mainstreamer“ und selbsternannter, praxisferner Gutmenschen beruhigen? Einer Exportnation wie der unsrigen stünde jedenfalls im ureigenen Interesse mehr Wahrhaftigkeit auch in Stellenausschreibungen und Absagen gut zu Gesicht. Überkandidelten, dreisten Brüsseler Bürokratenhirnen und Berliner Gleichheitseiferern sollte endlich einmal tapfer entgegengewirkt werden. Die Arbeitgeberverbände, die Kammern sind hier in der Pflicht – endlich – das Nötige zu leisten. Und wenn sie schlau sind: auch die Gewerkschaften. Von den Parteien hingegen ist nichts mehr zu erwarten.

Ach ja, Schreiber dieses ist ein Verfechter der Gerechtigkeit für alle, gerade auch „der Mühseligen und Beladenen“ im biblischen Sinne. Er hat bloß aus der täglichen Managementpraxis her Zweifel daran, dass man dieser Gerechtigkeit mit einem unseligen Brimborium wie dem oben Beschriebenen auch nur einen Schritt näherkommt.

Norbert J. Breuer arbeitet als selbständiger internationaler Managementberater mit Schwerpunkt Deutschland/Frankreich. Daneben ist er als Seminar- und Hochschuldozent sowie als Fachbuchautor tätig. Außerdem schreibt er belletristisch.

Klingendes Denkmal für Barenboim

Zum 70. Geburtstag des Dirigenten leisten sich der Bund und Berlin eine neue millionenteure Konzerthalle

Kurz vor seinem 70. Geburtstag am 15. November freute sich Dirigent Daniel Barenboim über ein stattliches Geschenk. Der Staat bewilligte ihm 20 Millionen Euro für die Gestaltung einer Orchesterakademie samt Konzertsaal für sein Jugendprojekt „West-Eastern Divan Orchestra“.

Der Maestro strahlte über das ganze Gesicht, als er auf die hinter der Staatsoper und dicht an der St. Hedwigs-Kathedrale gelegene Baugrube zeigte. „Bislang konnten sich meine jungen Musiker nur für wenige Wochen zu den Proben und Konzertterminen treffen, danach sind sie auseinandergegangen“, sagte er, „das wird sich jetzt hier ändern.“

Mit „hier“ meint er die frühere Lagerhalle der Staatsoper Unter den Linden, wo er schon seit 20 Jahren die Staatskapelle leitet. Da das Magazin nicht mehr benötigt wird, hatte Barenboim die Idee, an dieser Stelle seinem „West-Eastern Divan Orchestra“ eine feste Heimstatt zu geben. Das 1999 von ihm und dem palästinensischen Literaturwissenschaftler Edward Said gegründete Jugendorchester mit jungen israelischen und arabischen Musikern soll der Völkerverständigung dienen. Jetzt, da es im Nahen Osten wieder einmal brennt, kann Friedensstifter Barenboim wenigstens ein kulturelles Erfolgserlebnis verbuchen.

Seit zwei Jahren ist der Gebäudekomplex der Staatsoper eine einzige Baustelle. Einzelne Häuser wurden abgerissen, andere generalsaniert. Die große Lagerhalle aus den 50er Jahren schien überflüssig zu werden. Da reifte bei Barenboim und seinem Intendanten Jürgen Flimm die Idee, in dem fünfstöckigen Gebäude eine Akademie für das Divan-Orchester und einen Konzertsaal mit 800 Plätzen einzurichten. Blieb nur die Frage nach dem Geld. Barenboim trieb bei privaten Spendern acht Millionen Euro ein. Weitere 20 Millionen Euro bewilligte jetzt der Haushaltsausschuss des Bundestages. Eine Hürde musste noch genommen werden: die Miete. Doch der Berliner Senat zeigte sich spendabel und stellt das Grundstück in Toplage für die nächsten 99 Jahre für eine symbolische Miete von nur einem Euro pro Jahr zur Verfügung. Einem Weltstar gegenüber ist eben selbst eine finanziell klamme Stadt großzügig.



In seinem Element: Maestro Barenboim bei der Arbeit Bild: pa

Schon melden sich Berlins Kleinbühnen zu Wort: Für die klassischen Musikhäuser habe man plötzlich das Geld, das den subventionierten Privattheatern fehlt. Der Gründer des Grips-Theaters Volker Ludwig beklagte, dass er zur Rettung seines Theaters beim Land Berlin um 100000 Euro geradezu betteln musste. Und eine Gehaltserhöhung für sich und seine Mitarbeiter sei seit 2004 auch nicht drin gewesen.

Dafür kann sich Berlin die Hochkultur leisten. Mit der Staatsoper, der Deutschen Oper und der Komischen Oper gönnt man sich drei Opernbühnen. Neben Simon Rattles Philharmonikern und Barenboims Staatskapelle bietet man fünf weitere veritable Orchester auf: das Rundfunksinfonieorchester, das Deutsche Symphonie-Orchester, das Konzerthausorchester, den Rundfunkchor und den RIAS Kammerchor. Mit dem Divan-Orchester gesellt sich bald ein weiteres hinzu. Man gönnt sich ja sonst nichts.

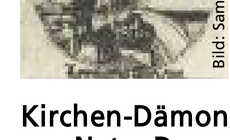
Derweil beklatscht Barenboim seinen Millionen-Coup. Seiner weltweiten Vernetzung verdankt er es, dass der kanadische Star-Architekt Frank Gehry die Konzerthalle plant. Wie es heißt, soll er „pro bono“ arbeiten, also praktisch umsonst. Ebenso der japanische Akustiker Yasuhisa Toyota, der schon für den Klang der Hamburger Elbphilharmonie zuständig ist. Jetzt beten alle, dass sich der Bau von Barenboims Philharmonie nicht ebenso verteuert und lange hinzieht wie Hamburgs Prestigebau. 2015 sollen in seiner Akademie die ersten Musikstudenten unterrichtet und Konzerte gegeben werden.

In seinem 70. Lebensjahr scheint Wagner-Freund Barenboim – dank seiner jüdischen Herkunft konnte er es als erster wagen, in Israel die Musik des dort als antisemitisch eingeschätzten Wagner aufzuführen – auf dem Zenit angekommen zu sein. Zur Eröffnung der Olympischen Spiele in London war er einer der Träger der olympischen Flagge. Wegen seiner Ehe mit der 1987 verstorbenen britischen Cellistin Jacqueline du Pré wird der in Buenos Aires geborene Weltbürger auch in England verehrt. Jetzt baut man Barenboim in Berlin ein Denkmal, das einmal sein Festspielhaus werden könnte. *Harald Tews*

MELDUNG

Paris wie (aus-)radiert

Hamburg – Einen kleinen Schatz hat die Hamburger Kunsthalle jetzt gehoben: Radierungen von Charles Meryon (1821–1868), die zum Teil in einer Pariser Privatwohnung hingen und nun noch bis zum 3. März 2013 öffentlich gezeigt werden. Unter dem Titel „Im Banne des Dunkels“ sind filigrane Zeichnungen zu sehen, die an den italienischen Architekturmaler Piranesi erinnern. Die Pariser Stadtlandschaft faszinierte Meryon. Er radierte den mittelalterlichen Stadtkern mit seinen Gassen, Brücken, Türmen und Kirchen. Menschen verschwinden darin zu winzigen Wesen. In seinen späteren Arbeiten tauchen fliegende Fische über der Stadt auf: Sie gelten als erstes Anzeichen von Meryons Paranoia. Der Künstler, der wegen seiner Farbblindheit nie ein Ölbild malte, starb später geistig umnachtet in einer Anstalt.



Kirchen-Dämon von Notre-Dame Bild: Sammlung Hegewisch

Wer zu Meryon geht, sollte nicht die parallel laufende, einzigartige Schau über Johann Christian Reinhart verpassen. Der Goethe-Zeitgenosse schuf wie sein Künstlerkollege Tischbein faszinierende Italien-Porträts. tws

Am Anfang war Gekritzel

Zeichnungen des Papstmalers Raffael im Frankfurter Städel

Auch die größten Meister fangen klein an. Nämlich mit spontanen Ideenskizzen, auf die Kompositionsentwürfe, Einzelstudien und Reinzeichnungen als Stationen zum Meisterwerk folgen. Wie Raffael (1483–1520) – einer der herausragenden Künstler und Papstmaler der italienischen Renaissance – mit Feder und Stift, Kreide und Pinsel seine bis heute gefeierten Tafelbilder und Wandmalereien vorbereitete, zeigt bis zum 3. Februar 2013 eine packende Schau im Frankfurter Städel Museum anhand von 48 Zeichnungen.

Das Institut besitzt mit elf Arbeiten die umfangreichste und bedeutendste Gruppe von Zeichnungen Raffaels in Deutschland. Die anderen Blätter sind Leihgaben aus ganz Europa und aus Nordamerika.

Gleich zu Anfang steht der Besucher vor einer unscheinbar wirkenden Kritzelei mit dem Titel „Madonna mit Kind in einer Gloriole“ (um 1511/12). Der Meister hat aus dem Handgelenk mit Kohle einige bogenförmige Linien aufs Papier gesetzt. Ausstellungskurator Joachim Jacoby erklärt: „Die Ideenfindung erfolgt bei Raffael während des Skizzierens. Die Frankfurter Zeichnung ist ein äußerst seltenes Zeugnis für die erste Phase der Bilderzeugung.“

Und so unscheinbar das Blatt auch aussieht: Es steht in Zusammenhang mit einem der populärsten Gemälde Raffaels überhaupt – mit Dresdens „Sixtinischer Madonna“, vor 500 Jahren im Auftrag von Papst Julius II. gemalt.

Julius II. hatte Raffael 1508 nach Rom berufen und ihn mit der Ausführung einer Wandmalerei in der Stanza della Segnatura, die seine Bibliothek aufnehmen sollte, beauftragt. Dieses Fresko im Vatikanischen Palast fiel so trefflich aus, dass weitere Aufträge folgten. Für Julius II. und dessen Nachfolger Leo X. malte Raffael insgesamt drei „Stanzen“ genannte Privatgemächer aus. Besonders berühmt sind die dort geschaffenen Fresken „Die Schule von Athen“, der Philosophie gewidmet, und die „Disputa“, welche die Theologie feiert.

Die Frankfurter Ausstellung fesselt mit Einzelblättern wie der aus Boston entliehenen „Papstprozession“ (um 1520). Ihre Ausführung mit farbigen Kreiden ist, von einer Porträtaufnahme abgesehen, einzigartig unter den erhaltenen Zeichnungen Raffaels. Hervorzuheben ist auch die Gruppe von Zeichnungen (um 1510–1514), welche die von Raffael niemals vollendete Ausschmückung der Chigi-Kapelle in Roms Kirche Santa Maria della Pace vorbereiteten.

Der Höhepunkt aber sind die Studienblätter (um 1508/09) für die „Disputa“. Auf dem mit Stift und Pinsel weit ausgearbeiteten Entwurf aus der Sammlung der Königin von England sind im Scheitel der Darstellung Gottvater und unter ihm Christus in einer kreisförmigen Gloriole schemenhaft erkennbar. Auf sie weist eine Figur, die links unten steht. Ihr folgt nach rechts ein Kreis von Gelehrten, die durch Blicke, Gesten und Körperhaltungen zueinander in Beziehung gesetzt sind.

Nacktredner: Entwurf für die „Disputa“ (um 1508/09) Bild: Städel

Damit führt das Studienblatt beispielhaft den von Raffael immer wieder zeichnerisch geschaffenen Zusammenklang von bewegter Interaktion, Gefühlsausdruck und Harmonie in der Gestaltung von Figuren und Komposition vor Augen, welcher nach den Worten von Kurator Jacoby vorbildlich für die europäische Historienmalerei bis zur Moderne wurde.

Am erstaunlichsten aber ist der mit Stift und Feder ausgearbeitete Entwurf für die Disputa aus dem Besitz des Städel Museums. Er zeigt nichts als nackte junge Männer, mit denen Raffael die Abbildung anatomisch glaubhafter Bewegungsabläufe und Haltungen sicherstellen wollte. Im weiteren Verlauf der systematischen Gemäldevorbereitung alterte das Bildpersonal und wurde sittsam als Theologen und Kirchenväter „eingekleidet“. *Veit-Mario Thiede*

Am Ende ist das Wort

Eine lange Erfolgsgeschichte: Die Erfindung des Papiers

Obgleich es längst eine Online-Ausgabe der *PAZ* gibt, greifen die meisten Leser nach wie vor zur Druckausgabe. Es ist eben doch ein schönes Gefühl, eine Zeitung in der Hand zu haben und die Seiten hin- und herblättern zu können. Anders als ein elektronisches Lesegerät vermittelt Papier ein sinnliches Leseerlebnis. Papier knistert, raschelt, reißt. Kurz: Es lebt! Und es ist das Gedächtnis der Welt. Die Menschheit ist schon seit jeher fasziniert davon, Informationen auf Papier festzuhalten.

Schon vor 5000 Jahren beschrieb man in Mesopotamien feuchte Tontäfelchen und brannte sie in Öfen, damit sie unzerstörbar wurden. Die Ägypter schrieben auf Papyrus. Eine Art Papier, das man aus dem Mark der Stängel einer Schilfpflanze gewann. Es wurde zu langen Rollen verklebt, die sich in trockenen Klimazonen bis heute erhalten konnten. Die größte Bibliothek der Antike gab es in der ägyptischen Stadt Alexandria mit über 500000 Papyrusrollen.

Die Römer benutzten auch Papyrus, ritzten aber ebenfalls ihre Schriften mit einem Griffel auf Holztäfelchen, die mit Wachs beschichtet waren. Die Wachstafeln wurden am Rücken zusammengeschnürt. Die Römer nannten diese Büchlein Kodex. Daraus entwickelte sich später unsere Buchform. Etwa 263 vor Christus ließ Eumenes von Pergamon aus Tierhäuten einen neuartigen Beschreibstoff anfertigen: das Pergament. Das war recht kompliziert und viele Tiere mussten dafür ihr Leben lassen.

Die ältesten Schriften aus China sind fast 4000 Jahre alt. Die Chinesen schrieben auf Bambusstreifen oder später auch auf Seide. Sie erfanden bereits vor über 2000 Jahren eine Methode zur Papierherstellung aus Pflanzenbrei. Die Araber nahmen alte Kleider, die zu Lumpen verarbeitet und in Wasser eingeweicht wurden.

In Europa schrieb man im Mittelalter vorwiegend auf Pergament. Die Mauren brachten die Papiererzeugung auf ihrem Eroberungszug schließlich nach Spanien, von wo aus sie sich dann in ganz Europa verbreiten sollte. So begann auch bei uns die Papierherstellung. Alte Leinenstoffe zerkleinerte man in Papiermühlen, gab Wasser hinzu und vermischte es zu einem Brei. Der Papiermacher schöpfte ihn mit einem Sieb ab, ließ das Wasser abtropfen und das Blatt auf einem Sieb trocknen.

> Eine Waldfläche von 500 Fußballfeldern ist für den stündlichen Papierbedarf nötig

Normale Bürger konnten sich das teure Papier nicht leisten. Außerdem konnten nur wenige lesen und schreiben. Das war nur den Königen, Kirchenmännern und reichen Bürgern vorbehalten. Latein war die vorherrschende Sprache der Gebildeten. In den Klöstern schrieben die Mönche mit der Hand die Bücher der Bibel ab und verzierten sie mit kostbaren Zeichnungen.

Eine weltbewegende Erfindung machte ein Gold- und Silberschmied aus Mainz um 1445. Johannes Gutenberg stellte Schmuckstücke her. Da kam ihm die Idee, aus Metall kleine Buchstaben zu gießen, die man mit Farbstoff bestrich und als Stempel verwendete. Für jeden Buchstaben des Alphabets machte er sich mehrere Stempel und Satzzeichen, klemmte diese in der richtigen Reihenfolge in eine Holzleiste und druckte damit einen Satz. In einem Holzrahmen ordnete er alles zu einer ganzen Buchseite an. Der Buchdruck war erfunden! Er baute alte Weinpressen zu Druckerpressen um. Von nun an konnte man schnell viele Blätter bedrucken und Bücher herstellen. Eine Sensation! Überall erregte Gutenbergs Erfindung Aufsehen.

Als im 19. Jahrhundert immer mehr Menschen des Lesens mächtig waren, weil es mehr Schulen für alle gab, wuchs auch die Nachfrage nach Büchern. Nun musste ein anderer Rohstoff her, denn so viele Lumpen gab es nicht, um den Bedarf zu decken. Man erkannte, dass Papier aus Zellulosefasern besteht, die auch im Holz vorkommen. Seitdem gewinnt man Papier aus Holz. In Frankreich und England erfand man verbesserte Papiermaschinen, so dass nicht jedes Blatt einzeln geschöpft werden musste. Nun ratterten in den großen Druckereien die von Dampfmaschinen angetriebenen Druckerpressen. Durch die Massenproduktion wurden Bücher billiger und für jeden käuflich. Heute überwacht wie überall die Computertechnik die Herstellung des Papiers und auch den Druck.

Ein Problem ist jedoch, dass wir inzwischen täglich so viel Papier verbrauchen, dass stündlich eine Waldfläche von 500 Fußballfeldern allein für die Herstellung von Papierprodukten zerstört wird. Viele Tiere verlieren ihren Lebensraum und unser Klima verändert sich dramatisch. Also ein guter Tipp: Papier sparen so oft wie möglich. Aber immer die *PAZ* lesen! *Silvia Friedrich*

Kinderloser Kaufhaus-König

Förmlich aus dem Nichts baute Helmut Horten die zeitweise nach Kaufhof, Hertie und Karstadt viertgrößte Kaufhauskette der Bundesrepublik auf. Er gehört damit zu den Spitzenrepräsentanten des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders. Der am 8. Januar 1909 in Bonn geborene „Selfmademan" fing als Sohn eines Senatspräsidenten beim Kölner Oberlandesgericht nicht gerade als Tellerputzer an, aber in seiner Juristen- und Beamtenfamilie gab es keine kaufmännische Tradition. Nach dem Abitur hatte der Junge standesgemäß studieren sollen, aber er zog eine kaufmännische Lehre im jüdischen Warenhaus Leonhard Tietz vor. Anschließend wechselte er zum jüdischen Textilkaufhaus Gebrüder Alsberg.

Hortens nun bald einsetzender rasanter Aufstieg ist durch zwei Vorwürfe überschattet. Zum einen hat er von der nationalsozialistischen Arisierungspolitik profitiert. Als 1936 die Besitzer von Gebrüder Alsberg in die USA emigrierten, konnte er das Textilhaus günstig erstehen. Die Finanzierung erfolgte über einen Freund der Familie, der zum stillen Teilhaber des nun gegründeten Unternehmens Horten & Co. wurde. Das Unternehmen expandierte schnell und so wurde Horten im Zweiten Weltkrieg Reichsverteiler für Textilien zur Versorgung bombengeschädigter Städte im westdeutschen Raum. In dieser Eigenschaft soll Horten Waren gehortet haben, die ihm nach Krieg und Währungsreform die Fortsetzung seines Erfolges zumindest erleichtert hätten.



Helmut Horten Bild: Archiv

Zunächst einmal brachte ihm das NS-Amt jedoch die Internierung durch die Briten ein. Durch einen Hungerstreik erzwang er allerdings rechtzeitig zur Einführung der D-Mark seine Freilassung. Die Kriegssieger hatten ihn zwar zeitweise seine Freiheit genommen, aber seine Kaufhäuser gelassen, deren Führung er nun wieder übernahm.

Horten blieb kinderlos. Und der Linkstrend in der Bundesrepublik, der nicht zuletzt in der Regierungsbeteiligung der SPD an der Großen Koalition seinen Ausdruck fand, ließ den FDP-nahen Marktwirtschaftler für das deutsche Unternehmertum das Schlimmste befürchten. Ab 1969 stellte die SPD in der kleinen Koalition mit der FDP sogar den Kanzler. Im selben Jahr trennte sich Horten von seinem Unternehmen. Ihm gelang es dabei, auf den Verkaufserlös von fast 1,5 Milliarden D-Mark in Deutschland keine Steuern zahlen zu müssen. Das ist der dritte große Vorwurf, der Horten gemacht wird.

Hierüber trübte sich das Verhältnis zwischen dem ehemaligen Kaufhaus-König und seiner Heimat. So verzichtete er auf den ursprünglichen Plan, sein Vermögen in die von ihm 1962 in Deutschland gegründete Helmut Horten Stiftung einzubringen. Den Rest seines Lebens verbrachte er in der Schweiz, wo er auch am 30. November 1987 verstarb. Sein auf über drei Milliarden D-Mark angewachsenes Vermögen vererbte er seiner Ehefrau. *Manuel Ruoff*

Immer gleich und in strenger Disziplin

Der Alltag Friedrichs des Großen war spartanisch – Ausnahmen bestätigen die Regel

Die Kammerhusaren Friedrichs mussten Frühaufsteher sein. Im Sommerhalbjahr hielt es der König wie seine Bauern in Pommern und Schlesien: mit dem ersten Morgenlicht, um 4 Uhr, stand er auf. Zu Zeiten der Musterung ließ er sich sogar schon gegen 3 Uhr wecken und saß eine Stunde später im Sattel. Eine Tasse Kaffee mit einem Löffel Senf sollte ihm nicht nur die Müdigkeit vertreiben, unter der er mit zunehmendem Alter litt, das wenig schmackhafte Gebräu galt als vorbeugende Medizin gegen den Schlaganfall.

Das Aufstehen des Königs war am französischen Hof ein zeremonieller Akt, an dem ein Teil des Hofstaats teilnahm. Wie einfach hielt es dagegen der damals mächtigste Mann Europas, der Alte Fritz. Eine Viertelstunde vor dem Wecken zündete der Diener, ausgenommen an warmen Tagen, den großen Kamin in Friedrichs Schlafzimmer an, damit sich der König in der Wärme des Feuers anziehen konnte. Das war eine der wenigen Bequemlichkeiten, die er sich gönnte. Die Morgentoilette durfte nur ein paar Minuten in Anspruch nehmen. Um ja keine Zeit zu vergeuden, sah der König während des Frisierens die ersten Depeschen durch und diktierte Antwortschreiben. Danach legte er seine Uniform an und setzte den Dreispitz auf, den er nur bei den Mahlzeiten oder in Gegenwart hoher Persönlichkeiten ablegte.

Die Zeiten der Manöver ausgenommen, verliefen die Tage des Königs immer gleich und in strenger Disziplin. Am Vormittag empfing er Kabinettsmitglieder und Militärs zu Besprechungen. Das Mittagessen war für ihn der Höhepunkt des Tages. Denn der König aß leidenschaftlich gern. Der Gelehrte Anton Friedrich Büsching schrieb: „Im Essen war Er gar nicht Herr und Meister über sich selbst, sondern folgte Seinem Appetit, daß, wenn der Küchenzettel, welcher ihm des Abends für den Mittag des folgenden Tages gebracht wurde, Speisen enthielt, die Er vorzüglich gerne aß, Er ihn nicht nur am folgenden Morgen und Vormittag mehrmals und mit Vergnügen ansahe, sondern auch die Mittagsstunde kaum erwarten konnte." Voltaire, der undankbare Gast aus Frankreich, mokierte sich in boshaften Traktaten über die Fresssucht des Preußenkönigs.

So spartanisch der Haushalt in Sanssouci war, bei der „Tafeley" bog sich der Tisch vor herzhaften Speisen und Delikatessen. Punkt zwölf trugen die Diener auf, was die vier Köche aus Frankreich, Italien, Österreich und Preußen zubereitet hatten. Acht Gerichte mussten es jeweils sein, Aalpastete, Polenta, Schinken, Kalbsbraten, Sauerkohl, die geliebten Silberberger Würste, Mehl- und Eierspeisen. Von allem nahm der König reichlich und trank dazu Weißwein aus Bergerac, Ungarwein oder Champagner. Deutsche Weine verabscheute er. „Wenn man einen Vorgeschmack vom Hängen haben will, muss man nur Rheinwein trinken", soll er gesagt haben.

Noch mehr als Süßspeisen und Kuchen liebte er Obst. Baron von Diebitsch erwähnt, „dass mehrere Gärtner sich besonders auf Treibereien zeitiger Früchte legten und darunter vorzüglich Kirschen für Seine Majestät zu ziehen sich alle Mühe gaben". So speisten der König und seine Gäste schon im Januar Kirschen, Pfirsiche und Melonen. Bei Spaziergängen in seinem Park pflegte er die Obstbäume zu markieren, deren Früchte zum Dessert aufgetragen werden sollten. Fünf Soldaten mussten die Bäume nachts bewachen, damit niemand die Früchte Seine Majestät stibitzen konnte.

Sein Hang zum Kulinarischen schlug jährlich mit 12 000 Taler zu Buche, zuzüglich der Kosten für aufwendige Gastmahle, bei denen bis zu 30 Gerichte aufgetragen wurden. Das Geld reichte nie, und immer wieder musste der König Schulden der Küche bei den Hoflieferanten begleichen. Er war überzeugt, dass ihn Köche und Diener betrogen und kontrollierte die Ausgaben akribisch. So kommentierte er eine Küchenabrechnung über 25 Taler, zehn Groschen und 11/5 Pfennig folgendermaßen: „Gestohlen, denn ungefähr 100 Austern sind auf dem Tisch gewesen, kosten vier Thaler, die Kuchen zwei Thaler, die Quappenleber ein Thaler, der Fisch zwei Thaler, die Kuchen auf Russisch zwei Thaler, macht elf Thaler, das übrige ist gestohlen. Friedrich."



Eine der wenigen Freuden, die sich der König gönnte: Flötenspiel im Schloss Sanssouci Bild: Archiv

Für die Gäste, acht bis zehn Personen, war die Schlacht am königlichen Büffet nicht nur erfreulich. Neben einem starken Magen brauchten sie auch eine große Portion Gleichmut, denn nur der König sprach, politisierte, philosophierte, erzählte Anekdoten und Witze, die die meisten schon aus seinem Mund gehört hatten. So zog sich das Essen bis 4 oder 5 Uhr hin. Danach widmete Fritz sich wieder seinen Regierungsgeschäften und ließ sich aus Zeitungen vorlesen. Bis 18 Uhr mussten Depeschen mit seinen Anweisungen versiegelt und Kurieren übergeben sein, davon überzeugte sich der König persönlich. Die Abende – das Souper entfiel aus verständlichen Gründen – verbrachte er meist in seinem Musikzimmer und spielte Flöte oder konzertierte mit seinem kleinen Hoforchester. Nachdem er wegen des Verlusts der Vorderzähne das Musizieren aufgeben musste, ließ er sich von seinem Vorleser Henri de Catt Romane vorlesen. Oft wandelte er allein im Park und verfasste Verse. Zum Abschluss des Tages ließ er sich die Menükarte für das nächste Mittagessen vorlegen, strich Gerichte und fügte andere ein.

Um 10 Uhr ging der König zu Bett. Die exakte Beschreibung des Prozederes verdankt die Nachwelt seinem Kammerdiener Schöning. Friedrich zog vor dem Kamin sein Nachhemd an und band ein Kissen um den Kopf, um sich vor Zug zu schützen. Der Kammerdiener nahm ihm Kleidung und Stiefel ab, ein Zeichen für den jeweiligen Lieblingshund des Königs, sich in dessen Bett bequem zu machen. Vor der Tür hielten ein Unteroffizier und sechs Grenadiere Wache über die beiden Schläfer.

Nur besondere Festtage unterbrachen den gleichförmigen Tagesrhythmus. Neujahrsempfänge, Opern und Bälle waren für Friedrich eine lästige Pflicht, ein „langweiliger Wirbel", wie er es nannte, zumal er dann sein Sanssouci verlassen und für einige Tage ins Berliner Schoss umziehen musste. Umso mehr liebte er die Wachparaden und Musterungen, bei denen er krumm, aber mit großer Ausdauer zu Pferde saß. *Klaus J. Groth*

Autarkie auch beim Bier

Wie der Staat Friedrichs II. vom Hopfenimporteur zum -exporteur wurde

König Friedrich der Große hatte ein feines Gespür für volkswirtschaftliche Zusammenhänge und war zudem aus merkantilistischen Gründen bemüht, gutes preußisches Geld nicht für „Luxusgüter" außer Landes gehen zu lassen. So verhielt es sich mit Seide und Porzellan, aber auch mit dem Hopfen. Bier war damals noch ein Volksnahrungsmittel und wurde demzufolge in großen Quantitäten vertilgt. Zum Bierbrauen benötigte man außer Gerste und Wasser auch Hopfen, doch seltsamerweise zogen die preußischen Bierbrauer „ausländischen", das heißt nichtpreußischen Hopfen dem preußischen Produkt vor. Klar, dass hier der junge König Friedrich eine Änderung der Zustände anstrebte.

Bereits kurz nach Regierungsantritt drängte er 1746 das Generaldirektorium wie die einzelnen Provinzialkammern, für eine spürbare Erhöhung des Hopfenanbaus in Preußen zu sorgen und zugleich die Qualität des inländischen Hopfens stark zu verbessern. In einer diesbezüglichen Ordre an das Generaldirektorium vom 22. Mai 1743 betonte der König zur Wichtigkeit dieser Angelegenheit: „Es sei das als eine Sache zu behandeln, worauf er selbst Achtung geben werde; das Generaldirektorium möge daher danach sehen, wenn es keinen Verdruss haben wolle." Auch die Provinzialkammern erhielten eine königliche Anweisung, alle Domänenpächter und sonstigen Untertanen fleißig zur Anlegung von „Hopfengärten" anzuhalten, denn dann brauche man nicht mehr Hopfen im Ausland einzukaufen, sondern könne sich vielmehr durch Verkauf ins Ausland ein schönes Stück Geld verdienen. Jeder Departementsrat habe bei den regelmäßigen Bereisungen seines Verwaltungsgebiets darauf zu achten, wie des Königs Anweisungen zur Förderung des Hopfenumbaus in der Praxis umgesetzt werden. Auch erwarte der König fleißig Berichte über die Steigerung des Hopfenanbaus und er werde bei seinen Landesbereisungen persönlich danach Ausschau halten.

> Der König ließ eine »Anweisung des Landmanns zum Hopfenbau« verfassen

In seinen Bemühungen zur Verbesserung der Landeskultur, speziell im Falle des Hopfenanbaus stach der preußische Minister Friedrich Wilhelm von Derschau hervor und wurde deshalb öfters vom König gelobt, denn der strenge König konnte auch loben, wenn man seine Intentionen erfolgreich in der Praxis umzusetzen verstand. Am 23. November 1775 erhielt Derschau eine schriftliche Anerkennung des Königs, weil man in der Kurmark nun bald soweit gekommen sei, dass man gänzlich auf die Einfuhr ausländischen Hopfens verzichten könne und dafür „keinen Pfennig mehr auszugeben nöthig hat". Doch Friedrich der Große konnte selbst beim Loben nicht darauf verzichten, sogleich eine neue Aufgabenstellung auszusprechen, denn in der Prignitz gebe es noch „viele Lücher und Brücher", die man urbar machen und auf denen man tüchtige Hopfengärtner ansiedeln könne. Gerade durch die von Friedrich sehr geliebte und häufig angewandte Bodenmelioration glaubte er, noch vielen bislang ungenutzten Boden zum Hopfenanbau gewinnen zu können.

> Im Jahre 1776 wurde in Preußen erstmals mehr Hopfen geerntet als verbraucht

Der kurmärkische Kammerdirektor Friedrich Gottlieb Michaelis erhielt deshalb vom König am 10. Dezember 1775 die schriftliche Anweisung, in der Gegend um Potsdam, bei Fahrland, Marquardt und den benachbarten Orten alte Wasserabzugsgräben aufzuräumen und neue anzulegen „und alsdann darauf so viel Hopfengärtners als möglich anzusetzen, an Orten aber, wo es nicht thunlich, die Bauern dahin zu bringen, dass ein jeder für sich etwas Hopfen anbaut".

In der neuen Provinz Westpreußen, die im Zuge der sogenannten Teilungen Polens zu Preußen kam, glaubte der König gleichfalls günstiges Gelände zu finden, wo sich der Hopfenanbau lohne. Hier hatte Friedrich besonders die zu entwässernden Brüche und Moräste der Netze, aber auch die Gegend um den „Jesuitersee" im Auge. Alle königlichen Domänenämter sollten sogleich in Westpreußen mit gutem Beispiel vorangehen. Der König legte zudem mit praktischem Sinn fest, dass man zu den westpreußischen Bauern Instrukteure für Hopfenanbau schicken müsse, denn man begehe hier immer noch große Fehler. Minister von Derschau erhielt folglich den Auftrag: „Um den Leuten zu zeigen, wie sie das machen, könnt Ihr jemanden, der es recht versteht, im Lande umherschicken, dass er die Leute davon unterrichtet, wie sie es zu machen haben, den Hopfen in Tonnen gut zu verwahren."

Um die Eigenschaften des als vorzüglich gerühmten böhmischen Hopfen nach Preußen zu übertragen, ließ König Friedrich aus Böhmen Hopfenpflanzen beziehen und die Domänenämter in der Altmark Versuche zur Veredelung des einheimischen Hopfen anstellen. Die beiden als gute Botaniker bekannten Beamten Professor Johann Gottlieb Gleditsch und Geheimrat Franz Balthasar von Brenkenhoff wurden vom König ermuntert, eine allgemeinverständliche „Anweisung des Landmanns zum Hopfenbau" zu verfassen und gemeinsam mit den jährlichen Kalendern im Lande zu vertreiben. 1776 konnte man den König erfreut melden, dass man erstmalig den Hopfenbedarf in Preußen aus eigenem Anbau decken konnte und zugleich noch einige Tausend Wispel Hopfen ins benachbarte Ausland verkauft habe. *Jürgen W. Schmidt*

Schon früh erfolgreich – bekannt erst im Alter

Adolf Heusinger: Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr zählt zu den Vätern der westdeutschen Streitkräfte

Besucher, die den Dienstsitz des Generalinspekteurs der Bundeswehr betraten, waren verwundert. Ein einfaches Büro in der Bonner Ermekeilkaserne, mit kahlen Wänden, ausgestattet mit Behördenmöbeln. Generale, die in anderen Ländern ähnliche Positionen bekleideten, residierten im Vergleich dazu wie die Sonnenkönige. Adolf Heusinger dürfte das nicht gestört haben, entsprach dieses schlichte Ambiente doch ganz seinem bescheidenen Wesen. Heusinger diente in vier Armeen und gelangte schon in frühen Jahren ins Zentrum militärischer Führung. Öffentlich bekannt wurde er jedoch erst als einer der Väter der Bundeswehr.

Eigentlich hatte der am 4. August 1897 im heute zum Bundesland Niedersachsen gehörenden Holzminden geborene Heusinger nach Abschluss des humanistischen Gymnasiums Förster werden wollen, doch der Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte seinen Berufswunsch zunichte. Mit dem Notabitur in der Tasche, kämpfte er vor Verdun, an der Somme und bei Arras, wurde zweimal verwundet und mit beiden Klassen des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Im Herbst 1917 geriet der frisch beförderte Leutnant in Flandern in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst zwei Jahre später entlassen wurde.

Da ein erneuter Anlauf, Forstbeamter zu werden, wegen der schlechten Wirtschaftslage scheiterte, entschloss sich Heusinger, Soldat zu bleiben. Nach siebenjährigem Truppendienst in einem Infanterieregiment absolvierte er die Generalstabsausbildung und wurde 1930 noch als Oberleutnant für vier Jahre in das Truppenamt im Reichswehrministerium versetzt, das eine Funktion ähnlich der des durch den Versailler Vertrag verbotenen Generalstabs hatte. In dessen Operationsabteilung erwies sich der bisweilen als pedantisch gefürchtete Heusinger als begabter und akribischer Planer. Nach der obligatorischen Truppenverwendung als Kompaniechef und Erster Generalstabsoffizier der 11. Infanteriedivision in Allenstein kehrte er 1937 in die Operationsabteilung im Generalstab des Heeres zurück.

Da er auf dem schwierigen Gebiet der Operationsführung als besonders befähigt galt, bekam er nie wieder ein Truppenkommando, sondern rückte im Laufe der Jahre innerhalb der Abteilung auf, bis er im Oktober 1940 im Alter von erst 43 Jahren als Oberst deren Chef wurde. In dieser Funktion war er mit der strategischen und operativen Planung und Führung der Heeresverbände befasst und damit engster Berater des Generalstabschefs. Immer wieder geriet Heusinger in den Konflikt um die Operationsführung, der zwischen dem Generalstab und Adolf Hitler ausgetragen wurde. Wegen seiner fachlichen Kompetenz und seines nüchternen Urteils, aber auch wegen seiner Anpassungsfähigkeit, duldete Hitler, dessen Ansichten oftmals gegen jede militärische Vernunft waren, manchen Widerspruch von seiner Seite. Heusingers wiederholte Bitte um ein Frontkommando wurde stets abgelehnt, weil der Generalstabschef und auch Hitler selbst nicht auf seine Expertise verzichten wollten.

> Bereits mit 43 Chef einer Abteilung im Heeres-Generalstab

Nachdem sein Vorgesetzter erkrankt war, übernahm Heusinger, mittlerweile Generalleutnant, im späten Frühjahr 1944 kommissarisch die Leitung des Heeresgeneralstabs. Damit ruhte die ganze Last der Verantwortung für die Kriegführung im Osten auf seinen Schultern. Seinen letzten Lagevortrag hielt er am 20. Juli 1944, als die Bombe, die Stauffenberg neben ihm platziert hatte, explodierte. Heusinger kam verletzt ins Krankenhaus, wo er wenige Tage später wegen seiner dienstlichen Kontakte zu den Verschwörern von der Gestapo verhaftet wurde. Da ihm noch nicht einmal eine Mitwisserschaft nachzuweisen war, wurde er im Oktober 1944 aus der Haft entlassen und in die Führerreserve versetzt. Bei Kriegsende geriet er in US-amerikanische Gefangenschaft, aus der er 1948 entlassen wurde.

Kurz darauf schloss sich Heusinger dem Kreis ehemaliger Offiziere an, der den Bundeskanzler in militärischen Fragen beriet. Hier plädierte er für ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte als Fundament für eine stabile politische Ordnung in Europa. Er überzeugte so, dass er Ende 1950 offiziell zum militärischen Berater der Bundesregierung ernannt wurde. Allerdings stellte er eine Bedingung: Keine Festanstellung, solange noch Kameraden von ihm in deutschen Gefängnissen sitzen. 1952 erfolgte Heusingers Berufung zum Leiter der militärischen Abteilung im Amt Blank, aus dem später das Bundesverteidigungsministerium hervorging. Am 12. November 1955, dem Tag, an dem die Bundeswehr aus der Taufe gehoben wurde, wurde Heusinger als Generalleutnant reaktiviert und zum Leiter der militärischen Abteilung und später der Abteilung Streitkräfte des Ministeriums ernannt.

Zwei Jahre später ging es darum, die neugeschaffene Position des Generalinspekteurs zu besetzen. Neben den aus dem Krieg bekannten Namen Erich von Manstein, Hans Speidel, Walther Wenck und Ludwig Crüwell war auch Heusinger im Gespräch. Den kannte allerdings so gut wie niemand, hatte er doch keine Meriten an der Front erworben, sondern stets unauffällig im Generalstab gewirkt. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß hatte Heusinger deshalb eigentlich als zwar ranghohen, aber nicht besonders einflussreichen Oberbefehlshaber der Nato-Landstreitkräfte in Mitteleuropa vorgesehen, gab aber schließlich dem Drängen der Nato-Partner nach, General Speidel nach Fontainebleau zu entsenden. So wurde Heusinger am 1. Juni 1957 bei gleichzeitiger Beförderung zum Viersternegeneral zum Generalinspekteur ernannt.



Ernennung zu Generalleutnanten der Bundeswehr: Die Offiziere Adolf Heusinger und Hans Speidel mit Bundesverteidigungsminister Theodor Blank (von links) Bild: pa

Auch in diesem hohen Amt blieb Heusinger still und zurückhaltend. Große Gesten und kühne Entschlüsse waren ihm fremd. Mit Lob und Tadel ging er gleichermaßen sparsam um. Im Ränkespiel zwischen Soldaten und Beamten sowie bei der Vermittlung zwischen politischen Forderungen einerseits und militärischen Erfordernissen sowie dem Machbaren andererseits kam ihm immer wieder seine virtuose und eiskalte Geschmeidigkeit zugute. Manche seiner Generalskameraden hielten ihm diese Eigenschaft als Wankelmütigkeit und Rükkgratlosigkeit vor. Eine Eigenschaft sprach ihm dagegen niemand ab: die des brillanten Strategen.

Auf dieses Talent war man auch bei der Nato aufmerksam geworden. Ende 1960 bot man ihm an, als erster Deutscher Vorsitzender des Militärausschusses zu werden. Es unterstreicht die Wertschätzung der Person und Leistung Heusingers im In- und Ausland, dass seine Wahl in die höchste militärische Position des Bündnisses einstimmig erfolgte. Seine neue Aufgabe in Washington bildete den Höhepunkt und zugleich den Abschluss seiner Berufslaufbahn, die er, bereits im 67. Lebensjahr stehend, Anfang 1964 beendete. Als er ein letztes Mal bei einer Nato-Tagung auftrat, verabschiedeten ihn die Generale, Minister und Diplomaten mit stehenden Ovationen. In 49 Dienstjahren hatte er nach seinen eigenen Worten alle Höhen und Tiefen des Soldatenberufes auskosten müssen und trotzdem nie den Glauben daran verloren. Hoch geachtet und auch im Ruhestand als Ratgeber von Kameraden und Politikern geschätzt, starb Heusinger am 30. November 1982 im Alter von 85 Jahren in Köln. *Jan Heitmann*

Mit Erschrecken und mit Wehmut

Vor 115 Jahren schrieb der »Schlei-Bote« über Griechenland, was deutsche Medien heute nicht zu sagen wagen

Vor 115 Jahren verband Deutschland mit Griechenland noch keine Währungsgemeinschaft, doch war Prinz Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als Georg I. griechischer König und dessen ältester Sohn seit 1889 mit der preußischen Prinzessin Sophie verheiratet. Nicht zuletzt diese Verbindung war es, die damals in Schleswig-Holstein, Preußen und dem Deutschen Reich das Interesse an den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen in Griechenland weckte. So berichtete der „Schlei-Bote“, der in Kappeln, einem kleinen Ort in der Nähe von Schleswig, erschien, in der Nummer vom 17. Mai 1897:

„Der griechische Staat ist arm, das ist nicht seine Schuld, aber schlimmer als seine Armut ist die schlechte Finanzwirtschaft, die im Land herrscht. Wie die Ministerien auch zusammengesetzt sein mochten, im Geldpunkt haperte es stets. Millionen und aber Millionen, die zur Verwirklichung von großen, dem ganzen Land nützenden Unternehmungen verwendet werden sollten, sind in ganz andere Taschen geflossen als in die von Ingenieuren und Arbeitern, welche die Arbeiten ausführen sollten; so sind beispielsweise bei dem Bau des berüchtigten Kanals von Korinth 80 Millionen spurlos verschwunden ... Nach der Abtretung von Thessalien an Griechenland durch die Türkei zum Beginn des vorigen Jahrzehnts bis zur Vermählung des Kronprinzen Konstantin mit der Prinzessin Sophie von Preußen haben die griechischen Finanzminister es verstanden, eine 100-Millionen-Anleihe nach der anderen einzuheimsen; große Bankfirmen im Deutschen Reich, in Frankreich und in England übernahmen bereitwilligst die Vermittlung, und alle diese schönen Beträge, die heute schon zu zwei Dritteln entwertet sind, gehen nun vielleicht ganz und gar verloren, wenn kein ernster Machtanspruch erfolgt.

> Die Missstände waren dieselben, aber sie wurden kritisiert

Das Geld ist in Griechenland direkt verwirtschaftet, denn irgendwelche nennenswerte Verwendung im Landesinteresse ist nicht erfolgt. Auch für militärische Zwecke ist nicht viel übriggeblieben. Man hat die geliehenen Summen in der Hauptsache zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwendet, die doch von den Steuerzahlern gedeckt werden müssen. Im modernen Hellas besteht aber der allerliebste Brauch, dass die Anhänger des jeweiligen Ministerpräsidenten und seiner Leute es als ein schönes Vorrecht betrachten, so wenig wie möglich oder, besser noch, gar keine Staatssteuern zu bezahlen. Da Griechenland so ziemlich zwei Ministerien pro Jahr hat, kann man sich nun ausrechnen, wie viel eigentlich von den Steuern, die gezahlt werden sollen, wirklich gezahlt werden. Welche zarte Besorgnis die Minister für ihre Wähler hegen, ergibt die Tatsache, dass jedes Ministerium ohne Besinnen für die Kürzung der Zinsen der ausländischen Besitzer griechischer Staatspapiere gestimmt hat; während sie den inländischen Inhabern weiter gezahlt werden.

Griechenland hat damit renommiert, es würde allen seinen Gläubigern gerecht werden, wenn es Kreta behalten dürfte. Das ist eine Redensart; in einem Griechenland, in welchem der Bazillus des Größenwahns wütet, wird erst recht gestohlen auf Staatskosten. Um der liederlichen Wirtschaft ein Ende zu machen, kann nur eine strenge Finanzkontrolle helfen, denn wenn auch der griechische Staat bettelarm ist, die Griechen sind es weit weniger. Aber auf solche Reformen wird man in Athen schwer, sehr schwer eingehen, denn nur ein starker Druck könnte da helfen. Und wenn auch Deutschland wollte – ob die zunächst meistbeteiligten Mächte England und Frankreich mitmachen würden, ist recht sehr die Frage. Jedenfalls muss aber ernstlich die Angelegenheit im Auge behalten werden, sonst ist alles Geld, welches Griechenland erhalten hat, total verloren. Schonung solchem Staat gegenüber üben zu wollen, ist freilich Torheit, aber die Langmut mehrerer Großmächte gegenüber Griechenland hat tief, unendlich tief blicken lassen.“

Mit Erschrecken und mit Wehmut liest man diese Zeilen von 1897. Mit Erschrecken, weil sich seitdem kaum etwas am griechischen Finanzgebaren geändert hat. Mit Wehmut, weil sich vor 115 Jahren die veröffentlichte Meinung in Deutschland weitgehend mit der öffentlichen deckte, während sie heute, trotz grundgesetzlich verbriefter Pressefreiheit, das Publikum durch Beschönigen oder Verschweigen nicht ins linke Weltbild passender Tatsachen zu manipulieren versucht. *Peter Kuntze/PAZ*

König Georg I.

Bild: Archiv

König Georg I. von Griechenland kam als Prinz Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 1845 in Kopenhagen zur Welt. Er war der zweitälteste Sohn des dänischen Königs Christian IX. 1863 wurde er per Wahl Nachfolger des im Vorjahr gestürzten Bayern Otto I. In seiner Regierungszeit besetzten griechische Truppen 1897 das osmanisch beherrschte Kreta und lösten damit den Türkisch-Griechischen Krieg aus, der vom 3. Februar bis zum 4. Dezember 1897 dauerte und von Griechenland verloren wurde. Kreta wurde internationales Protektorat. Während des Ersten Balkankrieges fiel Georg 1913 einem Attentat zum Opfer. *M.R.*

Königin Sophie

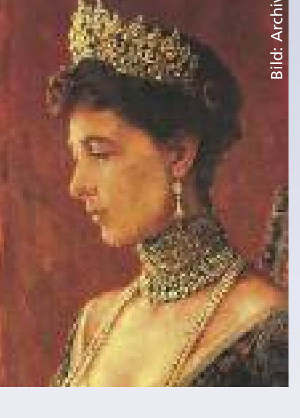


Bild: Archiv

Die Schwiegertochter Georgs I. und Königin der Hellenen wurde 1870 als Prinzessin Sophie Dorothea Ulrike Alice von Preußen im Neuen Palais zu Potsdam geboren. Sie war die dritte Tochter des 88-Tage-Kaisers Friedrich III. und dessen Frau Victoria. 1889 heiratete sie den damaligen griechischen Kronprinzen, der 1913 als Konstantin I. den griechischen Thron bestieg. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg versuchte, Neutralität zu wahren, mussten beide auf alliierten Druck ins Exil. 1920 wurden beide begeistert zurückgeholt, um nur zwei Jahre später das Land erneut verlassen zu müssen. 1932 starb Sophie in dem Land ihrer Geburt. *M.R.*

Sonderrechte für Kopftücher?

Zu: „Das deutsche Volk erziehen" (Nr. 44)

Verdienstvoll von der *PAZ*, diesen in das muslimische Diesseits-Paradies wegweisenden Richterspruch gründlich dargestellt zu haben! Eine im sozialistischen Sinne demokratisch lupenreine Justiz versteht es aus dem Effeff, aus weiß jetzt schwarz zu machen und umgekehrt – ganz entsprechend dem jeweiligen Bedürfnis der politischen Zeitgeist-Ideologie. Und so wird hier das edle Gleichbehandlungsgesetz eingesetzt, um eine Ungleichbehandlung, nämlich ein Ausnahme- beziehungsweise Sonderrecht, zugunsten unserer Kulturbereicherung auszuteilen. Wer dagegen agiert, muss dann mit staatlichem Zwang umerzogen werden. Das hat der Richter hier als sein – und der herrschenden Politik – Ziel unverblümt erklärt. Das hatten wir doch eben noch gehabt – und zwar in der DDR, als typisches Beispiel jeder Diktatur. Unsere Grün-gebildete Geisteselite wird zu solcher fortschreitenden Entmündigung des freien Bürgers sicher wieder begeistert „hurra" schreien.

Die Befugnis der Arbeitgeber, in Dienstleistungs- wie auch gegebenenfalls in Produktionsunternehmen eine einheitliche Mitarbeiterbekleidung zu verlangen, wird wohl bald ganz passé sein. Und so wird es dann in Zukunft weitergehen: Denn wo den Forderungen orthodoxer antisäkularer Muslime entsprochen wird, ist sehr bald die nächste Ausnahmeforderung auf dem Tisch. Wetten?

Henning Streu, Bremen

Kriminelles Tun

Zu: „Frivoles Rettungstheater" (Nr. 46)

Wer Altschulden nur noch durch Aufnahme neuer Schulden bezahlen kann, hat den „Point of no Return" längst hinter sich gelassen.

Jeder Geschäftsmann, der sich im Realleben so verhält, steht wegen Konkursverschleppung umgehend vor Gericht.

Daran lässt sich erkennen, in was für einer abgehobenen Parallelwelt Akteure wie Bundeskanzlerin Merkel und die Griechenland-Troika agieren und dass der einfache Mann ihr Tun nur noch als kriminell bewerten kann.

Dietmar Fürste, Rattiszell

Bier fürs Volk

Zu: „Lachen und knistern" (Nr. 45)

Die sozialistisch verschulten Bürger dieses Landes sind mit Fußball, Bier und TV zufrieden. US-Präsident Obama ist eben ein guter Mann und bedient seine Klientel. So machen es die Etablierten doch hier auch – und es funktioniert gut. Ich profitiere von die Sintflut. Ich fürchte nur, dass die Mehrheit der Wahlbürger sich lieber weiterhin am Nasenring durch die politische Landschaft ziehen lässt, ehe sie begreift, in wie schamloser Weise unsere etablierten Politiker täuschen und tricksen.

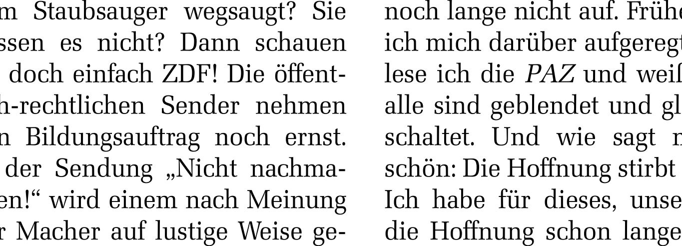
Dietrich Krüger, Unkel

Es sind alle nur gleichgeschaltet

Zu: „Lachen und knistern" (Nr. 45)

Zum Thema deutsche Medien: Was passiert, wenn man eine Dose Eintopf ungeöffnet auf den Herd stellt und erhitzt? Oder wenn man glühende Asche mit dem Staubsauger wegsaugt? Sie wissen es nicht? Dann schauen sie doch einfach ZDF! Die öffentlich-rechtlichen Sender nehmen den Bildungsauftrag noch ernst. In der Sendung „Nicht nachmachen!" wird einem nach Meinung der Macher auf lustige Weise gezeigt, dass unsere GEZ-Gebühren jeden Cent wert sind. Ich denke, der Großteil unseres Volkes (Oh, Entschuldigung! Das muss natürlich heißen, „der Bürger und Bürgerinnen") merkt gar nicht, wie die Verdummung tagtäglich fortschreitet. Das beginnt bei einseitiger Berichterstattung und hört mit solchen sinnlosen Sendungen noch lange nicht auf. Früher habe ich mich darüber aufgeregt, heute lese ich die *PAZ* und weiß, nicht alle sind geblendet und gleichgeschaltet. Und wie sagt man so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich habe für dieses, unser Land die Hoffnung schon lange aufgegeben. Schade!

Marco Schmidt, Dresden





Redet sich reich: Sein Rede-Talent machte Peer Steinbrück zum Millionär Bild: Torsten Silz/dapd

Das einzige Ziel ist, Politik zu Geld zu machen

Zu: „Reicher Sozi" (Nr. 44)

Es ist erschütternd zu sehen, wie weit heutige Berufspolitiker in der Anhäufung von Geldern und Einkünften aus sogenannten nebenberuflichen Tätigkeiten als Redner in Stadthallen und Parteizentralen gehen. Das hat mit ihrem Beruf nichts zu tun. Diese Politiker sind nur da, durch ihre Stellung als Angehöriger einer Partei privat möglichst viel Geld zu scheffeln. Ihr Parteiamt interessiert sie nicht mehr oder nur als Aushängeschild für hanebüchene Parteireden in öffentlichen Versammlungen, die sie sich horrend hoch bezahlen lassen – so hoch, dass der Bürger erschreckt umfällt und es fast nicht glauben kann. Eine Rede bei Steinbrück, Dauer etwa anderthalb Stunden lang, bringt dem schamlosen Genossen rund 15 000 bis 25 000 Euro in bar auf die Klaue. Toll, was?

Die total verschuldete Stadt Bochum soll diese Summe gezahlt haben, ich kann es wirklich nicht glauben. Aber so steht es in der Zeitung. In anderthalb Jahren ist Steinbrück Millionär geworden. Wie schreibt Hans Herbert von Arnim? „Politik ohne Verantwortung am Volk vorbei!" In seinem Buch „Vom schönen Schein der Demokratie" führt von Arnim aus: „Demokratie lebt davon, dass Verantwortung zurechenbar bleibt. Fehlt es daran nicht nur am Rande, sondern im Kern der Politik, ist dies der Anfang vom Ende."

Das ist heute der Stand der Dinge. Politiker aller Couleur machen aus ihrem Beruf ein Geschäft, verkaufen ihr bisschen Wissen von politischen Zusammenhängen im Bund und in den Ländern und der unbedarfte Bürger hört atemlos zu, lässt sich weiter verdummen. Von Arnim weiter: „Gegen Machtmissbrauch und Ausbeutung durch die politische Klasse ist unser Gemeinwesen bisher noch unzureichend geschützt." Und weiter: „Doch inzwischen hat sich eine politische Klasse gebildet, die die überkommenen Kontrollmechanismen unterläuft." Also gibt es verbrecherische Ansätze im Politleben?

Politik zu Geld machen, steht bei den anderen Politikern aller Parteien wie bei der SPD im Vordergrund ihres Interesses. Nur jetzt ist es durch Herrn Steinbrück in der Bundesrepublik publik geworden, es pfeifen die Spatzen von den Dächern. Selbst die kleinen SPD-Genossen wissen nicht, was sie davon halten sollen.

Natürlich, Genosse hilft dem Genossen, man tritt die Flucht nach vorne an. So etwa: „Ach ja, unsere Genossen sollen auch mal Geld verdienen wie die anderen, auch reiche Männer gehören in die SPD, wir haben nichts gegen sie!" Aua! Ich zitiere weiter aus von Arnims Buch vom Jahr 2000: „Hinzu kommt nun das andere vitale Interesse ins Spiel, das für die meisten Berufspolitiker im Vordergrund steht, das Interesse nämlich, von der Politik leben zu können, und zwar möglichst gut und möglichst auf die Dauer."

Und dann die Klatsche: „Berufspolitiker können zwar über alles reden, wissen aber fast nichts wirklich genau – außer, wie man politische Gegner bekämpft (so ein bezeichnendes Wort von Richard von Weizsäcker)." Es ist nun seit Jahren festzustellen, dass kluge Köpfe immer wieder eine Kontrolle der Politiker fordern und zwar auf vielen Gebieten in der Bundesrepublik, aber leider reagiert niemand darauf, weder das Volk noch verantwortungsvolle Politiker. Und so geht diese Bundesrepublik nach und nach den Bach hinunter, sehenden Auges. Es gibt leider keine Kassandra mehr bei uns modernen Menschen, die gehört wird. Wer hat schon das Buch von Hans Herbert von Arnim gelesen? Schlaft weiter, ihr Deutschen, in wenigen Jahren bekommt ihr die Quittung, aber dann ist es zu spät.

Heinzreiner Klinkenberg, Ratingen

So tickt die SPD

Zu: „Aus den Heimatkreisen: Heiligenbeil" (Nr. 44)

Hat Burgdorfs Bürgermeister Baxmann (SPD) auf der Veranstaltung zum „Tag der Heimat" tatsächlich vergessen, zu wem er spricht, wie es in dem Artikel heißt, oder haben die Verantwortlichen des Bundes der Vertriebenen (BdV) vergessen, wer zu ihnen spricht? Taten sagen mehr als tausend Worte, und so kann auch das Abmontieren der ostdeutschen Hinweisschilder gesehen werden, das Herr Baxmann ja noch bestätigte.

Die BdV-Vertreter sollten in Zukunft besser überlegen, wen sie einladen. Herr Baxmann hat als SPD-Mann nur offen und ehrlich das Geschichtsverständnis der heutigen Sozialdemokratie wiedergegeben, was immer noch ehrlicher ist, als die salbungsvollen (aber tatenlosen Worte) der allermeisten CDU-Vertreter. Jeder Burgdorfer kann Baxmann jetzt danach beurteilen.

Wer ehrliche und zukunftsweisende Worte zum „Tag der Heimat" lesen möchte, sollte die vom WDR-Kommentator Hubert Maessen in Bielefeld gehaltene Rede anfordern, erhältlich bei Herrn Endreß bei den Vertriebenen in Bielefeld unter der Telefonnummer (0521) 177194.

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Ein Graumann

Zu: „Vergessener ostpreußischer Reformator" (Nr. 43)

Soeben habe ich die *PAZ* aus dem Briefkasten geholt und sie kurz durchgeblättert. Da ich seit März 1945 in Neustadt/Aisch wohne, interessierte mich natürlich als erstes der obengenannte sehr ausführliche Artikel. Leider hat sich scheinbar ein Druckfehler hineingeschlichen, denn das „Neustädter Kind" heißt Johann Gramann und nicht Graumann.

Sie sehen, ich warte Freitag schon immer auf den Briefträger, der mir die beste Zeitung bringt.

Sigrid Heimburger, Neustadt/Aisch

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 24. November 2012

MELDUNGEN

Fregatte gesunken

Pillau – Die russische Fregatte „Neukrotimyj“ (Unbesiegbarer) ist ohne Feindeinwirkung im tiefsten Frieden im Pillauer Hafen gesunken. Das Schiff der ehemaligen Roten Flotte fiel wohl der „roten Pest“, sprich dem Rost, zum Opfer. Das 3400 Tonnen große Typschiff der Krivak-II-Klasse wurde noch zu Sowjetzeiten in den frühen 70er Jahren gebaut und 1977 in Dienst genommen. Vor drei Jahren wurde es außer Dienst gestellt und sollte verkauft werden. Allerdings fand sich kein Interessent. Das Kriegsschiff rostete daher im Hafen von Pillau vor sich hin. Nun ist der Schiffsrumpf offenbar durchgerostet. Das Kriegsschiff schlug leck und sank auf den Grund des Hafenbeckens. Nur noch die Aufbauten ragen aus dem Wasser. *H.L.*

Techno-Park eröffnet

Lyck– In Lyck ist an der Sentker Chaussee ein sogenannter Techno-Park eröffnet worden. Das 24 Hektar große Objekt umfasst Produktions- und Laborhallen sowie Büros. Der Park soll das wirtschaftliche Potenzial der Region entwickeln und der gemeinsamen Forschungsarbeit von Vertretern der Wissenschaft und der Wirtschaft dienen. Der Park entstand mit Mitteln der Europäischen Union. *PAZ*

Premiere mit schwerer Kost

Jugendtheaterprojekt der deutschen Volksgruppe begann ihre Arbeit mit einem Vertreibungsdrama

Nachdem Edyta Gładkowska die Leitung des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein übernommen hat, besitzt die deutsche Volksgruppe im südlichen Ostpreußen nun auch eine Jugendtheatergruppe. Für den ersten Auftritt auf dem deutschen Kulturfestival in Breslau wurde gleich schwere Kost gewählt: „Der vierte Platz“ von Horst Mönnich, ein Stück über das Schicksal einer westpreußischen Familie.



Die Konfrontation von Ilse Bandomir mit der polnischen Verwaltung: Szene mit Kamila Manka und Dagmara Niemyjska (von links) Bild: Hahnkamp

„Wir wollten“, so Edyta Gładkowska, „etwas mit Bezug zu unserer Region präsentieren, und Erlebnisse wie die im Buch beschriebenen trafen auch die damaligen Ostpreußen.“ Erlebnisse, über die in den Familien der Jugendlichen sehr wenig gesprochen wird. Deshalb stand zu Beginn der Proben eine historische Einführung inklusive des Films „Söhne“ von Volker Koepp, der auf dem Buch von Horst Mönnich beruht.

Neben der schauspielerischen Ausbildung wie Stimmbildung, Diktion, Arbeit am Text und Umsetzung auf der Bühne, die Ewa Huss-Nowosielska vom Verein der deutschen Volksgruppe „Warmia“ in Heilsberg übernommen hatte, galt es, die Hemmschwelle des Auftretens als solches zu überwinden.

„Ich hatte am Anfang Angst“, meint Dagmara Niemyjska aus der Kulturgesellschaft der Deutschen „Heimat“ in Ortelsburg, „doch beim dritten, vierten Mal ging es dann.“ Dabei hat sie eine relativ kurze und polnisch gesprochene Rolle, eine fanatische Beamtin. „Sie ist wirklich sehr unsympathisch, aber das ist nur eine Rolle, die ich spiele“, erklärt sie.

Mit Lampenfieber umgehen können sollte dagegen Monika Krzenzek, ebenfalls aus Ortelsburg. Sie singt seit Jahren beim Wettbewerb des deutschen Liedes in Osterode, doch: „Deutsch Theater spielen ist etwas anderes, als deutsch zu singen. Ein bisschen mulmig war mir schon.“

Kamila Manka aus Heilsberg,

> »Der vierte Platz« von Horst Mönnich

die Mitorganisatorin des Stücks, hat mit der Rolle der Baronesse Ilse Bandomir die Hauptrolle übernommen. „Es ist schwer, in einer anderen Sprache aufzutreten als in der, die man aus seinem Umfeld gewohnt ist. Aber alles ist möglich“, findet sie, „doch der Umfang des Textes in unserem Drehbuch ist gerade für die Hauptpersonen enorm.“

Dabei ist das Szenario alleine schon eine Meisterleistung der Jugendlichen. Ohne nennenswerte Verluste am Inhalt des Buches, ohne die großen Rollen zu überfrachten, in einer für den Zuschauer angenehmen Zeit von etwa einer Stunde alles Wesentliche zu zeigen, das ist nicht einfach. Hilfreich waren gerade für Kamila Manka eingeschobene Töne wie originale Radionachrichten auf Deutsch und Polnisch, musikalische Untermalung oder auf Band gesprochene Tagebucheinträge.

So schlugen die Jugendlichen atmosphärisch dicht den Bogen von Ilse Bandomirs Abreise unter dem Druck des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“ über ihre Suche nach ihren zwei jüngeren Kindern, ihre Erfahrungen bürokratischen Widerstands und unerwarteter Hilfe bis zur Erkenntnis, dass es in den ganzen Nachkriegswirren eine Verwechslung gegeben hat und ihr Sohn Jürgen ein fremdes Kind ist. Dem sie dann aber den bis dahin frei gehaltenen vierten Platz am Tisch anbietet. Kein einfacher Stoff, aber bravourös umgesetzt.

Schade nur, dass sich das Interesse des Publikums beim deutschen Kulturfestival in Breslau wie immer auf die Hauptbühne konzentrierte und nur relativ wenige Zuschauer – beinahe ausschließlich aus dem südlichen Ostpreußen – den Weg in Raum 51 fanden. Doch seither gab es schon erste Einladungen zu einigen Gesellschaften der deutschen Volksgruppe und weitere sollten folgen. Die Gruppe und ihr Stück haben es verdient. *Uwe Hahnkamp*

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie auch im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2012 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz, zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende im Ostheim in Bad Pyrmont, im Haus Kopernikus in Allenstein, im Simon-Dach-Haus in Memel oder an anderen Orten durchführt, erfüllt.

So fand am 16. Juni 2012 das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein statt. Die Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine lockten über 1000 Besucher auf das Gelände des Amphitheaters zu Füßen der Allensteiner Burg, darunter auch zahlreiche Touristen und polnische Gäste, die häufig erstmals von der Existenz einer lebendigen deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen erfuhren.

Das im letzten Jahr neu eröffnete Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen im Deutsch-Polnischen Jugendzentrum in Allenstein ist zu einem Anlaufpunkt für die deutsche Volksgruppe im südlichen Ostpreußen und für alle an der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen Interessierten geworden. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Jugendarbeit. So führte die Leiterin des Verbindungsbüros, Edyta Gładkowska, ein Volkstanzseminar in Bartenstein durch und studierte mit Jugendlichen ein Theaterstück über das Schicksal einer durch Flucht und Vertreibung zerrissenen Familie ein, das mit großem Erfolg auf dem deutschen Kulturfestival am 29. September in Breslau Premiere feierte.

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Die junge und mittlere Generation ist über den herausragenden Beitrag des Landes zwischen Weichsel und Memel für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. So findet gegenwärtig im Landesmuseum eine von der Treuespende bezuschusste Ausstellung über die „Rominter Heide – einst und jetzt“ statt.

Auch die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe zählt zu den Aufgaben der Treuespende. In beiden Weltkriegen haben deutsche Soldaten ihr Leben gegeben, um die ostpreußische Bevölkerung vor dem Feind zu schützen. Ihre selbstlose Opferbereitschaft verdient unsere uneingeschränkte Anerkennung. Deshalb unterstützt die Treuespende den deutschen Verein in Allenstein bei der aktuell geplanten Erneuerung der morschen Grabkreuze auf dem Allensteiner Soldatenfriedhof.

Die Dokumentation und Wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte und Landeskunde Ostpreußens ist zentrales Anliegen der landsmannschaftlichen Arbeit. Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen umfasst mittlerweile dank der Treuespende und des unermüdlichen Einsatzes vieler ehrenamtlicher Helfer über 35 000 Aufnahmen und wird täglich von Tausenden Interessierten weltweit genutzt. Gleiches gilt für die digitalisierten Jahrgänge des Ostpreußenblattes von 1949 bis heute, die kostenfrei im Internet abgerufen werden können.

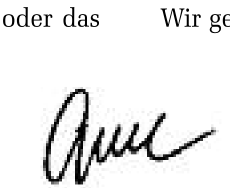
Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Königsberg

Ostpreußen helfen Ostpreußen

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00



Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das sind für mich die schönsten Stunden, wenn ich wieder einmal von einem Erfolg unserer Sucharbeit berichten kann, der sich durchaus in die Reihe unserer „Familienwunder" einfügen lässt. Wie anders sollte man es bezeichnen, wenn sich zwei Königsbergerinnen, die sich vor 66 Jahren in der zerstörten Stadt zum letzten Mal sahen, wieder gefunden und – trotz weit voneinander liegenden Wohnsitzen – wieder gesehen haben? Denn der Suchwunsch von Frau **Renate Lang-Schranz**, geborene **Gnaß**, aus Annweiler wurde gerade zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle veröffentlicht – heute würde man das als gelungenes „timing" bezeichnen. Aber davon ahnte ich noch nichts, als ich ihre Frage in Folge 40 der *PAZ* veröffentlichte. Es ging um **Eva Briskorn**, ein Nachbarskind der aus Königsberg stammenden Familie Gnaß, mit der sie zusammen auf die Flucht gegangen waren und von der sie irgendwann getrennt wurden. Weder Renate und ihrer Familie noch Eva Briskorn gelang es, vor der Eroberung durch die Russen aus der Heimat zu fliehen, denn sie sahen sich etwa zwei Jahre später wieder – im zerstörten Königsberg. Renate und ihre Mutter waren nach Litauen gegangen, Eva wollte dorthin. Das Mädchen war damals in einem sehr schlechten körperlichen Zustand, und Frau Gnaß hat sich später immer wieder Vorwürfe gemacht, dass sie Eva ihrem ungewissen Schicksal überlassen hatten. Sie war bis zu ihrem Tod – sie verstarb 2008 im Alter von 97 Jahren – immer der Überzeugung, dass Eva nicht überlebt hätte. Aber dann stellte Frau Renate zu ihrer Überraschung fest, dass dies nicht der Fall war, denn in dem Buch „Wir sind die Wolfskinder" von **Sonya Winterberg** fand sie ihren Namen, Eva musste also irgendwo in Litauen leben. Frau Lang-Schranz bemühte sich, der Spur nachzugehen, hatte aber keinen Erfolg und wandte sich schließlich an uns. Da ich solche weit in die Vergangenheit zurückgehenden Suchwünsche möglichst umgehend veröffentlichte – der Faktor Zeit spielt heute eine große Rolle –, erschien ihr Suchwunsch zur großen Überraschung der Einsenderin in einer der nächsten Folgen. Und was dann geschah, erklären unsere einleitenden Worte über den richtigen Zeitpunkt. Lassen wir Renate Lang-Schranz selber erzählen:

„Bevor ich die Zeitung aufgeschlagen hatte, bekam ich einen Anruf von Frau **Struckmayer**, einer Cousine von Eva Briskorn. Sie teilte mir mit, dass Eva in Litauen lebe. Die zweite Überraschung war, dass Eva fast in jedem Jahr seit 1982 im Herbst zu Besuch nach Bremen zu ihren Verwandten kommt, und das um diese Zeit. Frau Struckmayer hat uns eingeladen, und so sind mein ältester Bruder, dessen Frau und ich am Sonnabend, dem 3. November, nach Bremen gefahren. Es war wie ein Besuch bei Verwandten in herzlicher Atmosphäre und mit fürsorglicher Bewirtung. Vor allem war es ein Wiedersehen mit Eva Briskorn, unseren Nachbarskind, nach 66 Jahren! Es war für uns sehr beruhigend zu sehen, dass es Eva so weit gut geht und sie der Mut nie verlassen hat. Schade, dass unsere Mutter das nicht mehr erleben durfte, die sich so viel Sorgen um Eva gemacht hat! Das Wiedersehen wird ein unvergesslicher Tag bleiben, und wir werden weiter in Verbindung stehen. Die ‚ostpreußische Geschichte' ist noch lange nicht zu Ende – ich bin bewegt! Nochmals danke und herzliche Grüße im Namen aller Angehörigen!" Da sind wir also gerade zur rechten Zeit gekommen – knapp einen Monat nach der Veröffentlichung gab es das Wiedersehen. Manchmal dauert es aber auch jahrzehntelang bis man eine Antwort bekommt – „einer zagelt eben immer nach" kann man da auf gut Ostpreußisch sagen. In diesem Fall ist es eine Leserin aus Berlin, die erst jetzt die Frage nach dem Gedicht von „Paulinchen, dem schönsten Mädchen von ganz Insterburg" entdeckte, das vor genau zehn Jahren von einer Leserin gestellt wurde. Und die auch damals eine Antwort bekommen hatte, wie sie besser nicht sein konnte. Denn das echte Paulinchen, die Tochter vom Schneider Lurg aus Insterburg, die nie ihre Strümpfe stopfte", stammte zwar von dem ostpreußischen Mundartdichter **Robert Johannes**, die Urfassung war aber ein sächsisches Poem. Der damals sehr populäre Reimeschmied und Vortragskünstler hatte daraus eine ostpreußische Version gemacht. Die Leserin hatte es in dem Büchlein „Späte Früchte" von Robert Johannes aus dem Jahr 1920 entdeckt. Frau **Ingeburg E.** aus Berlin hat nun ihr Paulinchen aus dem Gedächtnis aufgeschrieben, und diese Fassung weist doch einige Löcher wie Paulinchens Strümpfe auf. Macht nuscht, das vollständige Poem wurde ja damals gefunden, und wir sagen unserer Berliner Leserin herzlichen Dank für ihr spätes Bemühen.



Früher Winter in Masuren Bild: privat

Abschließen können wir nun das „Königsberger Brückenrätsel", das durch das Bild entstanden ist, das über dem Schreibtisch des Königsberger Lederkaufmanns Kremp hing. Sein Enkel **Manfred Kremp** hatte es aufgestellt, und jetzt ist es wohl dank der Zuschrift von Herrn **Peter Perrey** sicher, dass es sich um die „Grüne Brükke" handelt. Das meint auch Herr Kremp, der sich freut, dass seine kleine Frage eine so große Resonanz gefunden hat, und er möchte sich noch einmal bei unseren Lesern bedanken, auch im Namen seiner mitforschenden Großkusine, die er übrigens durch unsere Zeitung gefunden hat! Eigentlich bin ich etwas verwundert, dass nicht anschließend von Leserseite gefragt wurde, warum die „Grüne Brücke" so genannt wurde. Um es kurz zu machen: Sie erhielt ihren Namen nach dem „Grünen Tor", das die Kneiphöfische Langgasse gegen den Pregel und die Brücke abschloss und das einen grünen Anstrich hatte. Die Frage kam mir in den Sinn, weil unsere familieneigenen Brückenrätsel weitergehen, denn nun meldet sich ein Leser und fragt, warum die Honigbrücke eigentlich so heißt. Und seit wann sich dort Brautleute gemeinsam „verschließen" und den Schlüssel dann als Symbol ewiger Treue im Pregelschlamm versenken.

Die erste Frage kann ich einwandfrei beantworten. Ich selber hätte zwar darauf getippt, dass auf dieser Brücke einst die Beutner ihren Honig feilboten – so wie die Kleinhändler auf der Krämerbrükke in ihren Buden –, aber zum Glück gibt es das „Geschichtliche Straßenverzeichnis der Stadt Königsberg in Preußen" von 1924, und dem überlasse ich nun die Antwort. Da steht zu lesen: „Freibergs Chronik berichtet aus dem Jahre 1527, dass die Kneiphöfer zum Lohn für ihre Einwilligung in die Erbzeise (Herzog Albrecht war stets geldbedürftig und schloss alle nur möglichen Steuerquellen auf) Buden beim Dom und Honig erhalten hätten, wonach die Kneiphöfer von den neidischen Mitmenschen ‚Honigklekker' genannt worden wären. Dieser Spitzname übertrug sich auch auf die 1542 erbaute Honigbrücke und das zu dieser führende Honigtor." Die zweite Frage muss ich leider ungeklärt lassen, vielleicht kann sie jemand von unseren Lesern beantworten. Bei dem von russischen Brautpaaren anscheinend begeistert – seit wann? – ausgeübten „Schloss anbringen" mit anschließendem Schlüsselversenken handelt es sich ja um einen neuen Brauch, der territorial nicht begrenzt ist und manchmal auszuufern droht. Auch bei uns hat man schon Schlösser knacken müssen, weil Brückengeländer beschädigt wurden. Viele Fragen, die unsere Ostpreußische Familie erreichen, sind für die persönliche Beantwortung bestimmt und können auch so erfüllt werden. Und doch bringe ich diese oder jene gerne in unsere Kolumne ein, weil ich glaube, dass sie auch andere Leserinnen und Leser interessieren. Oder in ihnen Erinnerungen wecken wie meine Plauderei „Liebstöckel, Marienblatt & Co", wobei zu letzteren der Korinthenbaum zählt. Der ließ bei Frau **Ilse Thomann**, Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die Erinnerungen an den Schulgarten in Wesselshöfen bei Zinten wieder wach werden, denn in ihm stand ein Korinthenbaum mit seinen kleinen süßen Früchten. Frau Thomann hatte schon einmal im Heiligenbeiler Heimatblatt nach diesem Baum gefragt und außer einigen Fehlmeldungen auch eine richtige Antwort bekommen: Felsenbirne! Die Tochter des damaligen Lehrers, die sie gegeben hatte, brachte sogar zu einem Heimattreffen diese getrockneten „Korinthen" mit. Nun erhielt Frau Thomann sozusagen als „Margrietsch" die Bestätigung durch den Beitrag auf unserer Familienseite und noch Wissenswertes dazu. Liebe Frau Thomann, ich möchte mich noch bei Ihnen für die liebevollen Worte für die „immer wieder interessanten wöchentlichen Artikel in der *PAZ*" bedanken, und ich freue mich sehr, dass meine von Ihnen vorgelesene Erzählung „... und niemals kam ich nach Pörschken" (aus meinem Buch „Wo der Sprosser sang") auf dem letzten Treffen der Kreisgemeinschaft so viel Anklang gefunden hat.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Bild: Pawlik

Und da wir schon im Kreis Heiligenbeil sind: Jetzt ist doch etwas Licht in die Herkunft des Namens „Frisches Haff" gekommen. Ich hatte ja immer noch auf die Verbindung mit dem Flüsschen „Frisching" als Namensgeber getippt, weil ich meinte, dass es sich um eine prussische Bezeichnung handeln müsste. Hierzu erhielt ich von Frau **Beate Szillis-Kappelhoff**, die im Rahmen ihrer Ahnenforschergruppe Memelland bei dem genealogischen Lexikon genwiki tätig ist, wertvolle Hinweise. Ich kann nun mit Genugtuung feststellen, dass der Name Frisching tatsächlich prussischen Ursprungs ist. wie die Endung „ing" beweist, die auf ein Gewässer hindeutet. Der erste Namensteil wird mit dem prussisch-litauischen „versme", was so viel heißt wie Quelle, Strudel oder Bruch, in Verbindung gebracht. Das bestätigt auch eine Namensnennung aus dem Jahr 1576, wo der fast 90 Kilometer lange Flusslauf als „Vrisching" bezeichnet wird. Damit dürfte der Frisching aber nicht als Namensgeber für das Frische Haff in Frage kommen. Für dieses Gewässer findet man bei genwiki folgende Erklärung: „Die Prussen nannten das Haff Alsmaris, was ‚schnell bewegendes Haff' bedeutet und mit der deutschen Bezeichnung ‚frisch' korrespondiert." Danach könnte die These richtig sein, dass durch die Durchbrüche im Südteil der Nehrung „frisches, bewegendes Wasser" in das Haff gelangte und somit den Namen mitbestimmte. Aber eine Hintertüre lässt sich auch dieses Lexikon offen, denn es erwähnt auch die Deutung „Friesisches Haff" durch die am südlichen Haffufer angesiedelten Friesen. Herr Dr. **Siegfried Pelz**, Wyk auf Föhr, rief an und bestätigte diese Version. Der in Heiligenbeil Geborene beruft sich auf eine Karte aus dem 14. Jahrhundert, die er einmal gesehen hätte, mit der Bezeichnung „Friesisches Haff". Herr Dr. Pelz weist daraufhin, dass eine plattdeutsche Bezeichnung für die Friesen noch heute „Freesch" lautet. Auch diese Deutung klingt plausibel. Es kann also sein, dass beide Versionen einmal ineinander verschmolzen. Wir danken jedenfalls allen Informanten, die diese kleine Anfrage „Warum heißt das Frische Haff so?" zu einem mehrteiligen interessanten Geschichtsbeitrag werden ließen. Und gerne gebe ich diesen Hinweis von Frau Beate Szillis-Kappelhoff (E-Mail: kappelhoff.salzbergen@online.de) weiter an interessierte Leserinnen und Leser: „Wir können gut freiwillige Mitarbeiter gebrauchen, die ihre eigenen Familiendaten in den jeweiligen Orten einsetzen. Unser Team hilft gerne bei der Einarbeitung." (Hier das im Wachsen begriffene Portal Ostpreußen: http://wiki-de.genealogy.net/Portal:Ostpreußen)

Ein großes Dankeschön kam von Frau **Ursula Karge** aus Norden. Unser nochmaliger Hinweis auf ihre Suche nach Konfirmationsurkunden hat einen beachtlichen Nachschub erbracht, 40 sind es nun insgesamt geworden und viele nette Briefe und Hinweise auf persönliche Schicksale gab es dazu. Ihrem Schreiben lagen wieder einige der von ihr gestalteten Künstlerkarten bei, vor allem mit ostpreußischen Motiven. Und eines soll unsere heutige Familienseite schmücken, weil es so gut in diese Jahreszeit passt. Zwar schwimmen die Weihnachtsgänse noch auf dem offenen See, aber die masurische Landschaft hüllt sich schon in einen leichten Schneemantel.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Überlebenskampf im Hungerwinter

Aus den Erinnerungen eines Wolfskindes

Das Wiedersehen der beiden Königsberger Nachbarskinder, über das wir in unserer heutigen Kolumne berichten, löst mit Sicherheit bei anderen Leserinnen und Lesern auch eigene Erinnerungen aus. Bei denjenigen, die damals nach missglückter Flucht in der zerstörten Heimat zurückgeblieben waren und ziellos herumirrten oder als bettelnde Kinder nach Litauen gingen. Die einem Hungerwinter entgegensahen, von dem sich die heutige Generation keine Vorstellung machen kann, wenn sie von Armut spricht. Eine von ihnen ist **Gertraud Gross**, die in ihrem Buch „Wolfskind Traute" diese bitteren Jahre ihres Lebens festgehalten hat. Wir haben über dieses Buch schon in Folge 18 ausführlich berichtet – ich hole es jetzt noch einmal hervor und will einige Stellen bringen, die an diesen ersten Bericht anschließen und von dem Hungerwinter 1946/47 berichten, der für die damals neunjährige Traute und ihre ältere Schwester **Elfriede** zum Überlebenskampf wurde. Ihre Mutter war verhungert wie auch die beiden jüngeren Geschwister. So zogen die beiden Mädchen bettelnd durch das nördliche Ostpreußen, ihre engere Heimat, denn in Langenfeld stand – und steht noch – ihr Elternhaus. Im Sommer hatten sie sich noch von Feldfrüchten ernährt, die sie unter Lebensgefahr von den von Russen bewachten Feldern holten. Aber nun war es Spätherbst geworden, der Winter stand vor der Türe, ein harter ostpreußischer Winter, der schon früh begann. Gertraud Gross erinnert sich: „Es kamen die ersten Nachtfröste. Wir waren in einem Dorf bei Labiau, Krasdorf, und mitleidige Russen nahmen uns auf. Elfriede kam zu Kaukasiern, es waren ganz schwarzhaarige Leute, sie hatten, als sie ein Kind bekamen, eine Kartoffelkiepe mit Stricken an die Decke gehängt und schaukelten so ihr Kind. Mich nahm ein Armeearzt auf. Er war gut zu mir, ließ mir Kleidung anfertigen, sogar einen gesteppten Mantel, schickte mich auf die russische Schule. Er hatte ein Einfamilienhaus bezogen, das mit einem Zaun umgeben war. Elfriede ging es nicht so gut. Seitdem die Leute ein Baby hatten, wurde das Essen knapp, und sie schickten Elfriede weg. Sie kam zu mir ans Haus, und ich warf ihr Essen aus dem Fenster, dabei sind ihr die Hunde zum Verhängnis geworden. Einer biss ihr ein Stück Fleisch aus dem Bein. Die deutsche Haushälterin hatte wohl mitbekommen, dass ich Elfriede mit ernährte, sie war sehr böse zu mir. Als der Arzt nach Moskau versetzt werden sollte, wollte er mich mitnehmen, Elfriede nicht. Wir haben uns beraten und entschlossen wegzulaufen. Ich hatte meinen Steppmantel an und nahm so viel ich tragen konnte Lebensmittel mit. Die waren bald aufgegessen, der Hunger kam wieder, schlimmer als wir es je erlebt hatten. Der Mantel, die Schuhe verschwanden für Essen. Für den Mantel haben wir eine Kohlrübe bekommen. Statt Schuhe hatten wir die Füße mit Lumpen umwickelt, darüber Draht, damit es Halt bekam. Wir umkreisten die Standorte der Armee. Dort, wo ihre Küchenabfälle landeten, hatten wir das Glück, Fischköpfe, Kohlstrünke und Ähnliches zu finden, wenn niemand vor uns da war. In diesem Winter verhungerten mehr Deutsche als überlebten. Das Zauberwort war ‚Litauen', aber wir wussten nicht, wo das ist und wie man dorthin kommt. Ach, wie vermissten wir unsere Mutter, wie erzählten wir vom Essen und dem schönen Zuhause. Wie schön war es, bei Mutter in die Armbeuge gekuschelt einzuschlafen.

Es war ein eiskalter entsetzlicher Winter 1946/47 für alle Überlebenden. Es gab keine Haustiere mehr und Schauergeschichten wurden erzählt ... Ganz selten hat es eine Schöpfkelle Kascha von den Russen gegeben, sicher war es ihnen verboten worden, Deutsche durchzufüttern. Die einfachen Muschiks mussten auch hungern, man sah sie ihre ‚Ziegenbeinchen' drehen, Machorka und die Zeitung ‚Wahrheit' ließen sich gut rauchen. Noch ein bisschen Wodka dazu, sie waren zufrieden. Ein bisschen leichter wurde es, als die Bäume wieder Knospen bekamen und die Vögel zu nisten begannen. Dann hatte ich viel Erfolg beim Nester ausnehmen – verzeiht mir, ihr Vögel. Wir waren in der Zeit die Wolfskinder – friss oder du wirst gefressen, vom Tod." Soweit einige gekürzte Stellen aus dem Buch von Gertraud Gross „Wolfskind Traute", in dem sie mit ergreifend klaren Worten und ohne Selbstmitleid von diesen Schicksalsjahren ihrer frühen Kindheit erzählt. Das war Armut, bitterste Armut. Man sollte mit diesem heute viel zitierten Wort doch etwas vorsichtiger umgehen und es wirklich dort verwenden, wo es angebracht ist. (Gertraud Gross „Wolfskind Traute. Ein Tatsachenbericht", herausgegeben von Dodo Wartmann, epubli, Berlin 2011, 84 Seiten, 9,95 Euro, ISBN 978-3-8442-1232-7.) *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Zielasko-Dubies, Liesbeth, aus Treuburg und aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 102, am 27. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hoffmann, Elfriede, geb. **Zimmermann**, aus Königsberg, am 28. November
Jegelka, Helene, geb. **Petrick**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 28. November
Prinzen, Ruth, geb. **Schneider**, aus Tilsit, am 26. November
Schnabel, Ilse, geb. **Nickel**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 29. November
Warnat, Siegfried, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 29. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dörper, Else, geb. **Kehler**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 30. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 26. November

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

ZUM 95. GEBURTSTAG

Alexander, Heinz, aus Ortelsburg, am 26. November
Klingenberg, Ida, geb. **Schrage**, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, am 29. November
Wichmann, Walter, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 28. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grigo, Kurt, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November
Modregger, Charlotte, geb. **Schneider**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 27. November
Quoos, Aurora, geb. **Buddrus**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 26. November
Schlusnus, Dr. Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bronski, Hildegard, geb. **Czichy**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, am 28. November
Gleich, Bruno, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November
Kapteina, Heinrich, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. November
Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 27. November
Schnalke, Frieda, geb. **Bender**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. November
Weese, Gerda, geb. **Feyerabend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bucys, Marta, aus Ebenrode, am 30. November
Fladda, Willi, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 27. November
Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Koch, Käte, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Konopka, Irmgard, geb. **Priebe**, aus Osterode, am 29. Dezember
Langer, Frieda, geb. **Gropp**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 29. November
Martin, Grete, geb. **Zimelka**, aus Neidenburg, am 28. November
Nischik, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Oberdick, Erika, geb. **Sadlowski**, aus Wilhelmshöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. November
Riesner, Theresia, aus Neidenburg, am 1. Dezember
Rzadkowski, Margarete, geb. **Podschadly**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 29. November
Sokolowski, Helmut, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Magdalene, geb. **Pelz**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 27. November
Fauken, Hedy, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Konietzko, Günter, aus Treuburg, am 27. November
Pohl, Hilda, geb. **Petz**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 30. November
Rauert, Helene, geb. **Nagelski**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 27. November
Rohr, Christa, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, am 28. November
Stankewitz, Liselotte, geb. **Royla**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 29. November
Storch, Irmgard, geb. **Wietreck**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 30. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beckmann, Anneliese, geb. **Beba**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Bendszus, Urlich, aus Ansorge, Kries Elchniederung, am 29. November
Bohlmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November
Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember
Heinrich, Elli, geb. **Dehn**, aus Woytnicken, Kreis Samland, am 28. November
Jeske, Else-Eva, aus Adlig Tengen, Kreis Heiligenbeil, am 26. November
König, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 28. November
Kunst, Ursula, geb. **Wieberneit**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 30. November
Ladda, Helmut, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 27. November
Plennis, Traute, geb. **Wolter**, aus Monken, Kreis Lyck, am 28. November
Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Rietz, Arno, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. November
Schulz, Erna, geb. **Gehrke**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. November
Skielo, Erich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 30. November
Vogel, Hildegard, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bökenhaue, Eva, geb. **Leipacher**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Brozio, Heinrich, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 26. November
Felske, Margarete, geb. **Kötzing**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 27. November
Fielandt, Christa, geb. **Rösnick**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 30. November
Framke, Kurt, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 2. Dezember
Gniffke, Werner, aus Schuchten Kreis Treuburg, am 27. November
Hofer, Fritz, aus Schmilgen, Kreis Ebenrode, am 27. November
Jordan, Maria, geb. **Klein**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 27. November
Kreklau, Hildegard, geb. **Schernat**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. November
Kuhr, Else, geb. **Klimaschewski**, aus Babeck, Kreis Treuburg und aus Seliggen, Kreis Lyck, am 30. November
Kurrat, Christel, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Dezember
Kusch, Grete, geb. **Butzko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. November
Lankeit, Peter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 30. November
Löwedanz, Klaus, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 27. November
Müller, Christel, geb. **Rogowski**, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 1. Dezember
Nummert, Fritz, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 30. November
Olschewski, Elfriede, geb. **Mozarski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. November
Platter, Hildegard, geb. **Gazioch**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. November
Radtke, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Rümmler, Ruth, geb. **Schreinert**, aus Ebenrode, am 1. Dezember
Rutkowski, Fritz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. November
Schuster, Annemarie, geb. **Malluga**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember
Steiner, Ursula, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. November
Tessmer, Brigitte, aus Ebenrode, am 26. November
Wonneberg, Kurt, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 1. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Busse, Herbert, aus Thierenberg, Kreis Samland, am 28. November
Fischer, Ingrid, geb. **Kullak**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. November
Höfer, Hilmar, aus Rodelbach, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Jaksteit, Herbert, aus Mestellen, Kreis Heydekrug, am 30. November
Marchand, Hilmar, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 26. November
Mensel, Waltraud, geb. **Will**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 26. November
Müller, Eva, geb. **Kniest**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 27. November
Petrikat, Dieter, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 27. November
Schlutow, Christel, geb. **Kipar**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. November
Sdunek, Helmut, aus Ortelsburg, am 27. November
Theiß, Thea, geb. **Rieck**, aus Tulschen, Kreis Ebenrode, am 26. November
Tolkmitt, Alfred, aus Eisliethen, Kreis Samland, am 29. November

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Vom 19. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Kreisgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt, Diese Vorgabe zu erfüllen, würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.

Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen können, haben die Vertreter der Kreisgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilar persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreisgemeinschaft. Ihre *PAZ*

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 1. Dezember (bis 14. April 2013): **„Glanz und Elend. Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum“.** Die gemeinsam mit der Carl-Schirren-Gesellschaft Lüneburg erarbeitete Ausstellung zeigt die Geschichte der Herrenhäuser im Spannungsfeld zwischen Westeuropa und dem Russischen Reich. Über 200 Exponate spannen den Bogen von der Leibeigenschaft über die Befreiung der Bauern, der beginnenden Industrialisierung, die Russische Revolutionen bis hin zur Unabhängigkeit von Estland und Lettland und der Enteignung der Güter. Dort wirkten neben dem Adel Landarbeiter, Verwalter, Hauslehrer, Ärzte und Pastoren, deren Lebensart genauer betrachtet wird. Architekturmodelle, Möbel, Kleidung, Hausinventar, Fotos und Gemälde beleuchten das Miteinander über die Jahrhunderte. Der heutige Umgang mit diesem Kulturerbe im Baltikum wird thematisiert. Möglich wird dies durch die Zusammenarbeit mit Museen und Archiven in Lettland, Estland und Deutschland. Leihgaben aus deutschbaltischem Familienbesitz und dem reichen Bestand der Deutschbaltischen Kulturstiftung ermöglichen dies. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 7599511.

TERMINE DER LO

Jahr 2013

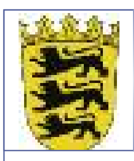
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
27. bis 29. September 2013: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
18. bis 20. Oktober 2013: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 24. November, 15.30 Uhr, ARD: Sterben ohne Glauben. Reportage. D 2012.
Sonnabend, 24. November, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1963: Das Begräbnis von JFK.
Sonnabend, 24. November, 20.15 Uhr, Vox: Der Traum vom Fliegen – Die Suche nach grenzenloser Freiheit.
Sonntag, 25. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 25. November, 14.10 Uhr, Arte: Böhmen – Land der hundert Teiche.
Sonntag, 25. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Schliemanns Erben. Grenzwall gegen die Barbaren – Der Limes.
Sonntag, 25. November, 23.45 Uhr, MDR: KZ-Geschäfte. Buchenwald und die Außenlager.
Montag, 26. November, 20.15 Uhr, ARD: Wilder Iran. Der deutsch-iranische Naturfotograf Benny Rebel zeigt „Unbekannte Paradiese“.
Montag, 26. November, 22.45 Uhr, ARD: Gott hat hohe Nebenkosten. Wer wirklich für die Kirche zahlt.
Dienstag, 27. November, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. „Der Alexanderplatz“.
Dienstag, 27. November, 21 Uhr, Phoenix: Stasikinder – Mein Vater war beim MfS.
Dienstag, 27. November, 23 Uhr, RBB: Auf die Nacht folgt der Tag. Doku über ehemalige Zwangsarbeiterinnen.
Mittwoch, 28. November, 20.45 Uhr, MDR: Kali, Kohle, Flusspat, Gips – Die neue Rohstoffjagd.
Mittwoch, 28. November, 21 Uhr, NDR: 100 Jahre Landleben. Unsere Heimat – Das Dorf.
Mittwoch, 28. November, 22.20 Uhr, Arte: Afrika – Der ausgeraubte Kontinent.
Mittwoch, 28. November, 22.45 Uhr, RBB: Good Night and Good Luck – Der Fall McCarthy. Medienpolitdrama, USA 2005.
Donnerstag, 29. November, 17.45 Uhr, 3sat: Supermacht Preußen – Der „alte Fritz“ und seine Erben.
Donnerstag, 29. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Damals in Ostpreußen. Dokumentation.
Freitag, 30. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Damals in Ostpreußen. Dokumentation.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



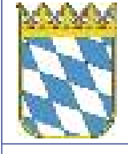
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 28. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: **Vortrag „Juden in Ostpreußen“ von Frau Dr. Ruth Leiserowitz.** Die deutsche Historikerin, Dr. Ruth Leiserowitz (gebürtige Kibelka), betreibt vornehmlich Forschungen im litauisch-russischen Raum Ostpreußens zum Thema Juden und Wolfskinder. Seit 2009 ist sie stellvertretende Direktorin des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Als Historikerin fühlt sie sich der Verständigung zwischen West und Ost verpflichtet. Ruth Leiserowitz wird in ihrem Vortrag Einblicke geben auf die Frage „Wie war das Verhältnis zwischen Juden und Einheimischen in Ostpreußen, wie lebten sie miteinander?“ Die Juden kamen relativ spät nach Ostpreußen und lebten vor allem in den Städten Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Rauschen, Cranz und den Landstrichen Tilsit, Ragnit, Heydekrug und Pilkallen. Durch Pogrome im Jahr 1881 in Russland begann eine große Auswanderungswelle der dortigen Juden nach Deutschland, also auch nach Ostpreußen. In der Region zwischen Nimmersatt an der Ostsee und Wystiten an der heutigen Grenze zwischen Polen, Litauen und dem Königsberger Gebiet spielten sich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfältige Modernisierungs-, Mobilisierungs- und Migrationsprozesse ab, die als Nationalismus begann und in der Judenvernichtung endeten. Die Landesgruppe lädt herzlich zur letzten Veranstaltung ihrer diesjährigen Vortragsreihe mit anschließender Diskussion ein.

Lahr – Donnerstag, 6. Dezember, Gasthaus Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch. – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus Zarko: Die Gruppe lädt zu einer Adventsfeier ein. Kuchen kann mitgebracht werden.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 9. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Adventsfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: **Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen.** Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen, der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. Gäste sind herzlich willkommen. Zu Weihnachten werden Königsberger Marzipan und Lebkuchen in kleineren Mengen vorbereitet. Bestellungen nimmt Frau Jahnke entgegen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: **Weihnachtsfeier.** Mit Musik, Liedern, Gedichten und Geschichten aus der Heimat möchte die Gruppe auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen.

Augsburg – Sonntag, 16. Dezember, 13 Uhr, Lokal „Tapas4you“, ehemals Riedinger Park: Weihnachtsfeier mit musikalischem Beitrag des Quartetts Rudemus.

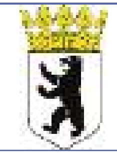
Bamberg – Mittwoch, 19. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: Vorweihnachtliche Feier.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Gaststätte Auf der Lände: Treffen der Gruppe Ordensland FFB zur Weihnachtsfeier.

Ingolstadt – Sonntag, 16. Dezember, 13 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Adventsfeier.

Nürnberg – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Adventsfeier.

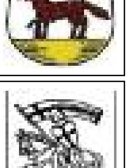
Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 16. Dezember, 16 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Bahnhofstraße 7: Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.



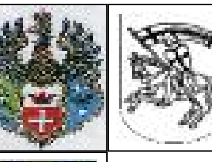
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



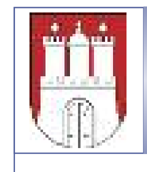


Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Gaststätte Oma Brink’s Kartoffelhaus, Club-raum, Gradeschitzerweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Heimatkreisgruppen. Anfragen für Gumbinnen nur bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg nur bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen nur bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatkreise. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 1. Dezember, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt): Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten sowie Literatur. In der Cafeteria wird für das leibliche Wohl gesorgt. Das Ostpreußenzimmer befindet sich im zweiten Stock.

Referat Kultur – Sonnabend, 8. Dezember, 14 bis 17.30 Uhr (Einlass 13 Uhr) Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, Telefon (040) 5278081: „Adventsfeier Landesgruppe“. Die Veranstaltung wird nach der Begrüßung mit dem gemeinsamen Singen des Heimatliedes „Land der dunklen Wälder“ beginnen. Dann folgt ein kulturelles Weihnachtsprogramm mit dem Ostpreußen-Chor (Vorsitzende Ilse Schmidt) und dem aus dem Memelland stammenden Schauspieler Herbert Tennigkeit. Den Chor dirigiert Hanna Guzinski und sie wird die Gruppe musikalisch in festliche Stimmung bringen. Aber auch das Mitsingen ist angesagt. Herbert Tennigkeit, geboren am 28. Februar 1937 in Gröszpelken, Kreis Tilsit/Ragnit, ein erfahrener Schauspieler, wird literarisch ein lebendiges Ostpreußen in voller Poesie und Humor demonstrieren. Auch Nachdenkliches über die Worte unserer Denker und Dichter wird den Teilnehmern nahegebracht werden. Die Veranstaltung leitet Kulturreferent Siegfried Grawitter, 22089 Hamburg, Evastraße 3b, Telefon (040) 205784. Das Hotel ist zu erreichen mit U1 bis Ochsenzoll, dann zirka 400 Meter Fußweg oder Bus 292 bis AK-Ochsenzoll. Übernachtungen sind möglich. DZ 70 Euro, EZ 50 Euro Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen. *H.G.S.*

Westpreußen – Dienstag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Hotel Tiefenthal, Wandsbeker Marktstraße (erste Etage, Fahrstuhl vorhanden): Festliches Adventstreffen. Die Festansprache hält Pastor i.R. Helmut Brauer, Lübeck. Musikalische Beiträge von Lm. Horst Sombert, Stuhm. Gäste sind willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 26. November um 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Manfred Samel zeigt einen Film neueren Datums „Flug über Nord-Ostpreußen (Elchniederungen). – Montag, 10. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.

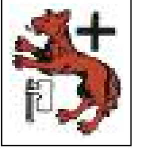
KREISGRUPPE



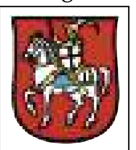
Elchniederung – Mittwoch, 5. Dezember, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, U- und S-Bahn-Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten zu erreichen: Treffen der Gruppe zu einem Adventsnachmittag mit heimatlichem Schabbern, weihnachtlichem Singen und Julklapp (bitte Päckchen mitbringen). Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 24. November, 14 bis 17 Uhr. Haus der Heimat, Teilfeld 8: Kulturelles Programm in Erinnerung an die Weihnachtsabende in der Heimat. Gegen 15 Uhr gibt es eine gemütliche Kaffeepause. Gäste sind herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Richtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Leitung: Hans Günter Schattling, Helgolandstr.27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379



Heiligenbeil – Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam am Sonntag, dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schätzkästchen Ostpreußen“, auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnhof Billstedt, U-Bahnhof Wandsbek-Markt und U-Bahnhof Hammer Kirche bis Bauerberg. Von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 30. November.



Osterode – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, am Bahnhof Ohlsdorf gelegen: Weihnachtsfeier der Gruppe. Sie beginnt mit einem reichhaltigen Mittagsbüffet. Der Preis für das kalt-warme Büffet beträgt 12 Euro pro Person. Bitte bis zum 12. Dezember anmelden. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Über zahlreiche Anmeldungen freut sich: Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors Hamburg

Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17, Hamburg: Der Ostpreußenchor gibt sein Weihnachtskonzert. Der Eintritt ist frei.

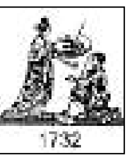
Die Kirche kann mit dem HVV-Bus vom U-/S-Bahnhof Barmbek mit den Linien 172 oder 7 bis Haltestelle „Hartzloh“ erreicht werden. Von dort aus sind es zirka noch sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Montag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: „Nun kommt für uns eine schöne Zeit“ mit einem bunten Teller voll Adventsgeschichten, Liedern und Gedichten. Bitte anmelden bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 1. Advent, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Zum Adventstreffen wird herzlich zu folgendem Programm eingeladen: Aktivitäten der Landesgruppe und des Salzburger Vereins 2012. Jahresrückblick mit Bildern. Ostpreußische Texte und Lieder in der Vorweihnachtszeit. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Sonntag, 9. Dezember, Bürgerhaus, kleiner Saal,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Rodenseestraße 5, 64390 Erzhausen: **Weihnachtsfeier.** Zur jährlichen vorweihnachtlichen Zusammenkunft sind alle Angehörigen und Freunde herzlich eingeladen. Gäste sind willkommen. Telefon (06150) 866666. Parkplätze sind vorhanden.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: **Vorweihnachtliche Feier** im Luise-Büchner-Haus nach der Kaffeetafel, bei der frohe und besinnliche Stunden verlebt werden, gemeinsam mit dem schon bekannten Jahrgangschor von Christian Keller. Auch Gedichte und kleine Geschichten kommen zu Gehör. Die Gruppe freut sich über jeden, der etwas beitragen kann.

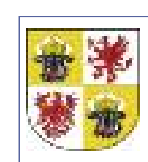
Dillenburg – Mittwoch, 12. Dezember: **Weihnachtsfeier.** Dietmar Balschun wird über das Lied „Es kommt ein Schiff geladen“, das aus dem weihnachtlichen Singen nicht wegzudenken ist, sprechen. Margitta Meier und Gerda Weber lesen „Von Pyramiden und Lichterengeln“ und von Leb- und Pfefferkuchen. – Bericht von der Monatsversammlung am Reformationstag. Pfarrer i.R. Dietmar Balschun sprach zunächst über Martin Luther, der am Vorabend des Allerheiligentages 1517 seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche in Wittenberg nagelte. Luther beschäftigte sich darin mit dem Ablass, mit dem man sich das Himmelreich erkaufen konnte. Er forderte auch zur Diskussion über die Missstände der katholischen Kirche auf. Der Ablassprediger Johann Tetzel warb mit dem berühmten Spruch „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegefeuer in den Himmel springt“. Damit wurde die Angst vor dem Jüngsten Gericht geschürt, dem sich jeder einmal stellen muss. In der Realität wurden die Ablassgelder zum Bau katholischen Kirchen, vor allem für den neuen Petersdom in Rom, verwandt. Luther wollte keine neue Kirche gründen, sondern nur die katholische Kirche reformieren und wieder in ihren urchristlichen Zustand zurückversetzen. Leider wird in den Schulen der heutigen Zeit, d.h. eigentlich schon seit langem, der Religionsunterricht sehr vernachlässigt oder fällt sogar aus. Das gilt auch für den Konfirmandenunterreicht, der sich oft mit Dingen beschäftigt, die nichts mit dem eigentlichen Sinn zu tun haben. Der Reformationstag wird heutzutage auch sehr oft durch das heidnische „Halloween“ verdrängt. Dieses Fest stammt ursprünglich aus Irland, wo man in der Allerheiligen/Allerseelennacht versuchte, mit allerlei Hokuspokus Kontakt mit den Toten aufzunehmen. Dietmar Balschun ging dann noch kurz auf das Leben Martin Luthers ein. Die meisten von uns kennen die Geschichte, dass Luther Mönch wurde, als der Student Martin während eines Gewitters, bei dem sein Freund neben ihm vom Blitz erschlagen wurde, verschont blieb. Im Kloster beschäftigte er sich intensiv mit der Vergebung der eigenen Sünden. Er versuchte, wie es Brauch war, durch Fasten und Geißelung seine Schuld abzutragen, bis er zu dem Schluss gelangte, dass Schuld nur durch Reue und vor allem durch Gottes Gnade vergeben werden kann. Anschließend sangen alle den ersten Vers des bekannten Lutherliedes “Ein feste Burg ist unser Gott, ein gute Wehr und Waffen…“. Im zweiten Teil des Nachmittags sprach Dietmar Balschun über Glaubensrichtungen, vor allem bezogen auf seine Heimatstadt Gumbinnen. Die Christianisierung setzte im Pruzzenland im 10. Jahrhundert ein. Der erste Missionar war Adalbert von Prag, der im Jahr 937 bei Tenkitten im Samland erschlagen wurde. Die Eingeborenen hingen Naturreligionen an und hassten die christlichen Prediger. Der erste Erzbischof für die Heiden war 1009 Brun von Querfurt. Wenig später rief der Fürst von Masuren, Konrad, den Deutschen Ritterorden ins Land, der künftig im Pruzzenland missionierte und das Land in Besitz nahm. Nach der Schlacht von Tannenberg 1410, bei der der Ritterorden besiegt wurde, ließ der Einfluss des Deutschritterordens nach. Der letzte Hochmeister, Albrecht von Brandenburg, führte (nach 1517) Gespräche mit Martin Luther, der ihm riet, den Ritterorden aufzulösen und ein weltliches Fürstentum einzurichten. Das geschah dann auch. Im neuen Fürstentum wurde die Reformation durchgeführt, Brandenburg wurde protestantisch. Im Jahr 1544 gründete Albrecht die Königsberger Universität, nach ihm „Albertina“ genannt, heute im russischen Kaliningrad Kant-Universität. Fürst Albrecht führte für Gottesdienste statt der lateinischen die deutsche Sprache ein und ließ den Katechismus ins Litauische, Polnische und Pruzzische übersetzen. Eine Gegenreform gab es in Brandenburg nicht. In Gumbinnen und den dazu gehörenden Gemeinden gab es im Jahr 1945 12 Glaubensrichtungen mit eigenen Kirchen. Die größte Gruppe waren die Lutheraner mit 22 000 Gemeindemitgliedern, zu ihrem Kirchspiel mit der Altstädtischen Kirche gehörten 3 Pfarrstellen. Die zweitgrößte Gemeinde waren die Salzburger, die ja als Protestanten aus dem katholischen Salzburg vertrieben wurden, mit eigener Kirche und Hospital. Die Neustädtische Kirche gehörte den Unierten, dem Zusammenschluss von Lutheranern und Reformierten. Dann gab es noch etwa 36 000 Calvinisten (Zwingli-Schweizer und französisch-reformierte Hugenotten), die römisch-katholische Kirche, die Baptisten mit 120 und die evangelische Gemeinschaft mit 20 Mitgliedern, außerdem die evangelische Freikirche, Adventisten und Mennoniten mit je 9 Mitgliedern, eine kleine griechisch-orthodoxe und seit 1767 eine jüdische Gemeinde von (im Jahre 1925) 225 Mitgliedern mit eigenem Bethaus und Friedhof. Alle lebten friedlich nebeneinander nach dem Motto des „Alten Fritz“: „In meinem Land soll jeder nach seiner Façon selig werden“. Es herrschte stets ein reges Gemeindeleben.

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Überall kommen dieser Tage Landsleute zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich Beirichte über Advents- und Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Kassel – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28, 34134 Kassel: **Advents- und Vorweihnachtsfeier** mit Dorothea Deyß und Pfarrer i.R. Alfred Scherlies. – **Heimatnachmittag im November** – Beim Novembertreffen klang gewissermaßen ein „Hohes C“ an. Das Thema „Zeitnot und Zeitverlangsamung“ eröffnete einen tiefen Raum zum Nachdenken und Philosophieren. Referent war der seinerzeitige Direktor der Evangelischen Akademie Hofgeismar, Pfarrer i.R. Dr. Helmut Gehrke. Der Vortrag gliederte sich in drei Kapitel. „Von der Zeitnot“, „Zeitverlangsamung“ und „Was ist eigentliche Zeit?“ Eine zentrale Aussage macht stutzig. Oft hört man ja die Klage „Ich habe keine Zeit.“ Dabei können wir gegenüber unseren „Altvorderen“ viel Zeit einsparen, denn weite Wege entfallen jetzt vielfach, haben wir doch Telefon oder schnelle Fortbewegungsmittel, um Anstehendes zu klären. Man denke nur an die Zeitersparnis, welche beispielsweise Waschmaschinen oder andere Hilfsmittel bringen. Und doch hatten die Menschen früher mehr Zeit zur Muße als heute. Können sie überhaupt noch zu sinnvollen Entscheidungen kommen, wenn sie in der Tageshetze beim Gegenwärtigen oft schon den nächsten Schritt im Auge haben? Für ein vernünftiges, bewusstes Leben ist also Zeitverlangsamung notwendig. Zur Ruhe kommt aber nur, wer das Neinsagen lernt. Dadurch erst gewinnt man den Raum für das Nachklingen und Verarbeiten des Erlebten. Dann ist es nicht mehr weit zu der Erkenntnis, dass wir uns wie unsere Vorfahren „festmachen an Gott, dem einzigen festen Ufer im reißenden Strom der Zeit“, wie es der Vortragende einprägsam formulierte.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: **Weihnachtsfeier der Frauengruppe.** – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Haus an der Martinskirche, Schlossplatz 4: **Vorweih-nachtliche Feier** mit Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, einem besinnlichen Programm und netten Menschen. Die besinnliche Ansprache hält Pfarrer Dr. Holger Saal. Musikalisch erfreuen Helmut Domes (Bariton), Ulrike Wilhelm (Flöte), Horst Wilhelm (Flügel) und der Frauenchor unter Leitung von Liesel Zekert die Gäste.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonntag, 2. Dezember, 13 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam (Baustraße / Nähe Markt): **Adventsfeier** der Gruppe. Eingeladen sind alle Landsleute von nah und fern, Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung 2012 mit einem Jahresrückblick und den Vorhaben für 2013. Ein Ohrenschmaus wird die „Seemanns-Weihnacht“ – ein Konzert des Shanty-Chores Karlshagen – sein. Vorbereitet sind eine gemütliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Im Volkshaus ist zugleich die letzte Gelegenheit, noch Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese sollen wie jedes Jahr im Dezember zu den deutschen Vereinen ins Memelland gebracht werden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: **Adventsfeier.** Die Gruppe wird einen Basar mit weihnachtlichen Bäckereien und Basteleien aufbauen und in eigener Gestaltung weihnachtliche Texte vortragen und Lieder singen. – **Bericht über die Versammlung vom 14. November** – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hatte den Pommern Erhard Brüchert zu Gast, der Texte auf pommersch Platt vorlas und die Besonderheiten dieser Sprache erläuterte. Er las Texte aus der niederdeutschen Bibel von Bugenhagen und von Runge das Märchen „Van den Fischer und sine Frau“ bis hin zu derben Texten von Fritz Reuter. Das pommersche Platt hat gegenüber dem ostpreußischen Platt den Vorteil, dass es weiterhin in Deutschland in Vorpommern gesprochen werden wird.

Osnabrück – Sonntag, 9. Dezember, 15.30 Uhr, Osnabrück-Halle: **Adventsfeier.** Anmeldung bei Gertrud Franke, Telefon 67479 oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Dienstag, 18. Dezember, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Rintelner Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger. Ein interessanter Vortrag erwartet alle geschichtlich Interessierten. „Von der Rhone zum Rhein – Vortrag zur Entwicklung der deutschen Westgrenze“. Der Vorsitzende Ralf-Peter Wunderlich wird über die Entwicklung der deutschen Westgrenze referieren. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen erteilt Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – **Wichtige Mitteilung:** Das Konzept zur Ausrichtung des Parlamentarischen Abends am 27. November im Landtag Düsseldorf lautete: Alle Interessenten sind eingeladen. Es besteht auch die Möglichkeit vom Landtag aus an den Rhein zu gehen und sich dort umzusehen. Jetzt erreicht die Gruppe die Nachricht, dass die Landesgruppe leider nur acht Teilnehmer stellen darf. Da wir wissen, dass sich einige Gruppen für den Besuch des Landtages entschieden haben, müssen wir leider bedauerlicherweise auf deren Unterstützung verzichten.

Bad Godesberg – Mittwoch, 19. Dezember, ab 17.30 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Bielefeld – Donnerstag, 6. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt und Literaturkreis.

Bonn – Sonntag, 9. Dezember, 15.30 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: **Adventsfeier** der Gruppe. Gäste sind herzlich eingeladen. Der Weihnachtsmann hat sich angesagt. – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Remigiuskirche, Brüdergasse: Ökumenischer Adventsgottesdienst.

Dortmund – Montag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Weihnachtsfeier der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 13. Dezember, 19.30 Uhr, GHH / Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Eichendorff-Saal: **Weihnachtsfeier der Ostpreußen.** – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: **Adventsfeier der Memelländer** – 15. Dezember, 18 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße (Derendorf): Gottesdienst für alle Landsmannschaften. Ab dem 22. Dezember 2012 bis einschließlich 1. Januar 2013 ist das Gerhart-Hauptmann-Haus geschlossen.

Ennepetal – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Rosine: **Weihnachtsfeier der Ostpreußen.**

Essen – Freitag, 7. Dezember, 15 Uhr, Marienheim, katholische Kirchengemeinde St. Maria Himmelfahrt, Schmitzstraße 8, 45143 Essen: **Advents- und Weihnachtsfeier** der Gruppe. Die Schmitzstraße ist in der Nähe der Kreuzung Altendorfer Straße/Helenenstraße und mit den Straßenbahnen 101, 103, 105, 106 und 109 gut zu erreichen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Saal der Herz-Jesu-Kirche, Wiesdorf, Marktplatz 1: **Traditionelles heimatbezogenes Weihnachtsfest.** Alle Mitglieder mit Familien, Freunden und Gästen sind herzlich eingeladen. Kaffeetafel ab 14.30 Uhr, Programmbeginn mit Krippenspiel, Chor und anderen Aufführungen ab 15 Uhr. Anmeldung erforderlich bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss – **„Zeitgemäß wie vor 60 Jahren“** – Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, fand am Sonntag, 11. November, eine große Fest- und Gedenkveranstaltung statt. Über 230 Freunde und Gäste waren gekommen. Der Vorsitzende Peter Pott begrüßte nach Heimatliedern, vorgetragen vom Quartettverein Sängerbund 1859 Büderich unter der Leitung von Dr. Winfried Küttner, sowie lobenden Grußworten des Schirmherrn, Bürgermeister Herbert Napp, Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Jürgen Zauner, dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, den Festredner Gottfried Hufenbach. Der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Hamburg hatte kein gefälliges Loblied, sondern eher einen Vortrag vorbereitet, in dem er die provokante Frage diskutierte: „Sind die Landsmannschaften und damit auch ihre Kreisgemeinschaften heute noch zeitgemäß?“ Damals wurden mehr als 14 Millionen Menschen vertrieben. Einige von ihnen haben in Neuss eine neue Heimat gefunden. Die Vertriebenen und Flüchtlinge taten sich zusammen, um im Kreis von Landsleuten über die Heimat sprechen zu können, Mundart und Brauchtum zu pflegen. Von diesen Aufgaben hätten sich in diesen Jahrzehnten die Aufgaben erheblich verändert. Deshalb seien sie aber weder bedeutungslos noch weniger zeitgemäß geworden. Wichtig sei, die Erinnerung und Kultur zu bewahren und der Öffentlichkeit bewusst zu machen. Hufenbach: „Wenn nicht wir, wer dann?“ Nach der beeindruckenden Rede zeichnete der Festredner, Gottfried Hufenbach, den Vorsitzenden Peter Pott mit dem Goldenen Ehrenzeichen aus. Nach dem offiziellen Teil feierte die Gemeinschaft den runden Geburtstag mit einem gemütlichen Beisammensein. Jugendliche Bläser der Musikschule Neuss mit ihrem Lehrer Thomas Heckers trugen sehr professionell zwei Musikstücke aus dem Repertoire der Musikschule vor und zwei ostpreußische Volkslieder zum Mitsingen. Einen farbenfrohen Abschluss bildete die Präsentation der ostpreußischen Trachten, die sich die Mitglieder der Landsmannschaft im Laufe der Jahre angefertigt hatten oder sich hatten anfertigen lassen. Frau Agathe Skirlo hatte die Damen ihrer Frauengruppe um Mitwirkung gebeten. Es konnten Trachten aus fünf verschiedenen Gebieten Ostpreußens gezeigt und von Frau Dr. Bießner (erste stellvertretende Vorsitzende) erklärt werden. Die Herren in ihren verschieden farbigen Westen mit Jostenband hielten den Damen den Rücken frei.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: **Weihnachtsfeier.** Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (fünf Euro pro Gedeck). Ein geistliches Wort zur Weihnachtszeit wird Otfried Schaffelke an die Gruppe richten. Gäste sind immer herzlich willkommen!

Witten – Montag, 17. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier. Die Gruppe verbringt ein paar besinnliche Stunden zum Singen und Musizieren.



RHEINLAND-PFALZ

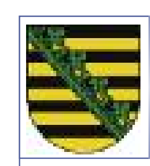
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 20. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: die Damen treffen sich zur heimatlichen Kaffeestunde.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Saal der Neustadter Trachtengruppe (Fröbelstraße 26, Erdgeschoss): **Vorweihnachtliche Feier.** Es wirken im musikalischen Teil Christel Ochsenreither und Erich Lemke mit. Die Gruppe bittet um Kuchenspenden für die Kaffeetafel.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

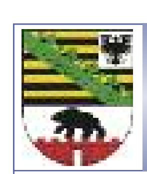


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 14. Dezember, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: **Treffen der Frauengruppe**. – Mittwoch, 19. Dezember, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: **Treffen der Wandergruppe**. – Am 26. Oktober trafen sich die Landsleute der Kreisgruppe zu ihrer **Wahlveranstaltung**. Die Begrüßung wurde von der Kreisvorsitzenden Sieglinde Langhammer durchgeführt. Als Tagungsleiter arbeitete Liesbeth Krüßel und führte souverän durch den Tagesablauf. Sieglinde Langhammer legte Rechenschaft ab über die geleistete Arbeit der letzten zwei Jahre. Sie wurde durch den plötzlichen Tod von Gertrud Altermann gebeten aus Liebe zur Heimat und den ostpreußischen Landsleuten weiterzuarbeiten und das Amt der Vorsitzenden zu übernehmen. Sie betonte in ihrem Bericht, ihre Kraft auch weiterhin einzusetzen. Für die gute Zusammenarbeit und Treue bedankte sie sich bei allen Teilnehmern. Ingrid Labuhn als Stellvertreterin und Kulturbeauftragte berichtete über ihre Arbeit und gab für das neue Jahr die Themen der Veranstaltungen bekannt. Sie bedankte sich für die rege Teilnahme an den Veranstaltungen und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit. Schatzmeisterin Karin Janella legte Rechenschaft ab über die finanziellen Mittel der Kreisgruppe. Als Revisor brachte Kurt Weise seinen Rechenschaftsbericht zu Gehör und sprach ein großes Lob aus an die Schatzmeisterin. Hildegard Bartkowiak legt aus persönlichen Gründen ihr Amt als Schriftführerin nieder. Sieglinde Langhammer bedankte sich mit rührenden Worten und Blumen bei Hildegard Bartkowiak für ihre sehr gute Arbeit. Der alte Vorstand wurde durch die Tagungsleiterin Liesbeth Krüßel mit Dankesworten verabschiedet. Anschließend wurde ordnungsgemäß die Wahl des neuen Vorstandes durchgeführt. Das Wahlergebnis wurde von Frau Krüßel bekanntgegeben. Die Mitglieder des Vorstandes wurden alle mit 100 Prozent Wahlergebnis gewählt. Der Vorstand zog sich zur Beratung zurück und führte eine konstituierende Sitzung durch. Als Vorsitzende Kreisgruppe Chemnitz wurde vorgeschlagen und gewählt Sieglinde Langhammer. Der neue Vorstand stellt sich vor: 1. Vorsitzende Sieglinde Langhammer, 2. Stellvertreterin und Kulturbeauftragte Ingrid Labuhn, 3. Schatzmeisterin Karin Janella, 4. Schriftführerin Hannelore Kedzierski, 5. Revisor Kurt Weise, 6. Revisor Harald Kedzierski. Für die nächsten zwei Jahre versprach der neue Vorstand weiterhin niveauvolle Veranstaltungen durchzuführen. Das anschließende Kulturprogramm von Ingrid Labuhn bildete einen harmonischen Abschluss der Wahlveranstaltung. Nicht nur Erwachsene wirkten mit im Kulturkreis Simon Dach, sondern viele Kinder musizierten und sangen. Sie erhielten großen Beifall. Sieglinde Langhammer gab weitere Informationen.

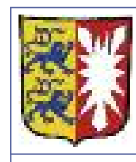
Leipzig – Heimatnachmittag des BdV-Kreisverbandes in der Begegnungsstätte „Kregeline“ – Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Peter Wolf sang der Chor „Lied der Heimat“ die drei Hymnen der Landsmannschaften und als Auftakt für den Vortrag über Königsberg das Lied „Wer einst Königsberg sah“. Frauenreferentin Dora Arnold hat es verstanden in einem gut gegliederten Vortrag alles das zu erwähnen, was die schöne und stolze Hauptstadt Ostpreußens ausmachte. Stadtgründung und geschichtliche Entwicklung wurden ebenso genannt wie prägende Bauwerke, die Bedeutung als Hafen- und Handelsstadt, aber auch als Stadt der Kultur und Wissenschaften durch die Gründung der Universität und die Königsberger Persönlichkeiten, die Weltgeltung erlangten. Im zweiten Teil des Vortrags berichtete Dora Arnold von ihren persönlichen Erlebnissen im Jahre 1944. Sie durchlebte als Kind die großen Luftangriffe der britischen Bomberverbände im Sommer 44, die Königsberg in Schutt und Asche legten und Tausenden Menschen das Leben kostete. Diese sinnlose Bombardierung ist vergleichbar mit der Zerstörung Dresdens, und es schmerzt Dora Arnold, dass jedes Jahr an Dresden erinnert, aber niemals Königsbergs gedacht wird. Der berührende Bericht schloss mit dem Satz, dass in dieser Nacht des Schreckens und der vielen tausend Toten eine Mitbewohnerin ihr Kind zur Welt brachte. Dora Arnold beendete ihren Vortrag mit dem Gedicht von Herman Wischnat „Meine Stadt“. Alle Heimatfreunde hatten ergriffen zugehört und manchen standen Tränen in den Augen. Anschließend kam Christa Kirstein zu Wort. Sie ist Leipzigerin, war aber als Kind nach Ostpreußen verschickt worden und hat über ihren Aufenthalt dort ihre Erinnerungen für die Kinder aufgeschrieben, aus denen sie einige Erlebnisse vorlas. Nach der Kaffeepause folgte das Kulturprogramm des Chores mit Liedern aus Ostpreußen und Pommern. Die Chorleiterin Rosa Wegelin ist immer bemüht, etwas Neues zu bringen, und so wurde zum ersten Mal das heitere „Kartoffellied“ der Pommern gesungen. Auch Herbstlieder standen auf dem Programm, ebenso Gedichte aus den heimatlichen Regionen, vorgetragen von Frau Dettbarn, Frau Link und Inge Scharrer. Als bewährte Moderatorin führte Irmgard Schäfer durch den Nachmittag. Zuletzt konnte auch Peter Wolf noch von seiner Königsbergreise berichten, die er vor kurzem mit dem Richard-Wagner-Verein unternommen hat. Er ergänzte seinen Bericht mit Bildern aus dem heutigen Königsberg. Die Zeit verging leider viel zu schnell und die Verabschiedung fiel darum etwas überstürzt aus, aber herzlicher Beifall und Dankesworte an die Mitwirkenden zeigten, dass es allen gefallen hat.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Freitag, 14. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte Zum Krug: **Weihnachtsfeier** in Weteritz mit Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung der **Novemberrunde** erinnerte Gisela Brauer an die Gedenktage des Monats: Allerheiligen, Volkstrauertag und Ewigkeitssonntag (Totensonntag). Dazu hatte sie ihr Gedicht „Ewigkeitssonntag“ mitgebracht. Katharina Makarowski setzte das Thema „Rheinsberg“ aus der vorigen Runde fort. Schloss Rheinsberg und der Ort sind ein Teil preußischer Geschichte. Friedrich II. verlebte dort unbeschwerte und schöpferische Jahre bis zu seiner Krönung im Jahre 1740 zusammen mit seinem Bruder Prinz Heinrich, der sein Leben lang dort blieb, Rheinsberg weiter entwikkelte und verwaltete. So ließ Prinz Heinrich unter anderem im Park einen „Tempel für teure Verstorbene“ 1790 als symbolisches Grabmonument im Park errichten, das 1992 wieder hergerichtet wurde. Auch die Grabstätte von Prinz Heinrich wurde wieder instandgesetzt. Die kleine Stadt Rheinsberg hatte anfangs nur 650 Einwohner, sie brannte 1740 ab. Nur das Schloss und eine Straße wurden gerettet. Die Gebäude wurden dann „mit Steinen“ einoder zweigeschossig wieder aufgebaut. Seit 2001 gibt es dort ein modernes Hotel, bekannt ist die Keramik- und Porzellanherstellung. Jedes Jahr im Oktober findet dort ein Topfmarkt statt. Rheinsberg ist auch Musikstadt und setzt damit die Tradition Friedrichs des Großen fort. Es befinden sich dort die Bundesakademie für Musik und die Landesakademie. Auf der Insel im See soll sich der Legende nach die Grabstätte von Remus befinden, der mit seinem Bruder Romulus Rom gegründet haben soll. Im Dreißigjährigen Krieg sollen sich die Einwohner Rheinsbergs auf die Insel geflüchtet haben. – Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Erfolgreiche Zusammenarbeit: Edeltraut Dietel, LO-Landesvorsitzende Thüringen, und Henryk Hoch, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, unterzeichnen einen Freundschaftsvertrag Bild: privat

Landesgruppe – Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages – Anfang November weilten Mitglieder der Landesgruppe Thüringen unter der Leitung der Landesvorsitzenden Edeltraut Dietel in Osterode. Begleitet wurden sie von Herrn Schütz, Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle des BdV-Landesverbandes Thüringen. Ausgangspunkt dieses Besuches in Osterode war das Treffen im Sommer in Allenstein, bei dem die Beteiligten in Gesprächen über den Abschluss eines Freundschaftsvertrages diskutierten, da dieser für die weitere Entwicklung und als Hilfe für unsere ostpreußische Heimat vor allen Dingen für die junge Generation sehr wichtig ist. Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gesellschaften im Ermland und Masuren, Henryk Hoch, war von diesem Gedanken sehr angetan. So wurde in Vorgesprächen und Verhandlungen und im gegenseitigen Einvernehmen mit der Deutschen Gesellschaft Ermland und Masuren dieser Freundschaftsvertrag zum Abschluss gebracht: „Der Freundschaftsvertrag bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit, dient dem gegenseitigen Kennenlernen, der gegenseitigen Hilfe und der Förderung der landsmannschaftlichen heimatpolitischen und kulturellen Arbeit der Verbände. Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Thüringen e.V., unterstützt durch ihr Wirken die Geschlossenheit der Deutschen im Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen. Beide Verbände pflegen enge Kontakte. Die Landesgruppe Thüringen unterstützt das Erlernen der deutschen Muttersprache durch Bereitstellen von Lehrmaterialien in Schulen und bei der deutschen Minderheit. Die Landesgruppe unterstützt den deutschen Sprachunterricht in Form von Kinder- und Jugendtreffen in Thüringen mit Kindern und Jugendlichen aus dem Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Gegenseitige Hilfe beim Bewusstmachen des ostdeutschen Kulturgutes, um an einem friedlichen Europa mitzuwirken. Den Kindern und Jugendlichen die regionale Landeskunde und die ostdeutsche Geschichte zu vermitteln. Gegenseitige Teilnahme an Veranstaltungen, Organisation oder Unterstützung von Auftritten der Kulturgruppen.“ Diese Punkte sind Inhalt des Freundschaftsvertrages mit dem Verband der Deutschen Gesellschaften Ermland und Masuren. Die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages fand am 8. November im „Deutschen Haus“ in Osterode statt. Der Vorsitzende des Verbandes Henryk Hoch und die Landesvorsitzende Edeltraut Dietel unterzeichneten in Anwesenheit weiterer Mitglieder der Deutschen Gesellschaften diesen Vertrag. In einer kleinen Feierstunde fand diese Zeremonie, untermalt mit deutschen Heimatliedern gesungen vom Chor „Tannen“ Osterode statt. Im Anschluss fanden noch viele Gespräche über die Heimat und die gemeinsame Zukunft statt. Es ist für alle ein politischer Auftrag, diesen Freundschaftsvertrag mit Leben zu gestalten und durchzuführen, unter Einbeziehung unserer jungen Menschen, für ein vereintes und friedliches Europa.

Hilfe für Euch

Kiel/Wiefelstede – Sonnabend, 24./Sonntag, 25. November, Stadthotel Oldenburg, Eversten, Hauptstraße 40: Die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ stellt ihre Handarbeiten aus, die in einem „Hilfe-zur-Selbshilfe-Projekt“ in Ostpreußen gearbeitet wurden.

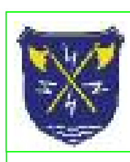
Zwanzig Frauen haben gestickt, genäht und gehäkelt, um Schönes und Praktisches für Wohnzimmer, Küche und Bad herzustellen. Die Frauen stellen diese Dinge her, um für sich und ihre Familien ein Zubrot zu ihrem schmalen Einkommen zu verdienen.

Ulrike Madeya

Die Ausstellung ist jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Deutsche Ortsnamen – Es geschieht immer häufiger und bleibt ein Ärgernis: In Tages- und Wochenzeitungen, im Fernsehen und im Radio wird von einem Ereignis, einem Besuch, einer Reise in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien oder Tschechien berichtet, und der Berichterstatter nennt nur polnischen oder tschechische Ortsnamen, selbst wenn von Stettin, Breslau, Bromberg, Allenstein, Reichenberg oder Frauenburg die Rede war. Diese deutschen Ortsnamen kommen in den Berichten nicht einmal in verschämten Klammern vor. Erst im August wurde in den Fernsehnachrichten berichtet, das Schiff „Arctic Sea“ sei in Kaliningrad überholt worden. Von Königsberg kein Wort. Ohne Zögern nennt man in der Presse und im Fernsehen die deutsche Form ausländischer Städte, spricht von Rom, Moskau, Prag und Jerusalem. Nur die deutschen Ortsnamen alter deutscher Städte im verlorenen Osten Deutschlands gehen diesen Journalisten nicht über die Lippen. Das sollten wir, denen die Jahrhunderte der deutschen Geschichte unserer Heimat am Herzen liegen, nicht wortlos hinnehmen! Zwar wird man versuchen, uns, wenn wir uns empört zu Wort melden, mit dem kalten Hinweis darauf abzuwimmeln, dass es sich jetzt um polnische Städte und Dörfer handelt. Die härter Gesottenen unter den Journalisten werden uns unterstellen, dass wir wohl gar die Geschichte revidieren und alte Ansprüche auf Rückgabe stellen, wenn wir den Gebrauch der deutschen Ortsnamen einfordern. Dem sollten wir unentwegt und unerschütterlich entgegenhalten, dass wir das Andenken an die lange, reiche und verdienstvolle Geschichte dieser Orte als deutsche Siedlungen auf damals deutschem Reichs- und Sprachgebiet wach halten wollen. Was steckt hinter diesem ausschließlichen Gebrauch der polnischen Ortsnamen? Da mögen Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit und der Hang zur Flüchtigkeit im Spiel sein. Viele Journalisten wissen es wahrscheinlich nicht besser; sie hören, ganz dem Augenblick geweiht, nur kurz mal hin, hören einen polnischen Ortsnamen und wissen nichts von der deutschen Vergangenheit der Gegend. Die Kenntnis der Geschichte gehört nicht zum Rüstzeug dieser Sorte Journalisten, so wie die meisten ihrer Leser nichts über die Geschichte Ostdeutschlands wissen. Man kann diesen selbstzufriedenen Ignoranten nicht einmal eine böse Absicht unterstellen. Wenn man dann aber nachhakt, stößt man doch auf überlegtes Handeln derer, die sich im Gebrauch der polnischen Ortsnamen hervortun: Sie behaupten, der Völkerfreundschaft, der Verständigung, dem europäischen Geist und gar der Versöhnung unter den Völkern zu dienen, wenn sie devot, servil, würdelos und sühnesüchtig die deutsche Geschichte dieser Provinzen auslöschen und so tun, als handle es sich bei den erwähnten Namen um seit jeher polnisches Territorium. So wird uns unsere Heimat ein zweites Mal genommen, diesmal von deutschen Erfüllungsgehilfen derer, die in der Vertreibung kein Unrecht sehen. Manchen von uns wird dieses Verdrängen der deutschen Vergangenheit ärgern und mit Missbehagen erfüllen, aber er unterlässt es, seine Empörung denen mitzuteilen, die sich, sei es aus Bequemlichkeit, aus Ignoranz oder aus Liebedienerei, mit den polnischen Ortsnamen zufrieden geben. Es braucht schon einen Entschluss, die Empörung auch an der richtigen Adresse vorzubringen. Wenn wir dieses geschichtsvergessene, unterwürfige und wahrheitswidrige Treiben nicht hinnehmen wollen, müssen wir uns mit begründetem und zahlreichem Protest dort zu Wort melden, wo solche Geschichtsklitterung alltägliche Übung ist, bei den Redaktionen der Fernsehanstalten und der Zeitungen. Um

es deutlich zu sagen: Wir bestehen auf nicht mehr, aber auch nicht weniger als darauf, dass man mit der Erwähnung der deutschen Ortsnamen jetzt polnischer Orte (und sei es in Klammern) der Wahrheit der Geschichte Rechnung trägt. Es zeigt sich immer wieder in der Praxis: Wenn man als Vertriebener oder allgemein als Besucher im Gespräch mit polnischen Menschen (die selbstverständlich und meist sehr bewusst die polnischen Ortsnamen verwenden) die deutschen Ortsnamen benutzt, werden zwei Positionen geklärt, die im täglichen Umgang miteinander geklärt werden müssen. Eine sehr komplexe Situation wird etwas durchsichtiger. Es fließt kein Blut, und es entsteht kein böser Wille: beide Seiten haben ihren Standpunkt dargelegt und können danach auf dieser Grundlage ganz ordentlich miteinander umgehen. Keiner braucht seine Würde oder seine Geschichte zu opfern oder

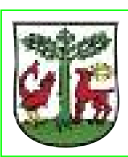
sich zu verbiegen. Es geschieht sogar hin und wieder, dass ein feinfühliger Pole im Gespräch mit einem heimatvertriebenen Besucher den deutschen Namen des Ortes verwendet eine wohlbedachte, souveräne Geste des guten Willens. Ein deutscher Journalist könnte sich an einem solchen Umgang mit der Geschichte ein Beispiel nehmen. Es sind meist die oben genannten Journalisten, die zu bequem oder zu arrogant sind, dieser gewiss schwierigen Situation dadurch Rechnung zu tragen, dass sie die deutschen Ortsnamen verwenden. Das verlangt allerdings etwas mehr Recherche von ihnen, als sie bisher zu leisten bereit waren. Das müssen wir als Hörer und Leser mit ostdeutschen Wurzeln von ihnen einfordern, und zwar so, dass sie unseren Protest nicht wie bisher überhören können. Darum: Bitte richten Sie Ihren begründeten

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Protest an jene, die in den Redaktionen für derlei zuständig sind, und verlangen Sie nachdrücklich eine Änderung dieser ärgerlichen Praxis.

Rosemarie Krieger



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Liebe Landsleute! Hiermit lade ich die Braunsberger und Ermländer für Sonnabend, den 1. Dezember, 14 Uhr zum vorweihnachtlichen Treffen in den „Handelshof“ in Mülheim/Ruhr herzlich ein. Über eine rege Beteiligung würde ich mich herzlich freuen.

Manfred Ruhnau
Kreisvertreter.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

60 Jahre Insterburger Treffen: Mit Vergangenheit in die Zukunft – Vom 20. bis 23. September trafen sich die Insterburger aus Stadt und Land zum 60. Mal in der Patenstadt Krefeld. Auch in diesem Jahr kamen Landsleute aus ganz Deutschland ins Gemeindezentrum der Krefelder Friedenskirche. Im Vorfeld hatten sich am Donnerstag Ratsversammlung und Heimatgruppenleiter im Alten Uerdinger Rathaus getroffen zur Eröffnung und Besichtigung der neugestalteten Insterburger Heimatstube mit fachkundiger Vorstellung und Führung durch Audlind Vohland. Am Freitag kamen Mitglieder und Ratsversammlung zur Jahreshauptversammlung im Rathaus Krefeld zusammen. Traditionell nahmen Vertreter der Patenstadt an der Sitzung teil: die ehemalige Krefelder Ratsfrau Eva Staudacher, der Krefelder Sozialamtsabteilungsleiter Uwe Raatz, der ehemalige Vorsitzende des Kreisvertriebenenrates Carl Friedrich Karg sowie Jürgen Hengst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD. Versammlungsleiter Klaus Pundschus führte durch die Tagesordnungspunkte. Dem Vorstand wurde für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt. Der Haushaltsvoranschlag für 2013 wurde vorgestellt und bei einer Gegenstimme mehrheitlich verabschiedet. Kassenprüferin war Gabriela Voll, unterstützt von Wirtschaftsprüfer Prof. Dr. Voos von der GTB Gesellschaft für Treuhand und Beratung mbH. Steuerberater Gerhard Schlubat stand für Rückfragen zur Verfügung. Am Sonnabend bildete ein Gottesdienst in der Krefelder Friedenskirche den Auftakt des Heimattages. Pfarrer i.R. Manfred Bautz bezog sich in seiner Predigt auf den Korintherbrief: „Glaube, Liebe, Hoffnung“. Zum Abschluss konnten die Gottesdienstbesucher einer Tonaufnahme der geretteten Lutherkirchenglocke, die seit dem Krieg in Hannover-Bothfeld hängt, lauschen. Die Kollekte kam der diakonischen Arbeit der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Insterburg [Tschernjachowsk] zugute.

Haupttreffen in der Patenstadt: „Insterburg lebt weiter durch uns“ – Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Reiner Buslaps, begrüßte im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche die Landsleute und ihre Angehörigen und Freunde Ostpreußens. Als Gäste empfing er Pastor Bautz sowie Heidrun Hillmann, CDU-Ratsfrau der Stadt Krefeld und Eva Staudacher, ehemalige SPD-Ratsfrau. Reiner Buslaps blickte zurück auf 60 Jahre Haupttreffen in der Patenstadt. Auf allen Treffen seien die angereisten Insterburger stets vom jeweiligen Oberbürgermeister oder von einem beauftragten Vertreter herzlich begrüßt worden: etwa von Oberbürgermeister Dr. Hans-Heinz Hauser, Dieter Pützhofen oder Willi Wahl. Neben Kulturprogrammen zu den Haupttreffen fanden oft auch besondere Ausstellungen statt. In den ersten Jahren 1964 **„Ostpreußische Menschen und ihre Werke“, „Ostpreußische Landschaften und Burgen“**, und 1965 eine **Paul-Schmolling-Gedächtnisausstellung.** Reiner Buslaps zitierte aus der Rede von Dr. Gerd Wander, letzter Bürgermeister unserer Heimatstadt, auf dem Haupttreffen 1961, die für die Bedeutung aller Heimattreffen der Insterburger steht: „Vor aller Welt wollen wir hier bekennen, dass wir zu unserer Heimat stehen – Insterburg lebt weiter durch uns, die wir uns hier alljährlich treffen.“ So sei es bis zum heutigen Tag geblieben. Insterburg könne und werde nur durch vielseitiges Arbeiten und Mühen weiterleben. „Vielleicht auch mit einer neuen, jüngeren Generation“, so Reiner Buslaps' Wunsch. Über 2000 Insterburger Teilnehmer zählten die Haupttreffen der ersten Jahre. Zu dem diesjährigen Treffen waren rund 80 Teilnehmer angereist, und Dr. Wanders Worte gelten weiter. „Insterburg lebt durch uns alle, auch durch die Ostpreußen, die nicht zu diesem Treffen anreisen konnten“, wie Reiner Buslaps ergänzte. Die Gruppe der in Insterburg Stadt und Land Geborenen sei kleiner geworden. Von den einst zwölf regionalen Heimatgruppen im Bundesgebiet seien acht Gruppen noch aktiv. Deshalb sei es wichtig gewesen, die beiden selbstständigen Kreisgemeinschaften zu einer Gruppe zu vereinen, zur „Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V. in der Landsmannschaft Ostpreußen“. Abschließend dankte der Vorsitzende im Namen der Kreisgemeinschaft allen, die das Wappen der Stadt Insterburg und die Erinnerung an Ostpreußen hoch halten: von den Autoren für den Insterburger Brief über die Reiseleitungen der Ostpreußenreisen, die Leiter der regionalen Heimatgruppen, die Mitarbeiterinnen im Krefelder Büro und in den Insterburger Heimatstuben, die Redaktion des „Insterburger Briefes“ und Verantwortlichen der Treffen und Veranstaltungen im Ostheim Bad Pyrmont, alle Spender und Sponsoren bis hin zu allen Heimatfreunden mit besonderen Aktivitäten und den gewählten Vertretern des Gremiums unserer Kreisgemeinschaft. Und – ganz wichtig: den Krefeldern für ihre Gastfreundschaft – von den Anfängen bis zum heutigen Treffen.

Vortrag zur Lutherkirche: Andachtsraum und Seelenort – Audlind Vohland befasste sich in einem Vortrag mit der Frage: „Was bedeutete die Lutherkirche für die Insterburger?“ und referierte zu den verschiedenen „Rollen“ der Lutherkirche: 1. Im 17. Jahrhundert war die neue Kirche erweitertes Wohnzimmer für die Insterburger, ein ausgelagerter Andachtsraum, in dem die Seele wohnte. 2. In Gedichten spiegelten sich die Funktionen des Gotteshauses: Abbild der Seele (1841), Symbol seelischer Vorgänge (1962, 1983), Bild der Innigkeit und Sehnsucht (1994). 3. Politische Verwendung fand sie als Stellvertreterin der Stadt in Schicksalsstunden und positiv zur Verkörperung der Patenschaft (IB 1963 – 10 Jahre Patenschaft –, 2003). 4. Von 1948 bis heute ist die Lutherkirche Emblem und Wahrzeichen im Insterburger Brief: gewählt aus gewichtigen Gründen (Alter, Leistung, Ausstattung, zentrale Stadtlage). 5. An und um die Lutherkirche sind drei Urbilder der Seele vereint: Bogenbrücke: „Wasserwandeln“ über den Abgründen, Treppe: „Himmelsleiter“ Aufstieg, Kirche auf Steilhang: Zufluchtsburg, Bild der Hoffnung. Eine „Insterburger Gedenkmünze“ wurde als Anerkennung an die Heimatstubenbeauftragte Audlind Vohland verliehen. Die Münze zeigt auf der Vorderseite die Hindenburgstraße und Lutherkirche, auf der Rückseite die Ostpreußenkarte. Wieder bereicherten die Teilnehmer mit vielfältigen Beiträgen das Treffen. Neben dem „Insterburg-Chor“ begleitete Dieter Grigoleit an der Gitarre Ursel Schubert zu „Ach Insterburg, ach Insterburg“. Bruno Romeiks sendete als „Radio Stobingen“: Eine Dank- und Grußbotschaft der Heimatgruppenleiter an Renate und Reiner Buslaps. Manfred Samel überreichte dazu eine eigens gestaltete Dankesmappe. Carola Maschke las aus Robert Johannes' Geschichtensammlung „Klops und Glumse“. Und bewies: Sie hat's noch drauf mit der Mundart. Frieda Jungs Ur-Großneffe Eberhard Jung rezitierte aus dem Buch „In der Morgensonne“. Die Episode „Die Vettern“ spielt in Kiaulkehmen und beschreibt einfühlsam und anschaulich Szenen einer ostpreußischen Familie. Der Kreisgemeinschaftsvorsitzende Reiner Buslaps freute sich, der langjährigen Weggefährtin Eva Staudacher im Namen aller Insterburger mit einem Blumenstrauß nachträglich zum 80. Geburtstag zu gratulieren. Mit Blumen dankte er auch CDU-Ratsfrau Heidrun Hillmann für die persönliche Unterstützung der „Patenkinder“. In ihrer Rede ergriff Heidrun Hillmann Partei für die Heimatarbeit der Insterburger: „Ohne Vergangenheitsbewusstsein keine Zukunft!“ Vertriebene seien eine große Gemeinschaft, die Gegenwart und Zukunft Deutschlands mitgeprägt hat.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Regeln für Einsendungen

Liebe Landsleute, Kreisvertreter und Mitarbeiter der Landes- und Kreisgruppen,

aufgrund vieler Vorschläge möchte die Redaktion Ihren Anregungen nachkommen und einmal die Regeln und die Form für Berichte für die Rubriken „Aus den Heimatkreisen“ und „Landsmannschaftliche Arbeit“ abdrucken.

Die Mitteilungen der Termine sollten sich nur auf allgemeine Ankündigungen beschränken in der **Reihenfolge Wochentag, Datum, Zeitpunkt, Ort und Art der Veranstaltung.** Über der Meldung sollte deutlich das Bundesland und der Ort beziehungsweise die Kreisgemeinschaft stehen, unter der der Beitrag erscheinen soll. Einsendeschluss ist jeweils **Freitag der Vorwoche, 12 Uhr.**

Berichte sollten nicht länger als eine Din-A4-Seite lang sein. Da es in der Regel bei jedem Treffen leckeren Kuchen und Kaffee gibt, sowie das Absingen des Ostpreußenliedes ebenso dazu gehört, bitten wir, dies in den Beiträgen nicht zu erwähnen. Die Anregung, zu Berichten gelegentlich auch Fotos zu veröffentlichen, nehmen wir gerne auf, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Fotos in einer druckfähigen Qualität sind. Sie erleichtern uns die Arbeit erheblich, wenn Sie Texte und Fotos auf elektronischem Wege übermitteln, am besten direkt an die zuständige Redakteurin, Manuela Rosenthal-Kappi, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de. Vielen Dank im Voraus!

Ihr *PAZ*-Team

Organisation der UNO (Abk.) · ungebraucht · Gesinnung, Sinnesart · unverfälscht · österr. Landschaft in Tirol · Tierhand, Tierfuß · Binnenstaat in Ostafrika · Mandelentzündung · landwirtschaftliches Gerät · antikes arab. Königreich · Kraftsportgerät · Senkblei · Wagenkolonne; Flüchtlingszug · britischer Sagenkönig · mit dem Besen reinigen · Formgeber · Weinduft; Blumenstrauß · Geliebte des Leander · Ärger, Verdruss · leichtes, schnelles Ruderboot · Kaffee verarbeitender Betrieb · Drama von Ibsen · Ablassprediger zur Zeit Luthers · ausführen, verrichten · politischer Fanatiker · sehr heftig, hartnäckig · Titel des hohen Adels · Laubbaum, Rüster · Schaumwein · Explosionsauslösung · Berufsvereinigung, Zunft · Entwicklungsabschnitt · Sammlung von Schriftstücken · auf Reede liegen (Schiff) · englischer Adelstitel · unerfreuliche Situation (franz.) · Werbeposter · Zeichengerät · Wassersportler · berufen, nominieren · schlaff, träge · Aufschlag für geliehenes Geld · selbstsüchtiger Mensch · trockenes Land in Küstennähe · Gebäude für Nonnen oder Mönche · Landspitze, -zunge · Plage, Qual · mexikanischer Indianer · innerhalb (ugs.) · Flugkörper · Verschluss, Briefverschluss · altes Wegemaß · die Position ermitteln · holländischer Käse · Nachtlager für Verheiratete · scherzhaft: Schule · Kunststil aus Frankreich · tiefer Gram, Kummer · Fluss durch Paris · Begriff beim Kartenspiel · metallisch gelb · Öl-, Faserpflanze · biblischer Prophet · Sinnesorgan · Frauengestalt im „Freischütz“ · feiner Spott · veraltet: Zorn, Groll · Vater und Mutter · italienische Hauptstadt · kleinkörnige Getreideart · gefrorenes Wasser · Teil eines Sitzmöbels · lange, schmale Vertiefung · artig, brav · Sumpf-, Kranichvogel · eine Zahl · einerlei; gleichartig · Oberflächenströmung (Meer) · Lobgesang; Ruhm, Ehre · ein Balte · Ringel-, Saugwurm · Feingewicht für Edelmetalle · abgestochenes Rasenstück · Behagen, Vergnügen · jetzt · Verzerrung des Gesichts · Auerochse · Dreifingerfaultier · Pfeifentabak · Edelgas · poetisch: Frühling · vertraute Anrede · nicht stationär (Behandlung) · herausfordern, provozieren · lockern; enträtseln

PAZ12_47

So ist's richtig:

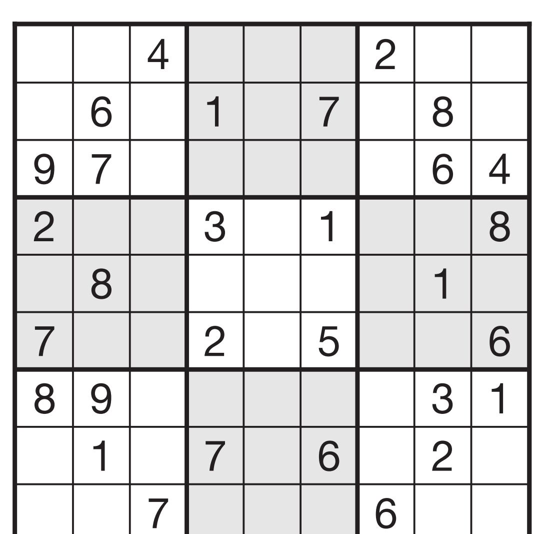
Diagonalrätsel: 1. Brauch, 2. Krater, 3. diesig, 4. Jasmin, 5. selten, 6. Neptun – Bremen, Hessen

Kreiskette: 1. Grappa, 2. Pavane, 3. Ranzen, 4. Ballen, 5. Rivale – Appenzeller

Sudoku:

1	3	4	6	9	8	2	5	7
5	6	2	1	4	7	9	8	3
9	7	8	5	2	3	1	6	4
2	5	9	3	6	1	4	7	8
6	8	3	9	7	4	5	1	2
7	4	1	2	8	5	3	9	6
8	9	6	4	5	2	7	3	1
4	1	5	7	3	6	8	2	9
3	2	7	8	1	9	6	4	5

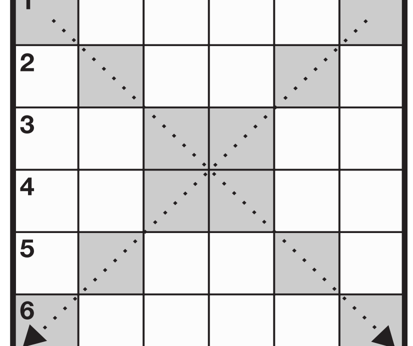
Sudoku



		4				2		
	6		1		7		8	
9	7						6	4
2			3		1			8
	8						1	
7			2		5			6
8	9						3	1
	1		7		6		2	
		7				6		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



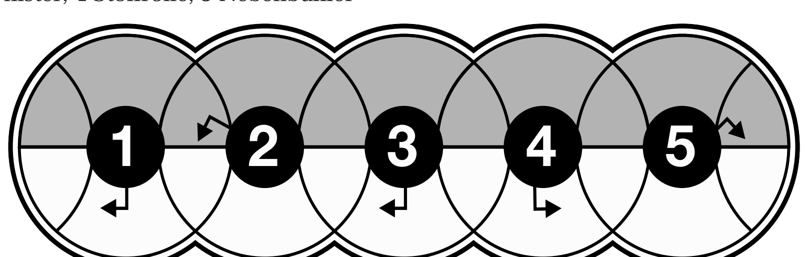
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Länder der Bundesrepublik.

1 Sitte, Gewohnheit
2 Vulkanöffnung
3 dunstig, neblig
4 Zierstrauch; Frauenname
5 nicht häufig
6 römischer Gott des Meeres

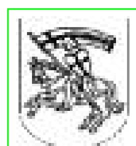
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen würzigen Hartkäse.

1 italienischer Tresterbranntwein, **2** langsamer höfischer Schreittanz, **3** Tornister, **4** Stoffrolle, **5** Nebenbuhler



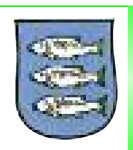
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Einem Rückblick in die Zeit vor 1945 und der Entwicklung danach galt unsere **Veranstaltung mit Ulla Lachauer** in Minden. Dies war das dritte Mal, dass die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg im Preußen-Museum in Minden eine Lesung mit bekannten Schriftstellern durchführte. Die erste fand vor vier Jahren statt. Da sprach Tatjana Gräfin Dönhoff über ihre Beziehung zum Land ihrer Familie, vor zwei Jahren las Arno Surminski hier aus seinen Büchern. Nun hatten wir Ulla Lachauer, eine gebürtige Westfälin, eingeladen. Ich habe den Zuhörern kurz berichtet, wie ich dazu kam, mich an Frau Lachauer zu wenden. Ich kannte Ihre „Paradiesstraße“. Aber dann hatte ich im August des vorigen Jahres das Glück, die Paradiesstraße in natura zu sehen. Das war auf einer geführten Fahrradreise von Wilna, über Kaunas ins Memelland, dann nach Tilsit, über die Kurische Nehrung nach Königsberg und Danzig. Und so radelten wir am dritten Tag unserer Tour auf äußerst schotterigen und holperigen Wegen in Bittehnen ein - so hieß das Dorf zu deutscher Zeit, in dem sich die Paradiesstraße befindet. Der Enkel der Lena Grigoleit, der Heldin des Romans, betreibt die Landwirtschaft und die Frauen des Hofes servierten die besten Flinsen, die man sich denken kann. Wir saßen in einer Art langgestreckter Laube an einem langen Tisch mit gut 20 Personen und ließen uns von Lena Grigoleit erzählen. Nach etwa zwei Stunden, führten uns zwei Urenkelinnen zum Grab, das in einem Wäldchen auf dem Rombinus liegt. Dann setzten wir unsere Fahrt Richtung Luisenbrücke in Tilsit fort, wo wir dann in Russland ankamen. Der Besuch in Bittehnen, der Meinung waren wir alle, war das eindrucksvollste und anrührendste Erlebnis der Fahrt. Hätte Frau Lachauer dieses wunderbare, ungewöhnliche und historisch wichtige Buch nicht geschrieben, wäre ein typisches mutiges ostpreußisches Leben nicht so liebevoll und realistisch festgehalten worden. Frau Lachauer las nicht nur aus ihrem Buch, sie ließ uns im Saal an ihren Gesprächen mit Lena Grigoleit und deren bäuerlicher Welt teilhaben. Unter den Zuhörern gab es einige, die die Verhältnisse in Bittehnen kannten und die auch schon im heutigen litauischen Bitenai gewesen waren. Aber auch die, die keine direkte Beziehung zu diesem entlegenen Fleckchen Erde haben, ließen die Schilderungen nicht unberührt. Spiegelt sich doch im Schicksal der Lena Grigoleit das wechselhafte schwere Leben der Bewohner eines deutschen Landstrichs, deren Dasein die bäuerliche Welt war, wider. Dafür dankten die Anwesenden Frau Lachauer mit viel Beifall. Auch das lebhafte Gespräch, das sich nun anschloss, zeigte, wie Frau Lachauer die Herzen ihrer Zuhörer erreicht hatte. Ich habe mich gefreut, dass Frau Lachauer diesen Nachmittag ebenfalls genossen hat. Sie schrieb mir: „Es war ein schöner Nachmittag für mich, in Gedanken durch die Paradiesstraße zu spazieren, die großartige Zeit um 1989 nachzuerleben, und wieder mit meinem alten Publikum zusammenz sein.“



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungsdauer verlängert – Der auf 46 Tafeln gestaltete Überblick über die 400jährige Geschichte der Stadt Lötzen unter dem Titel „Lötzen – die Perle Masurens“ ist bis einschließlich zum 4. Dezember 2012 im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, zu sehen. Vom 15. Dezember 2012 bis zum 21. April 2013 wird diese Ausstellung dann im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gezeigt. Das Begleitheft zur Ausstellung, das einer kurzen illustrierten Stadtgeschichte entspricht, ist über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen erhältlich.

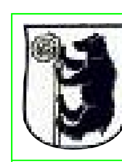


LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Seminar „Lycker Autoren“. Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 17. Februar 2013 im Ostheim in Bad Pyrmont das Seminar „Lycker Autoren“. Das Seminar steht unter dem Motto: „Lycker Autoren lesen aus ihrem Buch“. Gemeint sind die Lycker Nachkriegs-Autoren. Dem Kreisvertreter sind insgesamt 21 Autoren bekannt, die mindestens ein Buch oder mehrere geschrieben haben. Einige von diesen Autoren sind leider schon verstorben oder in einem Alter, in dem sie nicht mehr nach Bad Pyrmont anreisen können. Sie werden innerhalb des Seminars gewürdigt. Zehn der Autoren werden in Bad Pyrmont anwesend sein und vorlesen. Wir sind der Meinung, dass das ein interessantes Seminar werden könnte. Die Kosten des Seminars bei Vollverpflegung in Bad Pyrmont betragen pro Person 50 Euro. Die Anreisekosten muss jeder Teilnehmer selbst bezahlen. Da die Teilnehmerzahl auf höchstens 60 beschränkt ist, wird um baldige Anmeldung bei Kreisvertreter Gerd Bandilla, St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt, Telefon (02235) 77394, gebeten. – **Adressbücher.** Die Kreisgemeinschaft besitzt Adressbücher des Kreises Lyck der Jahre 1922, 1930 und 1938. Jetzt ist es unserer Archivwartin Bärbel Wiesensee gelungen, Adressbücher der Jahre 1900 und 1904 bei der Deutschen Nationalbibliothek in Berlin ausfindig zu machen. Die Kreisgemeinschaft besitzt diese Bücher in Form einer CD. Die Adressbücher sind sehr interessant. Leider enthalten sie nur Angaben über die Stadt Lyck und von Prostken und nur die Behörden und Gewerbetreibenden.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Donnerstag, 16. Dezember, 14 Uhr, Marienkirche Neuss (gegenüber dem Hauptbahnhof). **Heilige Messe zum dritten Adventssonntag.** Ab 15 Uhr Adventsfeier im Marienhaus (fünf Gehminuten von der Kirche entfernt).



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Schüleraustausch Lütjenburg – Breitenstein – Seit 2004 besteht die Patenschaft der Stadt Lütjenburg mit der heute russischen Dorfgemeinde Uljanowo, dem ehemaligen Breitenstein. Dazu gehört ein Schüleraustausch des Gymnasiums und der Regionalschule Lütjenburg mit der Schule in Uljanowo. In diesem Jahr fuhren acht Jugendliche mit Erwachsenenbegleitung nach Ostpreußen. Sie hielten ihre Eindrücke schriftlich fest. Elisabeth berichtet, dass sich die meisten schon vom letzten Jahr her kannten und es daher ein freudiges Wiedersehen gab. Wenn es mit der Verständigung mal nicht so klappte, half man sich mit dem Wörterbuch oder pantomimisch. Johanna erzählt von der Power-Point-Präsentation, mit der ihnen die Schule vorgestellt wurde. Außerdem gab es einen interessanten Vortrag über die Heimatdichterin Johanna Ambrosius und in der Turnhalle eine geniale Zirkusaufführung der russischen Schüler, die diese mit ihren Lehrern einstudiert hatten. Hannah findet, dass der Unterricht viel lockerer sei als in Deutschland. „Es war keine Seltenheit, dass Schüler und Lehrer mitten im Unterricht an ihr Handy gingen, SMS schrieben oder gar telefonierten.“ Dennoch stellte sie im Vergleich zu Deutschland einen wesentlich größeren Respekt der Schüler vor ihren Lehrern fest. Elisabeth ist vom ostpreußischen Heimatmuseum angetan, das der Schulleiter Jurij Userzow in der Schule eingerichtet hat. „Ich finde die Idee sehr gut, die Geschichte den Jugendlichen nahezubringen. Das riesige Sammelsurium hat mich sehr beeindruckt.“ Zum Abschluss des Schüleraustausches gab es für alle ein großes Abschiedsessen, bei dem Johanna und Patrick die Orginalübersetzung des Gedichtes von Konstantin Simonow aus dem Jahre 1942 vortrugen. Viele Teilnehmer waren sehr gerührt, da das Gedicht traurige Ereignisse der schweren Kriegsjahre wiedergibt. Es ging aber auch lustig zu. Die russische Übersetzung von „Max und Moritz“ fanden Gastgeber und Gäste sehr witzig. Den letzten Tag verbrachten die Schülerinnen und Schüler in Königsberg, wo sie überrascht feststellten, dass es dort auch Pizzen und Cheeseburger gibt. Denise schwärmt allerdings immer noch von dem Mini-Pfannkuchen mit einer Kiwischeibe und selbstgemachter Marmelade. Für Hannah war das eine wunderbare Reise, die sie nie vergessen wird. „Ich bin froh, ein neues Land und neue Menschen kennengelernt zu haben. Ich würde gern wieder einmal dorthin fahren.“

Grigat trifft Marschall

Bereit zur engeren Zusammenarbeit mit LO



Besuch in Allenstein: LO-Sprecher Grigat sprach mit Marschall Protas und dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Hoch (v.l.n.r.) Bild: privat

Zu einer ersten Begegnung zwischen dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, und dem Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Jacek Protas, kam es jetzt in Allenstein. Grigat wurde vom Marschall in dessen Dienstsitz in Allenstein, der früheren preußischen Bezirksregierung, empfangen. An dem Gespräch nahm auch der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch, teil.

Der Marschall zeigte sich über den Besuch erfreut und einer Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen gegenüber sehr aufgeschlossen. Neben einem allgemeinen Gedankenaustausch standen auch konkrete Vorhaben auf dem Programm. So sagte der Marschall einen Besuch beim 9. Kommunalpolitischen Kongress 2013 zu. Außerdem wurde die Möglichkeit eines Partnerschaftsvertrages zwischen der Woiwodschaft und der Landsmannschaft Ostpreußen in Betracht genommen. *PAZ*

Am Rhein hat die fünfte Jahreszeit begonnen

Zwischen rheinisch-katholischer Ausgelassenheit und preußisch-pietistischer Strenge

Es klingt paradox – aber der offizielle Karnevalsspaß ist eine ernste Angelegenheit mit festen Regeln und preußischer Ordnung. Schon 1823 organisierten sich die Kölner Narren, vor 189 Jahren also. Sie regelten die rheinländische Ausgelassenheit und erreichten damit die Duldung und Akzeptanz der preußischen Obrigkeit. Denn seit 1815 gehörte die ehemalige Freie Reichsstadt Köln zum preußischen Staat.

Fastnacht und Karneval wird an vielen Orten in der Welt und auch in Deutschland gefeiert. Am heftigsten wohl entlang des Rheins, in Mainz, Köln und Düsseldorf. Dort fällt der Startschuss zum närrischen Treiben traditionell bereits am elften November. Dann beginnt die „fünfte Jahreszeit“, die am Aschermittwoch endet.

Wie von einem Magneten angezogen, strömten Zigtausende kostümierter Narren auch diesmal wieder in Köln zum rheinufernah gelegenen Heumarkt, dem Altermarkt sowie zu den Straßen und Plätzen drum herum. Die angrenzende „Deutzer Brücke“ ist bereits in den Morgenstunden für den Autoverkehr gesperrt worden. Straßenbahnen dürfen die Brücke zwar noch überqueren, aber an der Haltestelle „Heumarkt“ gibt es an diesem Tag keinen Halt – in Amtsdeutsch: Der „Fahrgastwechsel“ fällt aus.

Wer mit der Bahn zum Heumarkt will, muss eine Station davor oder danach aussteigen. Und vor allem frühzeitig anreisen. Denn schon kurz nach 10 Uhr sperrten diesmal Polizei und Ordnungsamt alle Zugänge zum Platz ab. Hier, am Heumarkt, wurde eine riesige Bühne aufgebaut. Hier läuft die offizielle „Sessionseröffnung“ ab. Hier werden um 11 Uhr 11 die Sekunden heruntergezählt. Der Countdown erinnert ein bisschen an Silvester und das soll er wohl auch, denn um 11 Uhr 11 beginnt die schönste Jahreszeit für viele Domstädter: der Kölner Karneval.

Auf dem Heumarkt präsentiert sich am 11.11. um 11 Uhr 11 auch erstmals das einige Monate zuvor „ausgeklüngelte“ Kölner Dreigestirn den städtischen Untertanen. Aber auch der Kölner Oberbürgermeister animiert die Narren mit „Kölle Alaaf“-Rufen, was in etwa so viel bedeutet wie „Es lebe Köln“. Hier auf dem Heumarkt „heizen“ bekannte und weniger bekannte Kölsche-Mundart-Musikergruppen wie zum Beispiel die „Bläck Fööss“ (= Nackte Füße), „Brings“ (Familienname), die „Höhner“ (= Hühner) und die „Paveier“ (= Pflasterer) die Narren mächtig ein. Und alle singen und schunkeln mit – bis in den Abend.

Das Dreigestirn, die „Tollitäten“, auf gut Lateinisch auch „Trifolium“ genannt – beherrscht in der fünften Jahreszeit die Stadt. Prinz („Seine Herrlichkeit“), Bauer („Seine Deftigkeit“) und Jungfrau („Ihre Lieblichkeit“) repräsentieren den offiziellen Kölner Karneval. Für den Außenstehenden überraschend: Alle drei sind Männer, das heißt, auch die mit neckischen Zöpfen ausgestattete Kölner Jungfrau ist ein Kerl. Nur zweimal gab es in der Kölner Karnevalsgeschichte eine Ausnahme von dieser „kölschen“ Regel: Während der NS-Diktatur mussten sich die Kölner der damals verklemmten Geschlechterideologie beugen. Männer in Frauenkleidern – da witterten die Nationalsozialisten Homosexualität. Das durfte nicht sein – obwohl es in den eigenen Reihen (zum Beispiel Ernst Röhm) eine beachtliche Zahl Homosexueller gab. Deshalb wurden zuerst die bis dahin üblichen männlichen „Tanzmariechen“ verboten. Schließlich mussten die Karnevalsgesellschaften in den Jahren 1938 und 1939 „echte“ Frauen als „Kölner Jungfrau“ proklamieren.



Bild: Roberto Pfeil/dapd

Anpfiff zur Karnevalszeit: Kölner „Dreigestirn“ am 11.11. um 11 Uhr 11

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt die männliche Jungfrau wieder Einzug ins Trifolium. Die männlichen Tanzmariechen dagegen kehrten nicht wieder zurück. Heute tanzen junge Frauen als Tanzmariechen mit den männlichen Tanzoffizieren.

Apropos Offiziere: Mit dem Einzug der Preußen im Jahre 1815 kam auch das Militärische und das Reglementierende stärker als bis dato nach Köln. Das zeigte sich dann bereits im Jahr 1823, das als das Gründungsjahr des organisierten Karnevals in Köln gilt. In diesem Jahr bildete sich das „Festordnende Comitee“, das die Duldung und Akzeptanz der preußischen Regierung fand. Für die weitab in Berlin regierenden Preußen wurden so die befürchteten Ausschweifungen und das „wilde Umherziehen“ während der im katholischen Rheinland gefeierten Fastnacht besser kontrollierbar. Denn die Kölner sorgten von nun an für einen geregelten Festumzug vor der Fastnacht, die der Fastenzeit vor Ostern vorausging. Im protestantischen Preußen waren Fastnachtsfeierlichkeiten nicht üblich.

Unermüdlich tingeln die drei närrischen Lichtgestalten bis zum Sessionsende von einer Veranstaltung zur nächsten, sei es eine der in die Hunderte gehenden Karnevalssitzungen, eine Betriebs- oder Schulfeier oder auch schon mal eine Audienz beim Papst in Rom. Ein Vollzeit-Job, der eine andere regelmäßige Beschäftigung ausschließt. Ohne einen verständnisvollen Arbeitgeber und ohne Sponsoren oder eigene finanzielle Mittel ist der Job im Trifolium nicht möglich.

Großzügige Spender stellen eine „Hofburg“ in einem Luxushotel in der Innenstadt zur Verfügung. Ein Kölner Automobil-Hersteller stiftet einen umfangreichen Fahrzeugpark, damit die Tollitäten mobil sind. In der Regel können sich nur „betuchte“ Bürger die mehrmonatige Auszeit von einer Erwerbstätigkeit leisten.

Den Höhepunkt der Session bilden im neuen Jahr die „tollen Tage“. Damit werden die sechs Tage von Donnerstag vor Fastnachtssonntag („schmotziger“ Donnerstag oder Weiberfastnacht genannt) bis Fastnachtsdienstag bezeichnet. Diese Tage der Ausgelassenheit beziehen ihren Sinn von der ab Aschermittwoch folgenden Fastenzeit.

An Weiberfastnacht (Donnerstag vor Rosenmontag) sind Ämter und Behörden nur bis 11 Uhr 11 dienstbereit. Danach geht nichts mehr. Auch die meisten Schulen und Betriebe „machen dicht“. Der Rosenmontag ist für die vielen Kölner Arbeitnehmer ein freier „Brauchtums- und Feiertag“.

Der große Umzug am Rosenmontag ist das Top-Ereignis für alle Karnevalisten. Rund 11000 Menschen marschieren im „Zug“ mit, der sich über fünf bis sechs Stunden vor mehr als einer Million Zuschauer durch die abgesperrte Innenstadt schlängelt. Die ollen Kamellen, die Bonbons, die von den Karnevalswagen auf die Zuschauer herunterregnen, dürfen dabei nicht fehlen. In den tollen Tagen vor Rosenmontag und am folgenden „Veilchen-Dienstag“ können die Narren ihre Feierlaune in zahlreichen Vorort-Umzügen ausleben.

Die Elf ist die vorherrschende Zahl im Karneval. Nicht nur der Monat und der Tag (11.11.), sondern auch die Stunde und die Minute (11 Uhr 11 Minuten) sind markante Kennzeichen der Karnevalisten. Die Karnevalssitzungen werden zudem von einem „Elferrat“ geleitet.

Warum die Elf? Die Elf gilt als närrische Zahl. Die zwei nebeneinander stehenden gleichen Ziffern drücken symbolisch „Gleichheit“ aus. Findige Zeitgenossen sehen sogar die Buchstaben E, L und F als Abkürzung für die Ideale der französischen Revolution: Egalité (Gleichheit), Liberté (Freiheit), Fraternité (Brüderlichkeit). Etwas schlichter ist eine andere Deutung. Der Wahlspruch einer mittelalterlichen Narrenvereinigung aus Kleve lautete: „Ey, Lustig, Fröhlich“.

Siegfried Schmidtke

Trauerkultur im Wandel

Seit dem Wegfall des Sterbegelds 2004 entscheiden sich immer mehr Angehörige von Verstorbenen für eine Urnenbestattung. Der Grund: günstigere Anschaffungskosten als die eines Sarges. So gab es 2011 erstmals mehr Feuer- als Erdbestattungen. Darunter zu leiden haben die Sarghersteller, deren Absatz rapide eingebrochen ist. Bei konstant bis zu 860000 Menschen, die jährlich in der Bundesrepublik sterben, ist die Sargproduktion in Deutschland um 19 Prozent auf 146000 Behältnisse gesunken. Und im ersten Halbjahr dieses Jahres stagnierte der Absatz.

Zu schaffen macht den heimischen Produzenten außerdem die Konkurrenz der Billiganbieter aus Osteuropa. Der Verband der deutschen Zulieferindustrie (VDZB) schätzt, dass inzwischen 60 Prozent der Särge aus den östlichen europäischen Staaten kommen. Ein Grund ist auch, dass sich die Rituale des Abschiednehmens verändert haben. Da die Trauergemeinde vor der Einäscherung des Verstorbenen ohnehin keinen Sarg mehr zu sehen bekommt, verzichten die Angehörigen auf ein teures, pompöses Modell, in dem die Leiche verbrannt wird.

Neben dem Sparzwang, hat aber auch ein Wandel in der Trauerkultur dazu geführt, dass immer mehr Menschen ihre toten Angehörigen in Urnen bestatten lassen. So kann man Urnen in einigen Bestattungshäusern bis zu zwei Jahre aufbewahren. Die Trauerbewältigung fällt vielen leichter, wenn sie das Gefühl haben, ihren toten Angehörigen so noch eine Weile nahe sein zu können. *tws*

»Taubenschlag« für die letzte Ruhe

PAZ-Thema zum Totensonntag: Urnenbestattungen im »Kolumbarium« des Hamburger Doms

Über das Thema Bestattung redet keiner gerne, denkt keiner gerne nach; aber die Frage der letzten Ruhestätte stellt sich mit einer gewissen Unausweichlichkeit. Hat jemand nicht vor dem Tod entsprechende Vorbereitungen getroffen, müssen die Angehörigen die schwierige Entscheidung treffen: Feuer- oder Erdbestattung beziehungsweise anonyme oder persönliche Grabstelle. Und je nach Wahl entstehen für die Angehörigen höhere oder niedrigere Kosten, ein nicht zu verachtender Faktor.

Über Jahrtausende galt die Erdbestattung als die christliche Bestattungsform schlechthin. Ebenso wie Moslems und Juden legten Christen den Leichnam eines Verstorbenen in die Erde, weil sie darauf hoffen, dass sie eines Tages mit Seele und Leib auferstehen werden. Anders als

Urnenplatz im Dom kostet 3500 Euro

etwa Hindus oder Buddhisten, die eine andere Vorstellung von Wiedergeburt oder der Ewigkeit haben, verbrannten sie ihre Toten nicht. Nun ändern sich aber die Sitten. In Hamburg etwa werden heute etwa 70 Prozent der Verstorbenen verbrannt und die Asche in einer Urne oder in der See bestattet.

Schlagzeilen machte kürzlich der Hamburger Erzbischof Werner Thissen, der unter dem Mariendom, der Zentralkirche des katholischen Erzbistums, ein sogenanntes Kolumbarium einweihte. Wörtlich aus dem Lateinischen übersetzt, bedeutet das Wort „Taubenschlag“. Gemeint ist damit aber der Aufbewahrungsort von Urnen in einem oberirdischen oder unterirdischen Bauwerk, das schon die alten Römer kannten und das wie ein großer Taubenschlag aussieht. Hier werden die Urnen in kleinen Fächern für eine gewisse Zeit über- und nebeneinander gestapelt.

Foto: Iris Maurer/dapd

So stieg Erzbischof Thissen am Hochfest der Aufnahme Mariens in den Himmel vor dem Schlusssegen zusammen mit dem Domkapitel in das neue Kolumbarium hinab, um es einzuweihen. An der Eingangswand zur Krypta stehen die Worte aus dem Lukasevangelium: „Freut euch, dass eure Namen im Himmel verzeichnet sind.“ In dem flachen, 110 Quadratmeter großen Raum mit goldener Decke befindet sich in einem Halbrund um die Grabstele eine Wand mit quadratischen Türchen aus goldbraun schimmerndem Material. Für jeweils zwei Urnen ist Platz in einer Grabnische. Die Namen der Verstorbenen sowie ihre Geburts- und Todesdaten werden in die Tür eingraviert. Auf Kieselsteinen vor den Türen können Blumen abgelegt, in einer Ecke Kerzen angezündet werden. Der Grabplatz kostet einmalig 3500 Euro, wie Peter Knorn als Verantwortlicher für die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit bekannt gab.

Der Erzbischof pries diese erste derartige Grablege in einer katholischen Kathedrale in Deutschland als Rückholung der Verstorbenen in das Reich der Lebenden: „Denn wer den Tod nicht verdrängt, der gibt dem Leben Raum“, erklärte er vielsagend.

Damit wollte sich Thissen besonders gegen die um sich greifende Verdrängung des Todes und die anonymen Bestattungen stellen.

Die beruhigt die Kritiker des neuen Kolumbariums jedoch kaum. Unterstellt wird dem Bischof, dass es ihm hier in erster Linie nicht um die Verstorbenen gehe, sondern um das Geld. Die teure Renovierung des Doms vor einigen Jahren sei immer noch nicht abbezahlt, daher habe man nun nach einer lukrativen Einnahmequelle gesucht, um die noch fehlenden Gelder aufzubringen, heißt es. Da bereits 100 Interessenten sich für ein Fach im Kolumbarium gemeldet haben sollen, wäre damit also schon eine beträchtliche Summe in Aussicht.

Grundsätzliche Kritik gibt es auch an der Urnenbestattung selbst. Zwar ist diese seit einigen Jahrzehnten in der katholischen Kirche nicht mehr verboten, aber geboten bleibt nach wie vor die Erdbestattung. Für sich selbst, alle Bischöfe des Bistums und das Domkapitel ließ der Erzbischof daher erst 2008 einen eigenen Friedhof, direkt neben dem Dom, errichten. Werden hier also Grabstätten für zweierlei Arten von Christen errichtet, fragen einige Gläubige?

Übernommen wurde die christliche Erdbestattung ursprünglich vom Judentum. Jesus Christus wurde wie selbstverständlich in einem Felsengrab beigesetzt. Heute wird dieser Ort, der gleichzeitig als Ort der Auferstehung gilt, in der Jerusalemer „Grabeskirche“, einem der zentralsten Heiligtümer der gesamten Christenheit, verehrt. Wer einmal in Jerusalem die riesigen Gräberfelder im Kidron-Tal gesehen hat, bekommt eine ungefähre Ahnung von der jüdischen Hoffnung auf die Auferstehung der Toten. Von Osten her soll Jesus Christus am

Christliches Gebot ist die Erdbestattung

Ende der Welt wiederkommen, daher sind die Gräber ebenso wie die frühchristlichen Kirchen stets „ad orientem“, das heißt nach Osten, ausgerichtet.

Je mehr die alten Traditionen aber wegbrechen, wie dies heute wohl der Fall ist, desto wichtiger wird es, rechtzeitig einige klare Worte und Weisungen für die Angehörigen zu hinterlassen, wie man beerdigt werden möchte; sonst stehen diese ratlos vor der Qual der Wahl. *Hinrich E. Bues*

Ein Koffer für die Himmelsreise

Könnte man einen Koffer mit in den Himmel nehmen, was würde man dann wohl für diese letzte Reise einpacken? Ein Foto seiner Lieben, ein Andenken an die Heimat oder rein gar nichts?

Diese Frage richtete in Berlin der Bestatter und Trauerbegleiter Fritz Roth an insgesamt 100 prominente und weniger prominente Menschen und forderte sie ganz konkret dazu auf, den Koffer für die letzte Reise zu packen. Das Ergebnis ist noch bis zum 30. November in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Breitscheidplatz zu sehen.

Prominente „Kofferpacker“ sind zum Beispiel der Erzbischof von Berlin Rainer Maria Kardinal Woelki, Bischof Markus Dröge, geistlicher Leiter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, die Unternehmerin Christiane zu Salm, TV-Produzent Jörg Hoppe, der Gründer der Spendenplattform betterplace.org Till Behnke sowie der Gründer und Vorstandsvorsitzender der Sinn Stiftung, Christian Rauschenfels.

So verschieden die Biografien der „Reisenden“, so individuell ist der Kofferinhalt. Mal prall gefüllt mit Büchern als Mittel gegen himmlische Langeweile, dann mit einer Flasche guten Rotwein, um den ewigen Augenblick humorvoll zu genießen, dann aber auch nachdenklich schlicht mit Fotos oder Briefen. Entstanden ist die Ausstellung im Zusammenhang mit der ARD-Themenwoche „Leben mit dem Tod“, in der vom 17. bis 23. November Filme, Dokus und Gesprächsrunden zum Thema zu sehen waren. *tws*



Der Tod als Neuanfang

Witwe sucht eigenen Weg

Kjersti A. Skomsvolds Erstlingswerk „Je schneller ich gehe, desto kleiner bin ich" regt den Leser zum Nachdenken an, über sich und über sein Verhalten gegenüber anderen und die Wahrnehmung von außen. Es beschäftigt einen noch Tage danach, dabei hat es gerade einmal 140 Seiten.

Der Roman handelt von Mathea Martinsen und ihrem Umgang mit dem eigenen Leben nach dem Tod ihres Mannes. Todesanzeigen, ein Säckchen mit Zähnen und Ohrenwärmer spielen dabei eine Rolle. Mathea versucht, ihr Leben zu leben, doch muss sie erst herausfinden, wie es sein soll und was es bislang ausmachte. „Leben. Den Tag nutzen. Ich stehe im Schlafzimmer vor dem Bett und weiß nicht, wie man den Tag nutzt. Schließlich entscheide ich mich dafür, wie immer mit den Todesanzeigen anzufangen."

Im Laufe des Romans erfährt der Leser immer mehr von Mathea selbst und der Beziehung zu ihrem Mann und anderen Menschen, von ihren Tagträumen und Wünschen. Man möchte ihr zurufen: „Halte durch, ich bin gleich da", und ist sich bewusst, dass man behutsam vorgehen muss, ähnlich dem Kleinen Prinzen und seinem Fuchs.

Jahrelang war der Mann da, und jetzt?

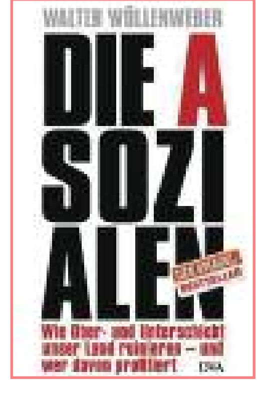
Der Text ist auch gleichzeitig eine Gesellschaftskritik, aber derart unaufdringlich, dass man sich gerne darauf einlässt. Die kleine, gebeugte Frau mit den vielen fehlenden Zähnen findet, so viel sei verraten, zum Schluss ihren Weg.

Die erst 33-jährige Autorin schafft es mit ihrer klaren Sprache, den Leser zum Lachen und gleichzeitig zum Innehalten zu bringen. Die Romanfigur Mathea wird einen so schnell nicht mehr loslassen, auch wenn die letzte Seite längst ausgelesen ist.

Christiane Rinser-Schrut

***Kjersti A. Skomsvold: „Je schneller ich gehe, desto kleiner bin ich"**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2011, gebunden, 142 Seiten, 18 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mottelerstr. 7, 04155 Leipzig , Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Auf Kosten der Mittelschicht

Autor behauptet, Ober- und Unterschicht lebten asozial zu Lasten anderer

Er wolle aufklären und informieren, Vorschläge für die Lösungen der geschilderten Probleme habe er aber keine parat, so der Journalist Walter Wüllenweber am Ende seines Bestseller „Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert". Das Problem ist nur, dass diejenigen, die die dargestellten Missstände lösen könnten, gar kein Interesse an der Lösung haben, wie der Autor selbst auf über 200 Seiten zuvor nachvollziehbar belegt hat.

Doch worum geht es eigentlich? Der Titel klingt ja sehr reißerisch und passt zum Arbeitgeber des Autors, der für den „stern" schreibt. Bedauerlicherweise ist das, was Wüllenweber beschreibt, jedoch kein Boulevard-Mist, den man ignorieren kann, sondern für Angehörige der Mittelschicht eine ernste Bedrohung.

Anfangs mag es ein wenig übertrieben klingen, wenn Wüllenweber von den asozialen Reichen schreibt, die auf Kosten der Gesellschaft lebten. Welche Reichen meint er denn bitte? Allerdings stimmt es schon nachdenklich, dass, wenn man durch Hamburg fährt, man so viele riesige pompöse Villen sieht. Wer da wohnt, kann nur reich sein. Und in Hamburg gibt es sehr, sehr viele Villen. Also ist die reiche Oberschicht vielleicht doch nicht so klein, wie man vermuten mag. Wüllenweber führt jedenfalls zahlreiche Beispiele dafür an, dass diese Spezies Mensch sehr scheu sei. Außerdem seien viele von den Reichen nicht über Leistung reich geworden, wie die Mittelschicht immer gern den Reichtum der anderen rechtfertigt, sondern ganz oft über Erbschaft und über Kapitalvermehrung. Zwar würden Reiche vergleichsweise viel Einkommenssteuer zahlen, doch ihr Reichtum setzte sich eben nicht nur aus Einkommen zusammen, und die Steuern auf Kapitalerträge seien mit 25 Prozent Einheitssteuersatz erschreckend gering. Wüllenweber fragt: „Welche Funktion für das Gemeinwesen erfüllt die Oberschicht überhaupt noch? Sie ist keine Führungsschicht, keine Leitschicht ... Politische, intellektuelle oder kulturelle Impulse gehen von ihr nicht aus."

Und dann sei da auch noch die Unterschicht. Diese gewährte dem Autor freigiebig Einblick in ihren Alltag, und was Wüllenweber sah, ist ernüchternd. Man möchte hoffen, dass jene, die er traf, nicht repräsentativ sind. Fette, alleinerziehende Mütter, die seit langem ohne Job sind, durch die Gegend, ja, wie sagt man das galant, ... und Töchter zeugen, die, kaum in der Pubertät, ebenfalls sich früh über ihr Sexleben Bestätigung im Leben holen. Und mittendrin zahlreiche vom Staat bezahlte Helfer, die versuchen, die Mütter und Kinder irgendwie an ein normales Leben heranzuführen. Und die Männer? Die verzögen sich schnell, schließlich übernehme der Staat die Versorgung. Nach der Schilderung seiner Erlebnisse betont der Autor, dass die deutsche Unterschicht finanziell gesehen keineswegs arm sei. Geld hätte sie genug.

Hilfsbranche hat mehr Arbeitnehmer als Autoindustrie

Grund für den Umstand, dass Ober- wie Unterschicht sich nicht an der Gesellschaft beteiligten, sei aber auch die Macht derjenigen, die von den jetzigen Umständen profitierten. Bei den Reichen nennt Wüllenweber natürlich die Finanzbranche. Die von ihm genannten Beispiele sind passend, aber nicht neu. Viel interessanter sind hingegen seine Ausführungen zu den Profiteuren am anderen Ende der Skala: der Hilfsindustrie. So führt Wüllenweber an, dass mehr Menschen in der Hilfsbranche arbeiten würden als in der heimischen Automobilindustrie. Deutschlands Unternehmen mit den meisten Mitarbeitern sei nicht die Telekom oder Daimler, sondern die Caritas. Und obwohl es immer weniger Kriegsversehrte gibt, weniger Kinder mit Behinderung geboren werden und Unfälle seltener dauerhafte Folgen haben, habe sich die Zahl derjenigen, die Behindertenbeihilfe erhielten, seit 1994 verdoppelt. Bei der Kinder- und Jugendhilfe sei auch ein gestiegener Bedarf zu verzeichnen, obwohl es weniger Kinder gibt. Hier zitiert der Autor einen Professor, der das Symptom mit dem „Kobraeffekt" erklärt. Einst zahlten die Briten jedem Inder, der ihnen eine tote Kobra brachte, eine Belohnung. Das führte dazu, dass die Kobraplage nicht abnahm, sondern zunahm, denn nun züchteten viele Inder Kobras, nur um die Belohnung zu erhalten.

Zwar dürften gemeinnützige Unternehmen keine Gewinne erzielen, dafür aber Überschüsse. Diese müssten investiert werden, natürlich in neue Einrichtungen, für die neue Hilfsbedürftige benötigt werden. Insgesamt käme die Hilfsindustrie auch dank Arbeitnehmerausbeutung zu Renditen, die bei Banken Schampuslaune erzeugen würden, behauptet der Autor. All das habe dazu geführt, dass beispielsweise in Berlin-Neukölln mehr Geld an die Hilfsbranche als an die Hilfsbedürftigen direkt zahle. Doch ändern dürfte sich an den Missständen nichts, da 35 Prozent der Bundestagsabgeordneten Vorstands- und Leitungsfunktionen in der als barmherzig erachteten Wohlfahrtsindustrie hätten.

Wüllenwebers Fazit: „Eines der wesentlichen, gemeinsamen Merkmale der Giganten der deutschen Volkswirtschaft [Hilfs- und Finanzbranche] ist ihre Anmaßung gegenüber der Demokratie."

Rebecca Bellano

***Walter Wüllenweber: „Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert"**, DVA, München 2012, gebunden, 255 Seiten, 19,99 Euro*

Nebenan anders als hier

Anthropologe untersucht Regionalcharaktere

„Wenn der Däne verliert die Grütze, der Franzose seinen Wein, der Schwabe die Suppen und der Bayer das Bier – so sind sie verloren alle vier", so spottet der Volksmund über nationale beziehungsweise regionale Stereotypen.

Dass vielen dieser landläufigen Klischees tatsächliche Verhaltensunterschiede zugrunde liegen, zeigt der Historiker und Anthropologe Andreas Vonderach in seinem Buch „Die deutschen Regionalcharaktere". Zudem wertet er Dokumente aus dem Mittelalter und über 300 Regionalcharakter-Beschreibungen deutscher Schriftsteller aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert aus, zum Beispiel von Theodor Fontane, Gustav Freytag und Wilhelm Heinrich Riehl. Die Klischees vom kühlen Norddeutschen über den unfreundlichen Berliner und den gemütlichen Sachsen bis hin zum sparsamen Schwaben scheinen demnach nicht ganz falsch zu sein.

Noch im 17. Jahrhundert umfasste das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen gut 300 souveräne Staaten. Erst Otto von Bismarck bereitete der Kleinstaaterei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Ende und ebnete den Weg für einen deutschen Einheitsstaat unter preußischer Führung. Doch das historisch tief verankerte föderalistische Empfinden und Denken der Deutschen mit all ihren Autonomiebestrebungen spiegelt sich auch heute in Politik, Wirtschaft, Kultur und Alltag wider. Anhand von schulischen Begabungseinschätzungen, Rekrutenuntersuchungen, Testergebnissen von Offiziersanwärtern sowie regionaler Kriminalstatistiken und psychiatrischer Statistiken belegt der Autor die Verschiedenheit der regionalen Populationen hinsichtlich ihrer Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen.

Interessant ist etwa Vondernachs Charakterisierung der Ostpreußen. Die deutschen Bewohner Ostpreußens im Westen der Provinz hätten ein „ruhiges, langsames, verschlossenes Wesen, jedoch fehlen Belege für besondere Ernsthaftigkeit". Sie gelten als „schweigsam und ungesellig", als „weich und gleichmütig, gelegentlich auch als grüblerisch, sowie als religiös, wenig unternehmend und konservativ". Im Kontrast dazu stehe das „lebhafte und gesellige Temperament" der Masuren, die außerdem als „verschmitzt, wankelmütig und leichtsinnig" beschrieben werden. Die Litauer im Nordosten Ostpreußens werden besonders wegen ihrer „Phantasiebegabung und Musikalität" hervorgehoben.

Masuren sollen wankelmütig sein

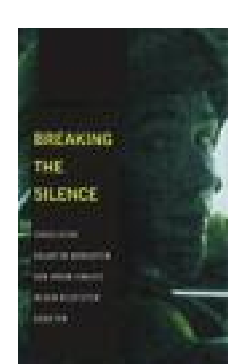
Eine Sonderstellung in Ostpreußen würden die Salzburger im Osten der Provinz einnehmen, die sich hier im 18. Jahrhundert als protestantische Glaubensflüchtlinge ansiedelten. Ihr fleißiges, ernstes und nüchternes Temperament sieht der Autor als Beleg für den Einfluss der konfessionellen Prägung.

Auch den Nord-Süd-Unterschied hält der Autor für konfessionell bedingt und schätzt sie größer als die Differenzen zwischen Ost- und West ein. So seien die Mecklenburger den Schleswig-Holsteinern etwa ähnlicher als den Sachsen. Dahinter stehe die Tatsache, dass sich die Reformationsbewegung nur im Norden durchsetzen konnte, während im Süden konservativkatholische Traditionen dominieren. Vondernach erachtet diese kulturellen Gegebenheiten in Wechselwirkung mit den Genen, der natürlichen Umwelt und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für prägender als den Unterschied zwischen BRD und DDR. Insgesamt würden im Zeitalter der Massenkommunikation und Mobilität die Differenzen ohnehin immer mehr verwischen. Verhaltenseigentümlichkeiten ließen sich heute eher durch das Bildungsniveau, die Größe des Wohnorts und das Alter als durch die regionale Herkunft erklären.

Der Autor entwirft ein detailliertes Bild regionaler Mentalitäten im deutschen Sprachgebiet. Empirisch fundiert er seine Untersuchungen zur psychologischen Wirkungsweise, dem Alter und den Ursachen der Regionalcharaktere. Damit stößt er in eine Forschungslücke. Abgesehen von der Schwierigkeit, Verhalten zu messen, besteht weder bei den meisten Wissenschaftlern noch bei finanzstarken Investoren Interesse an diesem Thema, das im 18. Jahrhundert noch literaturfähig gewesen sei. Dabei könnten Studien zu innerdeutschen Besonderheiten vor allem in der Werbebranche oder in der Unternehmensführung von Bedeutung sein.

Sophia E. Gerber

***Andreas Vonderach: „Die deutschen Regionalcharaktere. Psychologie und Geschichte"**, Husum Verlag, Husum 2012, 204 Seiten, 19,95 Euro*



»Israelische Patrioten«

Soldaten kritisieren Einsätze im Gazastreifen

Seit mehr als 45 Jahren sind israelische Soldaten und Soldatinnen in Hebron, Nablus und anderen palästinensischen Städten und Dörfern im Einsatz. 2010, im zehnten Jahr der zweiten Intifada, erschien in Israel ein Buch mit Augenzeugenberichten von Veteranen der israelischen Armee, die ihre Erlebnisse bei ihren Einsätzen im Gazastreifen und im Westjordanland schildern. „Die Besatzung der Gebiete 2000 bis 2010" enthüllte die raue, alltägliche Realität der Besatzung, dargestellt mit den eigenen Worten der Soldatinnen und Soldaten. Insgesamt ergab sich ein Bild, das ganz und gar nicht der im Land weit verbreiteten Vorstellung von der Israelischen Verteidigungsarmee (Zawa Hagana Leisrael, kurz Zahal) entspricht. Den Aussagen des Buches wurde denn auch von verschiedenen Seiten vehement widersprochen. Im Econ Verlag erschien nun die deutsche Übersetzung. Herausgeber ist die Organisation Breaking the Silence, die 2004 von Veteranen gegründet wurde, um die Besatzungspolitik Israels zu dokumentieren.

Der Sammelband enthält 146 von insgesamt 800 Interviews, die 2004 bis 2010 mit ehemaligen Soldaten geführt worden sind. Die im O-Ton wiedergegebenen Interviews wurden von mehreren Seiten bestätigt und von der Militärzensur freigegeben. Einige der Befragten litten unter posttraumatischen Störungen. Die volle Tragweite ihres Handelns wurde ihnen zumeist erst später bewusst. Ihre Berichte sind teilweise schockierend. Von Schikanen, Demütigungen, nächtlichen Störungen und Gewalttaten gegen Palästinenser ist die Rede, und zwar keineswegs nur an den zahlreichen Kontrollpunkten und Sperren. Seit 2007 beschränken sich die Einsätze der Armee auf das Westjordanland. Der von der radikalislamischen Hamas beherrschte Gazastreifen ist fast vollständig von Israel abgeriegelt. Israel nimmt nur die Kontrolle der Außengrenzen wahr. Aufgrund der Eskalation der Gewalt seit Ausbruch der Intifada im September 2000 sah sich der Sicherheitsapparat veranlasst, neue aggressivere Vorgehensweisen zu entwickeln, um Anschlagsversuche gegen israelische Zivilisten und Soldaten auf beiden Seiten der Grünen Linie (Grenze von 1967) zu verhindern. Dabei wird nach außen hin die Zielsetzung vermittelt, dass der Staat Israel plane, sich langsam aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Die Mitglieder von Breaking the Silence sind dagegen zur Auffassung gelangt, dass die Aktivitäten der Armee auf die Lähmung des alltäglichen Lebens in den Palästinensergebieten abzielen, auf Vertreibung und Annexion von immer mehr Land. Bei der Durchsetzung der Militärherrschaft über die Palästinenser übernehmen die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten eine unterstützende Funktion, was viele Einzelberichte bestätigen. Den Palästinensern ist das Betreten der Siedlungen untersagt.

Berichte wurden als Verleumdung abgetan

Der Inhalt ist in einzelne Blöcke unterteilt, die mit „Vorbeugung", „Trennung", „Lebensstruktur" und „Durchsetzung von Recht und Ordnung" überschrieben sind. Damit wurden Begriffe übernommen, mit denen die Sicherheitskräfte gegenüber den Medien und in den Einsatzbesprechungen die vier Hauptelemente ihrer Politik in den besetzten Gebieten umschreiben – und damit die Realität palästinensischen Lebens unter israelischer Okkupation verschleiern, wie die Herausgeber betonen: „Obwohl ursprünglich beschreibender Natur, wurden die vier Begriffe bald zu Codewörtern für Maßnahmen, die mit ihrer ursprünglichen Bedeutung nichts mehr zu tun haben." Mit dem Buch bezweckten sie, Fakten zur Verfügung zu stellen, um das „verfälschte Bild" der israelischen Besatzungspolitik zu korrigieren. In Israel wandten sich Politiker mit Verleumdungsvorwürfen gegen die Zeugen, während die israelischen Bürger mehrheitlich wegschauten; aus Scham und weil man auf die Armee als Garant der eigenen Sicherheit angewiesen ist, erklärt Avi Primor, von 1993 bis 1999 israelischer Botschafter in Deutschland, in seinem Vorwort. Er verlangt mehr Aufklärung und verteidigt die Herausgeber des Buches: „Was wollen diese mutigen Freiwilligen von ‚Breaking the Silence'? Als leidenschaftliche israelische Patrioten wollen sie dem Staat Israel nicht schaden, ebenso wenig wollen sie die israelischen Streitkräfte, denen sie als Reservesoldaten immer noch angehören, schwächen. Im Gegenteil: Diese Menschen sind Idealisten. Sie sind davon überzeugt, dass moralische Aufrichtigkeit ihre Gesellschaft stärkt und dabei hilft, das Ideal einer gerechten Nation zu realisieren."

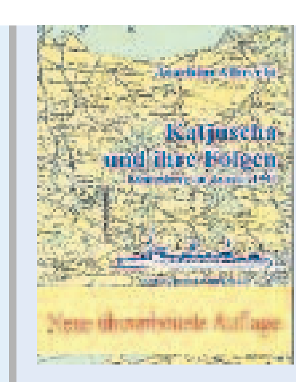
Dagmar Jestrzemski

***„Breaking the silence. Israelische Soldaten Berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten"**, Econ Verlag, Berlin 2012, geb., 410 Seiten, 19,99 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

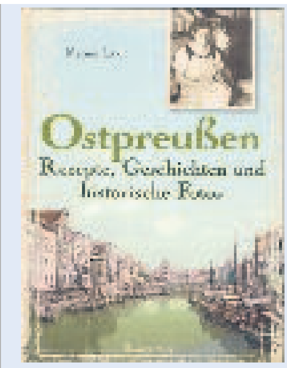
statt € 14,95 nur noch € 9,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



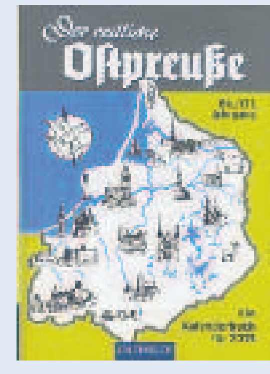
Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



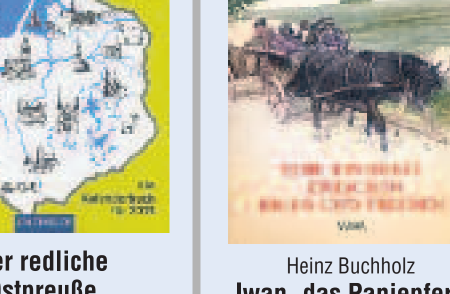
Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

CD € 17,95



Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

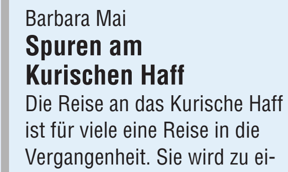
Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen

12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195



CD € 17,95





Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Textund Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster

12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194



CD € 17,95

Der Deutsche Osten in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masuren, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland.
Die ehemaligen deutschen Ostgebiete gehören heute zu Polen, der tschechischen Republik, Litauen, Rußland und Moldawien. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen, Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordenssitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit.

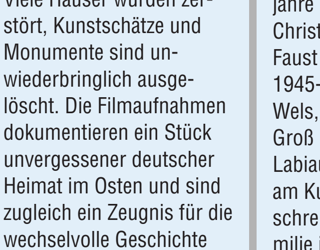


Der Zweite Weltkrieg hat die Landschaft jedoch für immer verändert. Millionen flohen in Richtung Westen. Viele Häuser wurden zerstört, Kunstschätze und Monumente sind unwiederbringlich ausgelöscht. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.

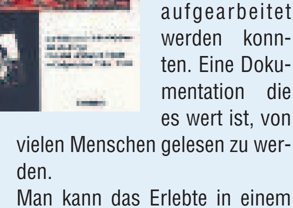
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207

€ 9,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?



Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202

€ 6,99

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze





Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah.…« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.

CD



€ 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

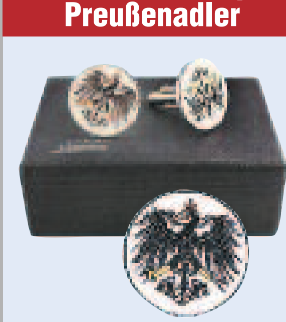
Elchschaufel-Manschettenknöpfe





Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte





Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

47/12

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

EU-Pensionäre Topverdiener

Brüssel – EU-Beamte erhalten durchschnittlich eine Pension von 4300 Euro im Monat, so ein Sprecher der EU-Kommission. Damit liegt ihr durchschnittliches Ruhegeld sogar noch höher als das ihrer deutschen Kollegen im höheren Dienst, die im Mittel 3870 Euro erhalten. Im Durchschnitt aller Besoldungsgruppen bekommen deutsche Beamte 2520 Euro Monatspension. Derzeit wird über eine Absenkung der üppigen EU-Pensionen „diskutiert“, wie es aus Brüssel heißt. *H.H.*

Menschen immer dümmer

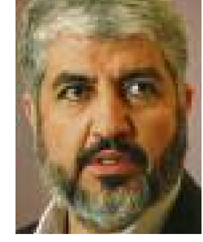
San Francisco – Die Menschen sind durch den zivilisatorischen Fortschritt nicht etwa klüger, sondern immer dümmer geworden. Dies behauptet Gerald Crabtree, Entwicklungsbiologe an der Universität Stanford nahe San Francisco, Kalifornien. Früher, in der Wildnis, hätten nur die Klügsten überlebt, heute kämen auch Dümmere nicht zu Tode, was einen evolutionären Verdummungsprozess in Gang gesetzt habe. *H.H.*

ZUR PERSON

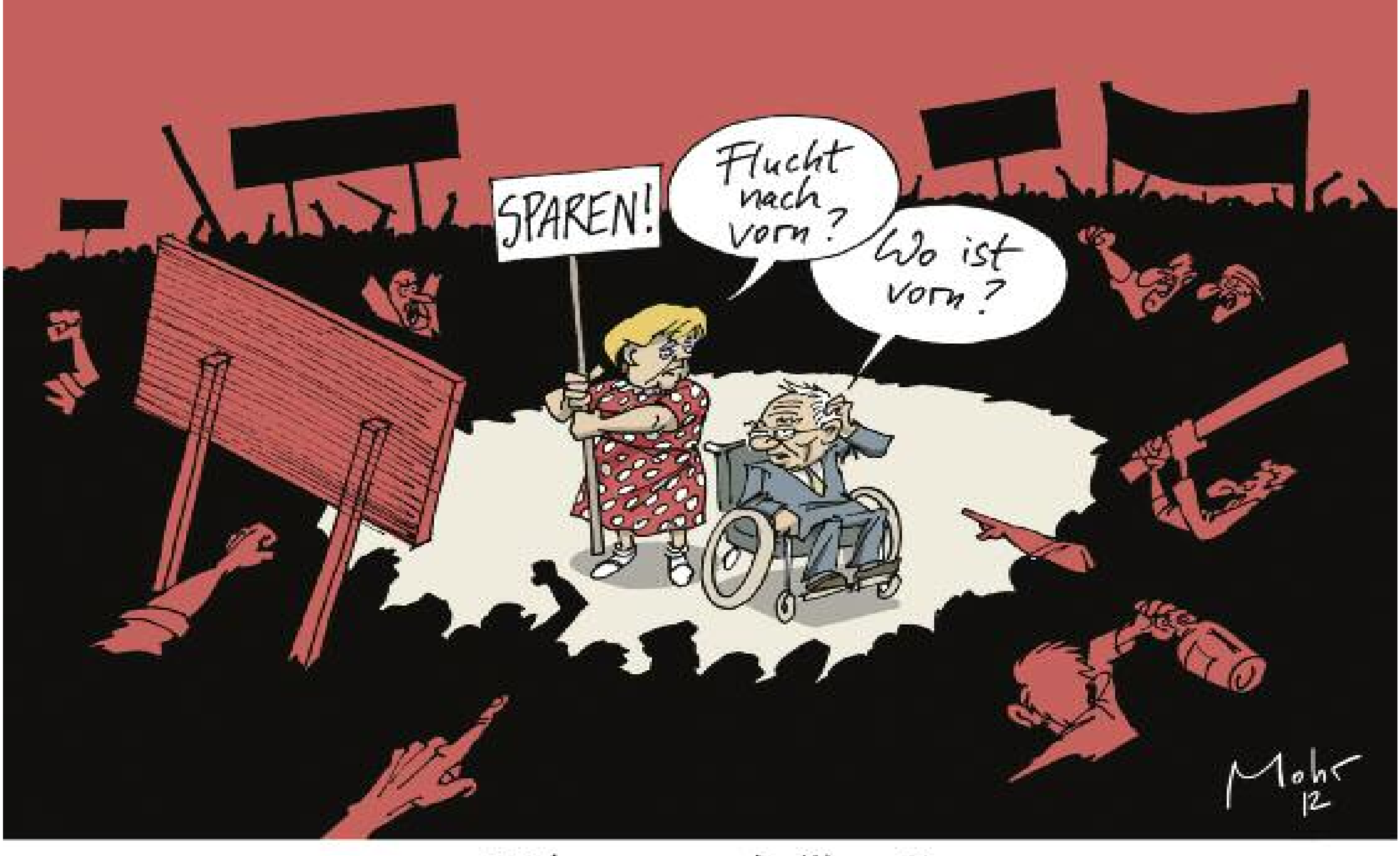
Hofierter Terrorchef

Nicht die Hamas rufe nach einem Waffenstillstand, sondern Israel, also müsse Israel auch den Krieg beenden, den es begonnen habe. Verhandlungsbereitschaft klingt anders, und so ist es bezeichnend, dass die Hamas mit **Chalid Maschaal** ihren radikalsten Anführer zu Friedensgesprächen nach Kairo geschickt hat. Von allen Palästinensern ist der politische Führer der militanten Hamas-Bewegung am wenigsten friedensbereit.

Der israelische Militäreinsatz spielt ihm in die Karten. Wenn der Nahost-Konflikt wieder mal ganz oben auf der politischen Agenda steht und alle Welt ihr Mitgefühl mit den Palästinensern entdeckt, dann wird auch die Hamas salonfähiger. Denn die Diplomatie muss die Hamas mangels Alternative als Gesprächspartner für das palästinensische Volk im Gazastreifen anerkennen. Und so kam es in Kairo zu einem denkwürdigen Treffen. Ein Unterhändler reiste aus Israel an, also aus jenem Land, das den 1956 als Sohn eines religiös-konservativen Bauern in Ramallah geborenen Maschaal 1997 mit einer Giftspritze ins Ohr töten wollte. Der Vater von sieben Kindern überlebte den Anschlag nur, weil Israel auf Druck der USA ein Gegengift herausrücken musste.



Zu dieser Zeit war der an einer Universität in Kuwait zum Physiker ausgebildete Maschaal bereits seit drei Jahren der politische Sprecher der Hamas. Seit dem Scheitern des von ihm begrüßten Einmarsches von Saddam Hussein nach Kuwait lebt er in der syrischen Hauptstadt Damaskus im Exil und damit direkt an der Geld- und Waffenquelle für die vom Iran unterstützte Hamas. Von hier tibt er seine Propaganda aus: Erst müsse Israel die Blockade des Gazastreifens beenden, ehe die Hamas daran denke, die Raketenangriffe auf Israel einzustellen. *tws*



Zeichnung: Mohr

Keine Bedienung

Was den »Biodeutschen« so gefährlich macht, wie man mit Toleranz das Gegenteil erreicht, und was Ausgrenzung alles anrichten kann / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es wird Zeit, dass wir endlich Ernst machen mit der Integration unserer ... verflixt, wie nennt man die noch gerade? Ausländer sagen wir nicht mehr, weil es irgendwie ... ich weiß auch nicht. Also? Ach ja richtig, es heißt „Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund“. Eine Bezeichnung so lang wie ein Fürstentitel, ziemlich pompös. Darunter fallen auch deutsche Staatsbürger mit ausländischen Wurzeln. Ihnen stellt die Sprachregelung der großen Medien den „Biodeutschen“ gegenüber, das ist ein Deutscher, dessen Wurzeln auch deutsch sind. „Biodeutscher“ hört sich gar nicht pompös an, sondern regelrecht verhuscht. Das Wort erinnert an vegetarische Mahlzeiten, fade, aber ungefährlich.

Und doch lauert hier eine hässliche Falle. Denn in dem multikulturellen Bemühen, die einheimischen Deutschen mit dem denkbar popeligsten Etikett zu strafen, haben die Sprachkünstler den fiesen rassistischen Hintergrund des Wortes „Biodeutscher“ völlig übersehen. Was bezeichnen wir sonst mit dem Kürzel „Bio“? Nahrungsmittel ohne chemische Zusatzstoffe! Ein „Biodeutscher“ ist demnach ein Deutscher ohne diese Gifte. „Ausländische Wurzeln“ erscheinen in diesem Licht hingegen wie ein Pestizid. Adolf H. kringelt sich in der Hölle.

Du lieber Himmel, was für eine Blamage. Wenn wir das gutmachen wollen, müssen wir uns noch viel mehr bemühen im Kampf für mehr Toleranz und gegen Rechts. Das erfordert natürlich Mut, doch die Tapferen werden mehr. Die 16 deutschen Lutherstädte haben ein Zeichen gesetzt und die Gastwirtsinitiative „Keine Bedienung für Nazis“ mit dem Preis „Das unerschrockene Wort“ ausgezeichnet. Die Tradition, Menschen mit bestimmten Eigenschaften nicht in die Lokale der guten Bürger zu lassen, war ja ein wenig in Vergessenheit geraten. Kurios: Je mehr wir uns alle zusammen „gegen das Vergessen“ stemmten, desto mehr ist die Erinnerung an jene Zeiten offenbar verblasst, als noch Schilder mit der Aufschrift „ ... werden hier nicht bedient“ oder „Nur für ...“ die Türen deutscher Gaststätten zierten. Nun sind sie also wieder da, und schon hat der Gröfaz wieder was zum Lachen.

Man muss sich eben ins Zeug legen: Nur wenn man eine Sache mit aller Hingabe übertreibt, ist gesichert, dass am Ende das Gegenteil herauskommt. So geht das auch beim Nachbarn Dänemark: Vor Jahren haben die Bewohner eines Wohnblocks bei Kopenhagen ihre Toleranz entdeckt und damit begonnen, muslimische Feiertage zu feiern, damit auch die Minderheit mit Migrationshintergrund im Haus Respekt erfährt. Vorbildlich.

Mittlerweile ist aus der Minderheit eine Mehrheit geworden. Nun hat der Hausrat Weihnachtsbaum und Weihnachtsfeier gestrichen, weil man der mittlerweile muslimischen Mehrheit Respekt vor den ungläubigen Sitten der „biodänischen“ Minderheit einfach nicht mehr zumuten kann. Als ein Fernsehteam anrückte, um über die Säuberung zu berichten, wurde es von 25 Vermummten mit Steinen beworfen und als Neonazis beschimpft. Toleranz will schließlich verteidigt werden.

> Mit neotoleranter Selbstverleugnung kann man sogar Kohle verdienen! Fabelhaft

Da wollen auch die Krefelder Ladenbesitzer nicht hintan stehen. Ihr Verein, die Krefelder Werbegemeinschaft, hat beschlossen, ab diesem Jahr bei der Weihnachtsdekoration der Stadt auf jegliche christliche Symbole zu verzichten, man ist schließlich tolerant. Übrigens ist der Vorsitzende des Vereins auch Mitglied eines Kirchenvorstands, was dem mutigen (die Lutherstädte würden es wohl „unerschrocken“ nennen) Entschluss noch jene ganz besondere Würze gibt, welche im Frühjahr die Luft über landwirtschaftlichen Nutzflächen bereichert.

Die Krefelder haben übrigens neben ihrer Toleranz noch einen weiteren, unwiderlegbaren Grund für ihren Verzicht ins Feld geführt: Wenn keine Weihnachtsmotive mehr aufgehängt würden, könne man die Lichtdekoration bis Ende Januar hängen lassen – was gewiss Kunden anlockt. Sprich: Mit der neotoleranten Selbstverleugnung lässt sich sogar Kohle machen! Fabelhaft.

Was das Anknüpfen an die jüngere Vergangenheit angeht, lässt sich mit Toleranz noch viel mehr erreichen. Nur Rassisten haben etwas dagegen, dass Tausende Roma vom Balkan nach Deutschland kommen. Schließlich sind die Lebensbedingungen dort scheußlich, außerdem sind die Roma bei den anderen Völkern des Balkans unbeliebt. Beides können wir nicht akzeptieren vor dem Hintergrund unserer Geschichte.

Viele der Geknechteten sind schon hier, beispielsweise in Bremen-Blumenthal (wir meldeten letzte Woche kurz). Dort, schreibt „Bild“, leben nunmehr die „wenigen rechtschaffenen Bürger in Angst“. Die Mutter eines Achtjährigen wird zitiert: „Wir werden von den kriminellen Gangs bespuckt, beschimpft und beklaut.“ Eine Nachbarin ergänzt: „Sie brüllen uns ‚Scheiß Deutsche‘ entgegen, hatten auch schon ein Schild mit der Aufschrift ‚Durchfahrt für Deutsche verboten‘ zwischen ihren Wohnblöcken.“

Oha! Scheiß Deutsche? Gut, solange hinter „Scheiß ...“ das Wort „Deutsche“ steht, ist das ja nicht strafbar. Steht da indes der Name irgendeines anderen Volkes der Erde, dann ermittelt der Staatsschutz: Volksverhetzung. Das ist die Rechtslage, von allen im Bundestag sitzenden Parteien gewollt und zäh verteidigt.

Jedoch, wie ist es denn mit den „Deutschen mit Migrationshintergrund“? Ein Türke mit deutschem Pass könnte sich durch die Parolen von Blumenthal auch angesprochen fühlen und Volksverhetzung wittern! Dann müssten die Richter umständlich auseinanderpuhlen, dass er zwar in seiner Person als deutscher Staatsbürger, nicht aber wegen seiner türkischen Herkunft beleidigt worden sei, weshalb das eben keine Volksverhetzung darstelle.

Hätten sie gleich „Scheiß Biodeutsche“ geschrieben, wären die Roma vor jeglichen juristischen Unwägbarkeiten sicher. Es ist ein Skandal, dass sie der zuständige Stadtteil-Integrationsbeauftragte noch nicht darüber aufgeklärt hat. Ja, so geht Deutschland mit seinen Zuwanderern um!

Unser Verständnis für fremde Kulturen und ihre Sitten ist und bleibt unsagbar unterentwickelt. Nachdem ein 15-Jähriger, dessen ethnische Zugehörigkeit überhaupt keine Rolle spielt, eine 89-jährige Blumenthalerin fast totgeschlagen hatte, hat Ortsamtsleiter Peter Nowack äußerst unsensibel reagiert. Der Junge blickt bereits auf mehr als 100 Handlungen zurück, die wir in unserem biodeutschen Kleingeist als „Straftaten“ bezeichnen, was natürlich eine unzulässige Verallgemeinerung darstellt.

Nowack jedenfalls will nicht nur den 15-Jährigen abschieben, der, so verlautet, kein EU-Bürger ist, sondern seine nette Familie gleich mit. „Wenn ein Jugendlicher wie er mehr als 100 Straftaten begeht, haben auch Mutter und Vater versagt“, bellt der Sozialdemokrat. Mutter und Vater? Erstens sind das längst überholte Begriffe und zweitens ist stets „die (bio)deutsche Bevölkerungsmehrheit“ schuld, wegen der „alltäglichen Diskriminierung“, das ist doch bekannt. Soll er Volker Beck fragen; der Grüne setzt sich unerschrocken für den weiteren Zuzug von Roma aus Serbien und Mazedonien ein. Und siehe da: Die 89-Jährige hatte sich geweigert, dem 15-Jährigen Schmuck und Geld auszuhändigen. Sie hat den Jugendlichen also offen diskriminiert, indem sie ihn von ihrem Eigentum ausgegrenzt hat. Für diese Frau sollte es „keine Bedienung“ mehr geben.

Die Ausgrenzung nimmt immer schlimmere Formen an. Biodeutsche Eltern, deren Kinder in Berlin von biotürkischen Mitschülern an ihrem Geburtstag regelmäßig grün und blau geschlagen werden (siehe Seite 3), nehmen ihre Gören immer öfter von den betreffenden Lehranstalten. Damit machen auch sie sich der Ausgrenzung und Diskriminierung der jungen Türken schuldig. Für die Integration unserer „Mitbürgerinnen ... etc.“ müssen „wir“ schließlich auch Opfer bringen, wie ein Grünen-Politiker mit Privatschul-Kindern sagen würde.

MEINUNGEN

*Der britische Historiker **Niall Ferguson** erklärt in der Wiener „Presse“ (17. November), warum der moderne **Sozialstaat** vom **Untergang** bedroht ist:*

„Europa hat nach dem Krieg Sozialstaaten aufgebaut, die Sicherheit von der Wiege bis ins



Grab bieten sollten. Dieses System hat so gut funktioniert, dass es heute nicht mehr leistbar ist ... Ein Sozialstaat, der erfolgreich die Lebenserwartung verlängert, bekommt ein Problem, wenn das Pensionsalter nicht angehoben wird.“

***Michael Inacker**, stellvertretender Chefredakteur des „Handelsblattes“, wundert sich in der Ausgabe vom 13. November über die **Kopfgeburten seiner Zunft**:*

„Woran liegen diese immer wieder feststellbaren Fehleinschätzungen zum Meinungsklima? Es gibt, so schreibt der Chef des Meinungsforschungsinstitutes Forsa, Manfred Güllner, eine ‚wachsende Entfremdung‘ zwischen den Medien und der Bevölkerung. Vor allem geht es um die Nivellierung der Meinungsvielfalt. Der mediale ‚Mainstream‘ der Meinungen ist in den vergangenen Jahren immer gradliniger geworden. Es gibt kaum noch Abweichungen. Wer ausbricht, wird öffentlich abgestraft.“

***Wolfgang Münchau** bezeichnet in der „Financial Times Deutschland“ vom 16. November Peer **Steinbrück** als **falsche Alternative** zu Merkel:*

„Es gibt kaum einen SPD-Politiker, der eine weniger glaubhafte Alternative zu Angela Merkel darstellt als er ... Zusammen mit Merkel hat Steinbrück die Urbausteine der heutigen Euro-Krise gelegt.“

*„Wirtschaftswoche“-Chefredakteur **Roland Tichy** wirft den **Politikern** vor, dreist zu **lügen**:*

„Niemand wirft ihnen vor, dass sie nicht wissen, was sie tun; die Lage ist zu neu. Aber dass sie uns ganz offenkundig die Unwahrheit ins Gesicht sagen – das nimmt man ihnen übel ... Es gibt Alternativen. Lasst Griechenland pleitegehen. Unternehmen oder Versicherungen, die heute immer noch griechische Staatspapiere in der Bilanz haben, sind wirklich selbst schuld. Dummheit soll nicht belohnt, sondern bestraft werden.“

***Ähnlich** sieht es FDP-Finanzexperte **Frank Schäffler** in der „Westdeutschen Zeitung“ vom 13. November:*

„Alles, was gesagt und versprochen wurde, war im Kern gelogen ... Die Troika ist kein neutraler Gutachter (zu Griechenland), sondern Teil des Systems, Teil des Spiels. Die EZB kann gar kein negatives Gutachten ausstellen, weil dann sofort die nächste Tranche gestoppt werden würde. Der Troika-Bericht ist ein Märchenbuch.“